



Bayerisches EnergieForum und Bayerisches WasserkraftForum
23. April 2024, Stadthalle Gunzenhausen



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

MP Söder beim KPV-Landesvorstand:

Argumente für eine Politik der Vernunft

Ehre, wem Ehre gebührt: Als Veranstaltung der besonderen Art dürfte die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München in bester Erinnerung bleiben: Den 60. Geburtstag des Vorsitzenden der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) am 16. März nahmen nicht nur die zahlreich erschienen Delegierten zum Anlass, sich bei ihrem Chef zu bedanken; auch Parteivorsitzender und Ministerpräsident Dr. Markus Söder ließ es sich nicht nehmen, seinen langjährigen Wegbegleiter und dessen wertvolle Arbeit für die kommunale Gemeinschaft zu würdigen. Sie sei Ausdruck einer „großen Leidenschaft für Politik“, hob Söder hervor.

Weniger Positives hatte der Parteichef in seinem anschließenden Impulsvortrag zu berichten. Die wirtschaftliche Situation hierzulande sei alles andere als rosig. Unter den führenden Industrienationen im G7-Raum sei Deutschland das einzige Land, das zurückfalle. Weniger Neuaufträge und steigende Unsicherheit lösten Zurückhaltung bei den großen Unternehmen aus. Auch könne von einer Stärkung des Mittelstands keine Rede sein.

Ampel: Subventionsgelenkte Staatswirtschaft

„Die Wirtschaftspolitik der Ampelregierung ist eine rein subventionsgelenkte Staatswirtschaft“, machte Bayerns Ministerpräsident deutlich und warf in diesem Zusammenhang die Frage nach „Instrumentarien der Wirtschaftsförderung“ auf. Vom nunmehr verabschiedeten Wachstumschancengesetz erwartet er indes keinen Wachstumsschub. Dieses Gesetz werde keine ernsthafte große Verbesserung mit sich bringen, mutmaßte Söder. Eine große Herausforderung bleibt auch das Thema Migration. „Wir gehen hier nicht von zurückgehenden Zahlen aus“, erklärte der Ministerpräsident. Die Kommunen befänden sich an der Schwelle zur Überforde-

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



v.l.: Carmen Pepiuk, Dr. Markus Söder, Stefan Rößle, Eva Weber, Josef Mederer und Hannelore Langwieser.

ten von Ländern und Kommunen entspreche nicht annähernd dem Bedarf vor Ort. Bayern allein investiere im Doppelhaushalt 2024/25 5,2 Mrd. Euro in Asyl und Zuwanderung.

Grundlegender Wandel

Es brauche einen grundlegenden Wandel in der Migrations-

politik. Dazu zählten eine klare Integrationsgrenze und ein dauerhafter, konsequenterer Grenzschutz mit möglichen Zurückweisungen an den deutschen Grenzen auch dann, wenn Migranten an der Grenze ein Asylgesuch äußerten. Als sinnvoll erachtet Söder zudem eine Änderung des Asylgrundrechts. In der aktuellen (Fortsetzung auf Seite 4)

zung. Auf Bundesebene werde viel zu wenig getan. Die aktuelle Beteiligung des Bundes an den flüchtlingsbezogenen Kos-

Offener Brief der Krankenhausgesellschaften:

Scharfe Kritik an Lauterbach

Die 16 Krankenhausgesellschaften der Länder haben Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach in einem offenen Brief scharf kritisiert. In dem Schreiben werfen sie ihm vor, die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) mit der Argumentation der AfD gleichzusetzen. „Diese Entgleisung“ sei der „Tiefpunkt“ einer „andauernden Diffamierung der Deutschen Krankenhausgesellschaft und ihrer hochrangigen Vertreter“. Auslöser ist die noch unveröffentlichte Plakatkampagne „Alarmstufe Rot“ der DKG, mit der vor dem „kalten Strukturwandel“ in der Krankenhauslandschaft und einem prognostizierten Krankenhaussturben gewarnt werden soll.

In ihrem Brief fordern die Unterzeichner, darunter Landrätin Tamara Bischof, 1. Vorsitzende der Bayerischen Krankenhausgesellschaft, Lauterbach nun auf, sich von seinem „unsäglichem Vergleich und dem Vor-

wurf der Hetze“ zu distanzieren und mit der DKG und ihren Mitgliedsverbänden in einen „konstruktiven Dialog“ einzutreten. „Ihr Versuch, durch die Gleichsetzung der Argumentation der Deutschen Krankenhausgesell-

schaft mit der einer in Teilen vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei Ihren inhaltlichen Kritiker bei der Krankenhausreform mundtot zu machen und zu diskreditieren, ist ein Schaden für das demokratische Miteinander in Deutschland“, urteilen die Verfasser.

Lobbyistenvorwurf

Seit Beginn seiner Amtszeit habe Lauterbach jedes Angebot für eine aktive Mitwirkung an der geplanten Krankenhausreform ausgeschlagen, heißt es (Fortsetzung auf Seite 4)



Kommunales Benefiz-Schafkopffrennen für den guten Zweck

„A Herz hat a jeder“ hieß es beim 1. Kommunalen Benefiz-Schafkopffrennen am vergangenen Samstag im Schlossgut Odelzhausen, das die Bayerische GemeindeZeitung auf Initiative des Dachauer Landrats Stefan Löwl mit veranstaltete. Schirmherren waren Landräte-Präsident Thomas Karmasin, der Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und Gastgeber Löwl. Als Sponsoren fungierten die Sparkasse Dachau, der Bayerische Bauindustrieverband und die Bayerische GemeindeZeitung. Die kompletten Einnahmen in Höhe von 2.300 Euro gehen 1 : 1 in Hilfsprojekte. Die Hälfte des Geldes erhält das heilpädagogische Kinderheim „Die Wiege“ – www.die-wiege.info. Der Rest fließt in gemeinnützige Projekte, die die ersten drei Gewinner benennen. Sieger wurde der Dachauer Kreisrat und 2. Bürgermeister von Röhmoos, Arthur Stein. Unser Bild zeigt v.l.: Günther Meilhaus (2. Platz); Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags; Theresa von Hassel (GZ, beste Dame); Sieger Arthur Stein; Dachaus Landrat Stefan Löwl; Anne-Marie von Hassel (GZ); Josef Märkl (3. Platz, Gemeinderat Bergkirchen) und GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel. Bild: LRA Dachau

ORH-Jahresbericht 2024:

Tiefe Spuren im Staatshaushalt

Die aktuelle Haushaltspolitik der Staatsregierung gibt dem Bayerischen Obersten Rechnungshof (ORH) Anlass zur Kritik. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Milliarden-Entnahmen aus der Rücklage sowie eine unzureichende Rückzahlung von Corona-Schulden. Insgesamt bestätigt der ORH-Jahresbericht dem Freistaat für das Haushaltsjahr 2022 erneut eine solide Haushaltsführung und damit eine verantwortungsvolle Aufgabenbewältigung in Krisenzeiten.

Die bereinigten Einnahmen stiegen 2022 um 3,6 auf 74,3 Mrd. Euro (+ 5,0 Prozent). Grund hierfür waren insbesondere die höheren Steuereinnahmen. Die bereinigten Ausgaben gingen um 0,4 auf 71,5 Mrd. Euro (- 0,6 Prozent) zurück. Dies war überwiegend auf die geringeren Ausgaben beim Sonderfonds Corona-Pandemie zurückzuführen.

Corona-Schulden ein Dorn im Auge

Vor allem die geplante Änderung der Tilgungsregelung beim Abbau der Corona-Schulden ist dem ORH ein Dorn im Auge. Der Haushaltsgesetzgeber hatte 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie entschieden, die für den Sonderfonds Corona-Pandemie neu aufgenommenen Schulden ab 2024 in 20 gleichbleibenden Jahresraten zurückzuführen. In dem nun dem Landtag zur Beratung vorliegenden Entwurf zum Doppelhaushalt 2024/2025 sind 770,9 Mio. Euro weniger zur Tilgung eingeplant als ursprünglich vorgesehen. „Aus Sicht des ORH sollten die haushaltsgesetzlichen Vorgaben zur Tilgung der coronabedingten Kredite aus den Jahren 2020 bis 2023 beibehalten und diese Schulden ab dem Jahr 2024 entsprechend abgebaut werden. Die Veranschlagung der fehlenden 770,9 Mio. Euro in einer Rücklage ‚Konjunkturvorsorge‘ ist im Ergebnis zu unverbindlich“, erklärte Präsidentin Heidrun Piwernetz.

Verbesserungspotenziale

Verbesserungspotenzial sehen die Kassenprüfer auch bei der Einnahmenerzielung: So haben sie etwa bei der Besteuerung professioneller Social-Media-Akteure (sog. Influencer) erhebliche Ermittlungs- und Voll-

zugsdefizite festgestellt. Den Finanzämtern fehlten oft wichtige Daten zur Besteuerung von Influencern. Die Steuerverwaltung sollte alle Ermittlungsmöglichkeiten wie z. B. Auskunftserhebungen an Social-Media-Plattformen ausschöpfen.

Steuerausfallrisiko bei Kryptowährungen

Massive Defizite stellt der Bayerische Oberste Rechnungshof auch bei der Besteuerung von Gewinnen aus dem Handel mit Kryptowährungen fest und schätzt das Steuerausfallrisiko für Bayern vorsichtig auf jährlich 150 Mio. Euro. Jedes Jahr würden Kryptowährungen im Wert von mehreren Mrd. Euro in Deutschland gehandelt. Nur ein minimaler Anteil der daraus entstandenen Gewinne werde (Fortsetzung auf Seite 2)



„Es ist bitter, den Gedanken an Krieg nicht mehr ganz weit hinten im Bewusstsein abzuliegen, sondern als Gefahr zu definieren, der wir präventiv begegnen müssen“, sagt Pino, „aus dieser Erkenntnis muss aber Handeln werden.“ S. 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayern bleibt sicheres Bundesland	2
13 neue immaterielle Kulturerbe in Bayern	2
KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen	3
GZ-Kolumne Eva Weber: Vesperkirche: Alle an einem Tisch!	3
Aigner: Ordnungsgeld im Bayerischen Landtag	3
Defizite der Krankenhäuser verschärfen Krise der Kommunen	4
Kommunikationstechnik • IT • Breitband	5 - 9
Kommunale Energiethemen	10
Umwelt- und Abfallthemen	11 - 12
Kommunaltechnik • Wald • Stadtgrün	13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Trotz Anstieg der Kriminalitätsbelastung:

Bayern bleibt sicheres Bundesland

Licht und Schatten hielten sich bei der Vorstellung der bayerischen Kriminalstatistik 2023 die Waage. Einerseits, so Innenminister Joachim Herrmann, sei die Kriminalitätsbelastung im Freistaat im vergangenen Jahr mit 4.361 Straftaten pro 100.000 Einwohner (ohne ausländerrechtliche Delikte wie illegale Einreise oder illegaler Aufenthalt) im Vergleich zu 2022 um 2,4 Prozent gestiegen. Andererseits sei es der Bayerischen Polizei gelungen, mit 65,2 Prozent mehr Straftaten polizeilich aufzuklären.

„Mit dem Anstieg der Kriminalität werden wir uns nicht abfinden, auch wenn das ein bundesweiter Trend ist, für den besonders Ausländer und Zuwanderer verantwortlich sind“, betonte der Minister. „Wir haben das Landeskriminalamt und unsere Polizeipräsidien beauftragt, die Kriminalitätsentwicklungen genauestens zu analysieren, um gegebenenfalls Einsatzkonzepte und Polizeipräsenz anzupassen.“

Mehr Diebstahlsdelikte

Herrmann zufolge ist der Anstieg der Gesamtkriminalität insbesondere auf den Bereich der Diebstahlsdelikte zurückzuführen (152.495 Fälle, +10,5 Prozent). Die Diebstähle machen 23,4 Prozent aller im Freistaat registrierten Straftaten aus. Einen erheblichen Anstieg gab es im Bereich der Ladendiebstähle (42.449 Fälle, +19,5 Prozent). Beim Wohnungseinbruchdiebstahl relativiert sich der enorme Rückgang während der Corona-Jahre jedoch wieder (3.436 Fälle, +20,8 Prozent). Die Zahl der Wohnungseinbrüche war im vergangenen Jahr aber immer noch deutlich unter dem Niveau vom Vor-Corona-Jahr 2019 (4.342 Fälle).

40 Prozent Nichtdeutsche

Mit Blick auf die Zusammensetzung der Tatverdächtigen erklärte Herrmann, dass 2023 von den insgesamt 266.390 Tatverdächtigen 39,6 Prozent Nichtdeutsche waren (2022: 36,5 Prozent). Auch Zuwanderer (Asylbewerber, Geduldete, Kontingent-/Bürgerkriegsflüchtlinge, international/national Schutzberechtigte, Asylberechtigte und Personen mit dem Status ‚unerlaubt‘) hätten eine größere Rolle gespielt. Insgesamt wurden vergangenes Jahr 32.037 tatverdächtige Zuwanderer registriert (+20,5 Prozent). Die Zahl der tatverdächtigen Deutschen sei hingegen leicht um 1,1 Prozent zurückgegangen.

Insgesamt 6.943 Straftaten wurden in Asylbewerberunterkünften begangen (+21,9 Prozent). „Die Zahl der Straftaten in Asylunterkünften liegt aber noch deutlich unter dem Allzeithoch aus dem Jahr 2016 mit 12.300 Delikten“, berichtete Herrmann. Die meisten Straftaten in Asylbewerberunterkünften waren 2023 Rohheitsdelikte (3.839 Fälle), Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf die Staatsgewalt (601 Fälle) sowie Rauschgiftdelikte (563).

Rohheits-, Vermögens- und Fälschungsdelikte

Außerhalb der Unterkünfte hat die Polizei Zuwanderer als Tatverdächtige häufig bei Rohheitsdelikten (8.833 Fälle), Vermögens- und Fälschungsdelikten (9.798 Fälle) sowie Ladendiebstahl (8.611 Fälle) registriert. Bei der Gewaltkriminalität stieg 2023 die Zahl der Fälle mit Zuwanderern als Tatverdächtige um 12,3 Prozent auf 3.517. Rund ein Viertel der erfassten Fälle von Gewaltkriminalität mit einem Zuwanderer als Tatverdächtigen ereigneten sich in Asylbewerberunterkünften. 49,9 Prozent der Opfer waren selbst Zuwanderer.

Großstädte über dem Landesdurchschnitt

Auffällig ist laut Herrmann, dass der Anstieg der Kriminalität in allen bayerischen Großstädten über dem Landesdurchschnitt liegt. Fast alle Großstädte im Freistaat weisen teils erhebliche Verschlechterungen der Häufigkeitszahl (Delikte je 100.000 Einwohner) auf.

Die höchsten Steigerungen weisen Fürth (+17,6 Prozent), Aschaffenburg (+16 Prozent), Regensburg (+12,5 Prozent) und Würzburg (+11,5) auf, niedrigere Augsburg (+2,8 Prozent), Nürnberg (+2,9 Prozent), Ingolstadt (+3,8 Prozent), Erlangen (+6,0 Prozent), Landshut (+6,6 Prozent) und München (+9,6).

Trotz der Steigerungsrate ist Fürth gemessen an der Häufigkeitszahl mit 4.684 Straftaten je 100.000 Einwohner noch die sicherste bayerische Großstadt, gefolgt von Erlangen (5.498) und München (5.934). Die höchste Kriminalitätsbelastung verzeichnen Regensburg (8.895), Bamberg (8.137), Würzburg (8.015) und Nürnberg (7.611).

Von den Polizeipräsidiums-bereichen melden Oberfranken (-6,2 Prozent auf 4.168 Straftaten je 100.000 Einwohner), Schwaben Süd/West (-1,6 Prozent auf 3.486), Niederbayern (-0,9 Prozent auf 3.345) und Oberbayern Nord (-0,5 Prozent auf 3.494) eine rückläufige Kriminalitätsbelastung, anders als die anderen Präsidiums-bereiche.

Belastung durch unkontrollierte Zuwanderung

„Die Kriminalstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung auch negativ auf die Sicherheitslage auswirkt“, machte Herrmann deutlich. „Besonders wichtig ist, nach Verbüßen der Strafe diejenigen Ausländer möglichst unverzüglich außer Landes zu bringen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind.“ Leider habe die Bundesregierung trotz vollmundiger Ankündigungen noch keine spürbaren Verbesserungen bei Rückführungen erreicht.

„Zudem brauchen wir endlich einen grundlegenden Kurswechsel in der Asylpolitik und vor allem eine wirksame Eindämmung der illegalen Migration“, forderte der Minister. „Die Bundesregierung kann in einer solchen Situation nicht mehr darauf verzichten, illegale Migranten auch bei einem Asylgesuch an den Grenzen Deutschlands zurückzuweisen.“ Darüber hinaus sei ein deutlich besserer Schutz der EU-Außengrenzen überfällig. „Bis dahin müssen unsere Bindegrenzen effektiv kontrolliert werden, eine wichtige Aufgabe von Bundespolizei und Bayerischer Grenzpolizei“, erklärte Herrmann. Die erheblich ausgebauten Bayerische Grenzpolizei solle in Bayern für ein deutliches Sicherheitsplus. Bis 2028

werde sie auf insgesamt 1.500 Stellen verstärkt. „Wir werden nicht nur illegale Migration und Schleuser, sondern die gesamte grenzüberschreitende Kriminalität intensiver bekämpfen“, kündigte der Minister an.

Als einen weiteren Schwerpunkt der Polizeiarbeit 2024 definierte Herrmann die konsequente Bekämpfung des Wohnungseinbruchs und vor allem von professionellen internationalen Einbrecherbanden: „Unsere intensiven Schleierfahndungskontrollen sind hier eine wirksame Fahndungsmaßnahme.“ Überdies werde die Polizei verstärkt in Wohngebieten unterwegs sein. „Auch bei der Bekämpfung von Straftaten im öffentlichen Raum setzen wir einen klaren Schwerpunkt“, informierte der Innenminister. Dazu zählten mehr Polizeipräsenz, an geeigneten Örtlichkeiten auch mit Polizeireitern und Fahrradstreifen, und der verstärkte Einsatz von Videoüberwachungssystemen an Kriminalitätsbrennpunkten.

Hochmoderne Ausstattung und kontinuierliche Personalverstärkung

Neben einer hochmodernen Ausstattung und innovativen Technik gehöre zur weiteren Verstärkung der bayerischen Polizei ganz besonders die kontinuierliche Personalverstärkung. „Wir haben die Bayerische Polizei von 2008 bis 2023 mit insgesamt 8.000 zusätzlichen Stellen verstärkt, das ist deutschlandweit einmalig“, unterstrich Herrmann. Der Stellenbestand soll bis 2028 um weitere 2.000 Stellen auf dann insgesamt rund 47.000 Polizeistellen ausgebaut werden.

Mit Blick auf das „Bürokratie-Ungetüm“ Cannabis-Legalisierung verwies Herrmann darauf, dass die Länder die zusätzlichen Aufgaben und Aufwände werden ausbaden müssen. „Die Polizei wird nicht nur mit zusätzlichen Aufgaben wie der Überwachung von Konsumverboten belastet sein. Sie wird sich auch nach wie vor um die Bekämpfung des Schwarzmarktes und des illegalen Umgangs kümmern müssen. Ich versichere Ihnen: Wir werden die neuen Cannabis-Regelungen so streng wie möglich kontrollieren!“ DK

13 neue immaterielle Kulturerbe in Bayern

Brückenbau zwischen Menschen und Traditionen

Seit 2003 stellt die UNESCO immaterielle kulturelle Ausdrucksformen in den Fokus der Öffentlichkeit. Bis heute sind 180 Staaten dem UNESCO-Übereinkommen zur Erhaltung des Immateriellen Kulturerbes beigetreten. Neben dem bundesweiten Verzeichnis des Immateriellen Kulturerbes gibt es in Bayern ein eigenes Landesverzeichnis, das nunmehr um 13 neue Kulturformen erweitert wird und damit insgesamt 82 Eintragungen enthält.

Neu in das bayerische Landesverzeichnis aufgenommen werden der Chinesenfäschung Dietfurt, die vier Knabenchöre Bayerns in Regensburg, Augsburg, Bad Windsbach und Bad Tölz, die Fahnenstickerei, der Gelübdefeiertag St. Sebastian in Grafenwöhr, das Goldschlägerhandwerk in Schwabach, die Kreuther Leonhardifahrt, die Kronacher Schwedenprozession, das Kunigundenfest in Lauf an der Pegnitz, der Memminger Fischertag, der Schwäbischwerder Kindertag zu Donauwörth, die „Schweinfurter Schlachtschlüssel“, die Studioglasbewegung Frauenau, sowie das Treideln auf dem Ludwig-Donau-Main-Kanal. „Bayerns kulturelle Vielfalt ist einzigartig – hier verschmelzen Tradition und Moderne harmonisch zu einer optimalen Einheit. Die bewusste Pflege und Wertschätzung dieser besonderen Kultur in unserer Heimat fördert das Verständnis und stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer vielfältigen Gemeinschaft. Durch den Erhalt und die Weitergabe unseres Immateriellen Kulturerbes schaffen wir einen Rahmen für sozialen Austausch, geben Stabilität in herausfordernden Zeiten und bauen Brücken zwischen Menschen und Traditionen“, betonte Heimatminister Albert Füracker.

Die neuen Einträge im Bayerischen Landesverzeichnis zeigen, wie sich unzählige Menschen für ihre lebendige Tradition und ihre Heimat einsetzen. „Ihnen gebührt höchster Respekt und außerordentlicher Dank für ihren Einsatz für unsere Heimat Bayern!“, stellte Füracker fest. DK

Sicht des ORH jedoch erhebliche Mängel auf. Eine Erfolgskontrolle habe nicht oder nicht in ausreichendem Maße stattgefunden. Die Maßnahmen sollten deshalb „im Hinblick auf künftige Krisensituationen evaluiert werden“.

Haushaltsmittel möglichst effizient einsetzen

Stichwort Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer: Bayern unterstützte die Schulaufwandsträger bei der IT-Ausstattung mit einem Förderprogramm aus Landesmitteln, dem Digitalbudget für das digitale Klassenzimmer. Die Förderung erfolgte unabhängig von der vorhandenen Ausstattung, deren Bestand regelmäßig an allen Schulen erhoben wird. Der ORH empfiehlt, künftig bei Förderprogrammen stärker auf ohnehin vorhandene Daten zurückzugreifen, um die Haushaltsmittel möglichst effizient einzusetzen.

Der Freistaat fördert den Bau, die Sanierung und den Betrieb von Krankenhäusern. Allerdings wurden bei der Prüfung der Verwendungsnachweise für Maßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von einer Milliarde Euro „erhebliche Defizite“ festgestellt. Dadurch seien überhöhte Förderzahlungen und finanzielle Nachteile für den Freistaat in Kauf genommen worden.

Mangelhaftes Kostencontrolling

Bei der Verwaltung staatlicher Immobilien fehlt es nach Auffassung der Kassenprüfer nach wie vor an einem ressortübergreifenden und objektbezogenen Kostencontrolling. „Angesichts jährlicher Ausgaben für Bewirtschaftung und Instandhaltung von über einer Milliarde Euro sieht der ORH Einsparpotenziale in dreistelliger Millionenhöhe pro Jahr“, heißt es im neuen Jahresbericht.

„Der Freistaat steht auch in Krisenzeiten für eine vorausschauende, verlässliche und solide Finanzpolitik, an der wir auch in Zukunft weiter festhalten werden“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der ORH-Veröffentlichung hervor. Erst kürzlich sei Bayerns Finanz- und Haushaltspolitik von den beiden renommierten Ra-

tingagenturen Moody's sowie Standard & Poor's jeweils mit einem Spitzenrating bewertet worden. Dennoch sei das Bayerische Finanzministerium stets darauf bedacht, Verwaltungshandeln in seinem Ressortbereich zu überprüfen bzw. zu optimieren, erläuterte der Minister. Die im Bericht enthaltenen Anmerkungen und Empfehlungen des ORH, unter anderem zur Besteuerung von Kryptowährungen und Influencern, würden daher ausführlich geprüft.

Füracker zufolge setzt sich die Steuerverwaltung bereits intensiv für die Sensibilisierung der Beschäftigten durch die Sondereinheit Zentrale Steueraufsicht sowie für die verbesserte steuerliche Erfassung durch die Bereitstellung spezifischer Formblätter ein. Daneben soll künftig im Rahmen von Betriebsprüfungen von Unternehmen, die mit Influencern als Werbepartner kooperieren, umfangreiches Kontrollmaterial für die Besteuerung von Influencern gewonnen werden. Die Besteuerung von Kryptowährungen sei ein aktuelles, wichtiges und länderübergreifendes Thema, dem sich auch die bayerische Finanzverwaltung angenommen hat. So sei den Finanzämtern u.a. bereits ein Analysetool zur Auswertung von Transaktionen auf der Blockchain zur Verfügung gestellt worden. DK

Neue „Statistik kommunal 2023“ für Bayern veröffentlicht

Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen und Infrastruktur bis auf Gemeindeebene verfügbar

Das Bayerische Landesamt für Statistik hat die neue Ausgabe des jährlich erscheinenden Journals „Statistik kommunal 2023“ für Bayern fertiggestellt.

Darin finden sich fundierte Regionalprofile für alle kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte, Landkreise und Regierungsbezirke sowie den Freistaat insgesamt. Jeweils 2 200 ausgewählte statistische Eckdaten beschreiben die Regional-einheiten hinsichtlich Bevölkerung, Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen.

Link zu den PDF-Dateien: www.statistik.bayern.de/produkte/statistik_kommunal □

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Friedberger
Gemeinde Buchhofen
am 28.3.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günter Schuster
Gemeinde Loiching
am 8.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Tempel
Gemeinde Breitenbrunn
am 3.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Bauer
Stadt Grafing
am 1.4.

Bürgermeisterin
Regina Bruckmann
Markt Lonnerstadt
am 2.4.

Bürgermeister Thomas Krauß
Gemeinde Leinburg
am 4.4.

Bürgermeister Stefan Breuer
Markt Oberkotzau
am 7.4.

Bürgermeister Thomas Loderer
Gemeinde Ottobrunn
am 10.4.

Bürgermeister Jakob Frank
Stadt Teuschnitz
am 13.4.

Bürgermeister Robert Putz
Gemeinde Schönaun
am 16.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Markus Berkoldt
Gemeinde Seeg
am 30.3.

Landrat Thomas Eichinger
Landkreis Landsberg a. Lech
am 17.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Thilo Wehner
Gemeinde Sondheim/Rhön
am 16.4.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Landrat Siegfried Walch
Landkreis Traunstein
am 8.4.

Bürgermeister Daniel Paul
Gemeinde Weiding
am 14.4.

(Fortsetzung von Seite 1)
jedoch gegenüber dem Finanzamt erklärt.

Nachholbedarf bestehe zudem bei der Digitalisierung der Verwaltung, zumal die Staatsregierung sich das Ziel gesetzt habe, die Voldigitalisierung im Jahr 2025 zu erreichen. So habe sich die Transparenz im Anwendungswesen seit Jahrzehnten nicht wesentlich verbessert. Eine valide Übersicht zum eingesetzten Mittelvolumen bei Förderungen existiere nicht, obwohl sich nach Kenntnis des ORH die Zahl der Förderprogramme in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt hat.

Als nicht mehr zeitgemäß und zu bürokratisch wird das derzeitige papierbasierte Verfahren bei der steuerlichen Behandlung des Spendenabzugs beurteilt. Der ORH empfiehlt, die digitale Übermittlung von Zuwendungsbestätigungen schnellstmöglich umzusetzen.

Kosten je Impfung bis 317 Euro

Stichwort Kostenerstattung für Corona-Impfzentren: Während der Corona-Krise wurden überall kommunale Impfzentren aufgebaut – die Kosten beliefen sich für Bayern bis Februar 2023 auf insgesamt 1,4 Mrd. Euro. „Die Kosten je Impfung bewegten sich bei den vom ORH geprüf-

ten Impfzentren in einer Spanne von 39 bis 317 Euro“, heißt es im Bericht. Man verkenne nicht die Sondersituation während der Pandemie, betont der ORH, kritisiert aber: „Durch das Fehlen einer begleitenden Kostenkontrolle wurden jedoch wesentliche Potenziale zur Kostenreduktion nicht hinreichend genutzt.“

Rückforderung unberechtigter Zahlungen

170 Mio. Euro flossen im Jahr 2020 an die Universitätsklinik und das Deutsche Herzzentrum für coronabedingte Erlösausfälle, Mehrkosten und Investitionen aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie. Für Zahlungen in Höhe von 27,6 Mio. Euro fehlte es laut ORH aber an den nötigen Voraussetzungen oder diese wurden nicht nachgewiesen. Die Zahlungen sollten deshalb überprüft und unberechtigte Zahlungen gegebenenfalls zurückgefordert werden.

In der Corona-Pandemie hatte der Freistaat auch Hilfsprogramme für Kunst und Kultur aufgelegt. Fast 100 Mio. Euro allein an Landesmitteln gingen an Kultur-Spielstätten und -Veranstalter, Kinos, soloselbstständige Künstler und andere. Aufstellung und Steuerung der Programme sowie die nachträglichen Prüfungen weisen aus

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



V.l.: Constanze von Hassel, Vigdis Nipperdey, Lioba Schneider, Jasmin Ghubbar Mohamed und Hannelore Langwieser.

KPV-Kongress für CSU-Kommunalpolitikerinnen:

Netzwerke nutzen, Strukturen verändern

Was wäre die Kommunalpolitik ohne starke Frauen? Bereits zum zweiten Mal organisierte die KPV am Weltfrauentag in München einen Kongress für die CSU-Kommunalpolitikerinnen. Neben der Gelegenheit zur Vernetzung und lockerem Austausch gab es Impulsvorträge und Diskussionen mit prominenten Gästen darüber, wie Frauen zum Engagement in der CSU motiviert und in der Kommunalpolitik mehr gefördert werden können. Die Zielsetzung ist klar: Der Frauenanteil bei den nächsten Kommunalwahlen 2026 muss gesteigert werden.

Laut Carmen Papiuk, stellvertretende KPV-Landesvorsitzende und KPV-Frauenbeauftragte, sowie Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Trabitz, sind in Bayern 10 Prozent der Bürgermeisterinnen weiblich. Von den knapp 2.000 Rathauschefs sind folglich nur 204 Frauen. Dieses „bemerkenswerte Ungleichgewicht“ zeige, dass es noch Raum für Veränderungen gibt.

Vor Ort die Situation lebens- und liebenswert gestalten

Nach Papiuks Erfahrung gibt es keine schönere Aufgabe, als vor Ort die Situation lebens- und liebenswerter zu gestalten – gemeinsam mit Gemeinderäten, Bürgern und Unternehmen Projekte zu finden, zu entwickeln und umzusetzen. Es erfülle sie mit Freude, Stolz, Dankbarkeit und Demut, ein abgeschlossenes Projekt präsentieren zu dürfen. Positive Erlebnisse wie diese gelte es zu vermitteln.

Kathrin Alte, Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing und Sprecherin der parteiübergreifenden „ARGE Frauen führen Kommunen“ des Bayerischen Gemeindetags, betonte: „Mehr Frauen für das spannende Feld der Kommunalpolitik zu gewinnen und damit unsere Dörfer und Städte zu gestalten – das ist und bleibt eine ganz große Aufgabe.“ In ihrer Funktion als ARGE-Leiterin gemeinsam mit der Bürgermeisterkollegin Susanne Hoyer aus Langenbach (Landkreis Freising) werden hauptsächlich die genannten 10 Prozent bayerischen Rathauschefsinnen vernetzt.

Das Bürgermeisteramt ist kein Nebenjob

Alte wies darauf hin, dass viele Bürger hohe Ansprüche an die Erreichbarkeit und Verfügbarkeit des Bürgermeisters hätten, so dass diese mitnichten eine 40 Stunden-Woche absolvierten. Das Bürgermeisteramt sei kein Nebenjob. „Problematisch ist, dass die Arbeitszeiten nicht wirklich geregelt sind und die Work/Life-Balance oftmals zu wünschen übriglässt. Hinzu kommt die häufig nicht vorhandene Wertschätzung unserer Arbeit in der Kommunalpolitik“, machte das Gemeindeoberhaupt deutlich.

Warum also sollte sich nun jemand entscheiden, ein kommunales Mandat anzustreben? „Weil wir gestalten können, weil wir unser unmittelbares Lebensumfeld mitprägen können, weil wir gutes Geld verdienen, Verantwortung tragen dürfen, Che-

fin einer Verwaltung sind und es auch einfach Spaß macht. Und weil das ein Job ist, der davon lebt, Menschen zu helfen, täglich interessante Begegnungen zu haben und immer unter den unterschiedlichsten Leuten sein zu dürfen“, erklärte Alte. Frauen müssten sich mehr trauen, besser unterstützt werden, die „gläserne Decke“ und die vorhandenen männlichen Netzwerke durchdringen. Darüber hinaus dürfe der Aspekt der familiären Unterstützung nicht vernachlässigt werden.

„Vieles ist in Bewegung und erfordert Flexibilität, eine Eigenschaft, die besonders Frauen mitbringen“, stellte Alte klar. Aus ihrer Sicht müssen sie an dem Thema Einstiegshürden und Versorgung stetig weiterarbeiten, damit dieser Job attraktiver wird und künftig auch bleibt. „Einmal Bürgermeisterin, immer Bürgermeisterin“ gelte heute nicht mehr. Laut Bayerischem Gemeindetag steigt die Zahl der Rathauschefs, die bereits nach einer Amtsperiode wieder aufhören oder abgewählt werden.

Risiko Mandat auf Zeit

Ein Bürgermeisteramt sei zwar ein Mandat auf Zeit, aber nach sechs Jahren – aus welchem Grund auch immer – aufhören zu müssen, sei kein Spaß, weder beim beruflichen Wiedereinstieg in den alten Job, noch bei der finanziellen Vorsorge. Erst nach zehn Jahren greife der volle Versorgungsanspruch. „Als qualifizierte Frau (und als Mann) sich auf diesen Weg zu begeben, ist ein Risiko, das nicht jede eingehen will und finanziell auch nicht kann. Daran müssen wir in den kommenden Jahren weiterarbeiten“, so Anzings Gemeindechefin.

Gesamtgesellschaftlich gelte es, die Wertschätzung für Mandatsträger wiederherzustellen und das Miteinander zu stärken. Der Umgangston sei rauer geworden, „auch eine Corona-Folge und eine Folge der Digitalisierung“. „Beleidigungen, sexistische Anspielungen, Verleumdungen usw. gehören für einige von leider uns zum Alltag“, hob Alte hervor und ergänzte: „Als kleine, aber feine Truppe, sind wir Bürgermeisterinnen keine Randgruppe, sondern die beste Option für die Zukunft unserer Städte und Dörfer. Es ist an uns, selbstbewusst und gut über diesen Traumjob, diese Aufgabe und die Gestaltungsmöglichkeiten zu sprechen. Es ist an uns, jüngeren Frauen zu erklären, warum es wichtig ist, sich für

sein Lebensumfeld einzusetzen und für die Menschen, mit denen wir täglich zusammen sind.“

Unter dem Motto „Frauen mit – in – für Europa“ leitete GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel eine Podiumsdiskussion mit Jasmin Ghubbar (Mitglied der Geschäftsleitung und Leiterin Vertrieb in der DSV-Gruppe), Hannelore Langwieser (Vizebürgermeisterin von Mainburg, ehem. stellvertretende Landrätin im Kreis Kelheim, Stadt-, Kreis- und Bezirksrätin), Vigdis Nipperdey (Gemeinderätin in Icking, Bezirksvorsitzende Oberbayern Arbeitskreis Hochschule und Kultur der CSU sowie Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Außenpolitik München) sowie Lioba Schneider, mehrfache Mutter und ehrenamtlich engagiert im Kinderhospiz und bei den Maltesern.

Plädoyer für Europa

Ein Plädoyer für die Europäische Union hielt zunächst Vigdis Nipperdey. In der EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter werde anhand politischer Ziele und Maßnahmen dargelegt, wie bis 2025 messbare Fortschritte auf dem Weg zu einer Europa der Gleichstellung erzielt werden können. So soll eine Europäische Union geschaffen werden, in der Frauen und Männer, Mädchen und Jungen in all ihrer Vielfalt ihr Leben frei gestalten können, die gleichen Chancen haben, gleichberechtigt an unserer Gesellschaft teilhaben und diese führen können. Nipperdey zufolge sind durchaus Entwicklungen zu beobachten, die in die Zukunft weisen. In Führungspositionen zu gelangen, gehe allerdings auch immer wieder einher mit lange währenden, teils stagnierenden Prozessen, und auch Rückschlägen. „Wir müssen einfach weiterkämpfen und uns als Frauen in der EU durchsetzen. Eine EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen reicht nicht. Wir müssen auf allen Etagen weiterkämpfen“, unterstrich Nipperdey.

Diskussion um die Quote

Hannelore Langwieser definiert sich in der Politik nicht als Frau. Sie sei stets strikt gegen eine Quote gewesen, weil es genauso schlechte und unqualifizierte Frauen wie Männer gebe. „Uns hat die Quote immer mehr geschadet als genützt“, betonte Langwieser. „Ob Frau oder Mann: Wir sollten darüber gar nicht so viel reden. Wenn jemand qualifiziert ist, soll er den Job haben. Letztlich seien es doch die zu wenigen Netzwerke, die Frauen daran hindern, voranzukommen. „Wir sollten viel ehrlicher miteinander umgehen und offensiv bekunden, den Job zu wollen. Immer jammern und von Benachteiligung sprechen, bringt uns nicht weiter. Das muss man allerdings lernen“, bekannte die Kommunalpolitikerin.

Wie Jasmin Ghubbar darlegte, gebe es in der S-Finanzgruppe ein starkes Frauennetzwerk, das bundesweit agiere und sich häufig fachlich austausche. „Das

Liebe Leserinnen und Leser,

im März hatte in Augsburg die Vesperkirche ihre Türen geöffnet. Während ähnliche Projekte in anderen Städten schon seit vielen Jahren zum jährlichen Veranstaltungskalender gehören, ist es die erste ihrer Art in Augsburg – und die erste ökumenische Vesperkirche in Bayern. Wo, wenn nicht in Augsburg, in der Stadt des Religionsfriedens und der Parität, passt das besser.

Idee der Vesperkirche ist es, die Menschen an einen Tisch zu holen, einen Wohlfühlort zu schaffen, an dem alle Menschen aus Augsburg willkommen sind und sie eingeladen sind, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Jeden Tag gibt es für einen symbolischen Euro ein Mittagessen, es gibt Kaffee und Kuchen und Angebote wie Haarschnitte, medizinische und soziale Beratung, kulturelle Beiträge und natürlich Gottesdienste.

Alle an einem Tisch!

Dass Orte wie die Vesperkirche in unserer Gesellschaft bitter nötig sind, habe ich bei meinen Besuchen in der Vesperkirche erlebt. An den Tischen im Kirchenschiff wird sichtbar, wieviel materielle Armut, vor allem aber auch wie viel Vereinsamung in einer Großstadt wie Augsburg an der Tagesordnung ist. Aus dem ganzen Stadtge-

gibt uns viel Unterstützung und Stabilität untereinander.“ Geschlossenheit spiele ebenso eine große Rolle. Vor allem habe man sich der Nachwuchsförderung verschrieben.

Etappenziele im Netzwerk

Das Netzwerk definiere klare Etappenziele bis zur Präsidentialebene, die nun auch in die Geschäftsstrategie verankert würden. Ziel des Fünf-Jahres-Plans sei es, Frauen in Vorstandspositionen zu bringen, u. a. durch die Installierung eines offiziellen Stellvertreters. Voraussetzung dafür sei bereits eine Quote in den Gremienbesetzungen. „Im Grunde muss alles messbar sein, auch im Sinne der zu erreichenden SDG-Sustainable Development Goals, deshalb ist eine wie auch immer genannte Quote durchaus eine gerechtfertigte Messgröße“, erläuterte Ghubbar. Darüber hinaus stünden Lobbyarbeit und Mentoringprogramme über alle Regionalverbände hinweg im Fokus. „Wir müssen Teil des Systems sein“, forderte Ghubbar. Wir verfügen zwar nicht über große Budgets, punkten aber mit viel Eigenengagement und Integration in andere Projekte.“

Vollzeitmütter sind notwendig

Ganz andere Schwerpunkte setzt Lioba Schneider, repräsentiert sie doch ein sehr traditionelles, aber auch außergewöhnliches Familienbild. Der Mann verdient das Geld, sie kümmert sich um sieben Kinder. Nach ihrer Beobachtung ist es für eine Frau in Deutschland sehr schwierig, nach der Kinderzeit wieder in den Beruf einzusteigen. „In der Kinderbetreuung müsste viel mehr passieren, damit eine Frau guten Gewissens ihre Kraft woanders investiert.“ Vorreiter bei den Eingliederungsmaßnahmen sei Frankreich: Das Land verfüge über eine qualitativ hochwertige Betreuung, die es ermögliche, die Kinder mit einem sehr viel besseren Gefühl abzugeben. Grundsätzlich sei für ihren Lebensentwurf in der heutigen Gesellschaft zu wenig Platz, monierte Schneider. „Wir Vollzeitmütter sind notwendig, werden aber definitiv nicht wahrgenommen.“

GZ KOLUMNE
Eva Weber



biet kommen die Augsburgerrinnen und Augsburgern nach St. Paul – natürlich für ein warmes Essen für kleines Geld, aber auch, um mal rauszukommen, um mal unter Menschen zu sein und um neue Menschen kennenzulernen.

Die soziale Unwucht – sowohl materiell als auch emotional – in unseren Städten ist nichts Neues. Gerade während und nach der Corona-Pandemie konnte man überall spüren, dass das Miteinander einer Stadtgesellschaft mehr erfordert als früher. Wunsche an Weihnachten in Seniorenheimen, städtische Mittagstische in den Stadtteilen oder Rikschafahrten der Malteser für Seniorinnen und Senioren sind nur drei Beispiele, die sich in den letzten Jahren hier in Augsburg etabliert haben, neben all den Angeboten vom Mehrgenerationentreff bis hin zum Familienstützpunkt, die seit vielen Jahren Teil der städtischen Infrastruktur sind. Sie zeigen, dass der Bedarf für Aktivitäten gegen Einsamkeit und für den kleinen Geldbeutel groß ist.

Eine Stadtverwaltung kann das alleine nicht stemmen. Umso schöner ist es, wenn aus der Stadtgesellschaft heraus Initiativen wie die Vesperkirche entstehen, die von Ehrenamtlichen getragen werden, die mit Feuereifer dieses Projekt zum Fliegen gebracht haben. Es sind nur zwei Wochen im Jahr, aber wer weiß, was aus diesen zwei Wochen heraus sich alles entwickeln kann.

Ihre Eva Weber

Stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

Landtagspräsidentin Ilse Aigner:

Ordnungsgeld im Bayerischen Landtag

Landtagspräsidentin Ilse Aigner will bei parlamentarischen Sitzungen zunächst einen Ordnungsruf, bei Wiederholung oder besonders gravierenden Vorfällen ein Ordnungsgeld von bis zu 2.000 Euro und als letztes Mittel den Ausschluss von der Sitzung einführen. Zudem wird die Präsidentin eine jährlich wiederkehrende, längerfristige Umfrage zur Zufriedenheit mit der Demokratie in Bayern in Auftrag geben. „Unsere parlamentarische Demokratie ist wehrhaft, sie lässt sich nicht verächtlich machen und sie lässt sich von niemandem auf der Nase herumtanzen“, so Aigner.

Die Fraktionen von CSU, Freien Wählern, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD brachten dazu einen gemeinsamen Entwurf zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes ein.

Der Ton in der politischen Debatte hat sich verschärft, in der vergangenen Legislaturperiode wurde eine Vielzahl an Rügen

Ergänzend brachten sich Dr. Angelika Niebler, Vorsitzende der CSU-Europagruppe im EU-Parlament und stellvertretende CSU-Parteivorsitzende, Kerstin Stuber, Direktorin Bayerischer Gemeindetag, sowie die digital zugeschalteten Martin Huber, Generalsekretär der CSU, und Innenstaatssekretär Sandro Kirchner in die Diskussion ein.

„Es geht um 50 Prozent der Bevölkerung, aber um etwas zu ändern, brauchen wir die 100 Prozent. Zentrale Voraussetzung für eine zukunftsfähige und faire Gesellschaft ist die Gleichstellung/Gleichberechtigung von Frauen und Männern“, resümierte Moderatorin Constanze von Hassel. Frauen sollten fordern, was ihnen zusteht. „Dies ist sehr schwierig, aber hier können wir alle helfen. Es liegt an uns, Frauen stärker sichtbar zu machen. Denn starke weibliche Vorbilder helfen Mädchen und Frauen, eigene Talente zu entdecken, ihren eigenen Fähigkeiten zu vertrauen, selbstbewusst ihre Chancen zu ergreifen, sich mutig dem Wettbewerb zu stellen, sich Ziele zu stecken und zu verwirklichen. Und zum Beispiel auch, den Mann oder Partner stärker in die Pflicht zu nehmen und die Familienarbeit gleichberechtigt aufzuteilen.“ DK

ausgesprochen. Deshalb hatte sich Landtagspräsidentin Aigner im Vorfeld für ein dreistufiges Verfahren im neuen Abgeordnetengesetz stark gemacht. Im ersten Schritt wird ein Ordnungsruf erteilt, dann bei Wiederholung oder besonders gravierenden Vorfällen das Ordnungsgeld und als letztes Mittel der Ausschluss von der Sitzung angeordnet. Die Rüge wird damit abgeschafft und durch die neuen Stufen ersetzt.

In der Höhe kann das Ordnungsgeld nach dem aktuell eingebrachten Gesetzentwurf beim ersten Mal bei bis zu 2.000 Euro liegen, im Wiederholungsfall bei bis zu 4.000 Euro. Die Entscheidung über das Verhängen eines Ordnungsgeldes trifft das Präsidium nach genauer Abwägung und Einzelfallentscheidung.

Zudem plant die Landtagspräsidentin, mit einer jährlich wiederkehrenden, längerfristigen Umfrage die Zufriedenheit mit der Demokratie im Freistaat zu erheben. Mit einem „Demokratiespiegel Bayern“ möchte Aigner untersuchen lassen, wie gefestigt die Demokratie in Bayern ist. Das Ziel: „Eine Erhebung unter allen in Bayern wohnhaften Wählerinnen und Wählern, die in die Tiefe geht und nicht die klassische Sonntagsfrage stellt oder parteipolitische Zustimmungswerte erfasst“, so Aigner. „Denn es gibt verschiedene Kräfte ... die versuchen, unsere Demokratie zu schwächen. Ich möchte herausfinden, ob diesen Kräften das gelingt oder ob unsere Demokratie stark bleibt.“ Der erste „Demokratiespiegel Bayern“ soll nach der Sommerpause präsentiert werden. □



Beim Geburtstagsempfang in der CSU-Landesleitung feierten KPV-Landesvorstand- und Hauptausschuss ihren Vorsitzenden.

GZ-Herausgeber Stefan Rößle zum 60. Geburtstag:

Grandioses Engagement einer starken Führungspersönlichkeit

Bei einer Feierstunde in der Aula des Donauwörther Gymnasiums, an der über 200 Gäste aus Politik, Kirchen, Wirtschaft und der Landkreisverwaltung teilnahmen, würdigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in seiner Laudatio Rößles Verdienste um den Landkreis, die Kommunalpolitik und den Dienst an seinen Mitbürgern. Landrat Rößle stehe für eine erfolgreiche und bürgernahe Kommunalpolitik, seine Expertise und seine Erfahrung seien über die Grenzen Schwabens und des Freistaats hinaus gefragt. „Mit unglaublich großem Engagement und großer Hingabe machst Du Dich für die Umsetzung Deiner kommunalpolitischen Ziele stark“, unterstrich der Kommunalminister.

Herrmann blickte auf die politische Karriere des Jubilars zurück, die ihn über die Polizeiaufbahn zum Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Oberndorf am Lech (1996-2002) und schließlich zum Landrat von Donau-Ries (seit 2002) führte. Nicht zu vergessen Rößles langjährige Mitgliedschaft im CSU-Parteivorstand. Der Minister lobte das große und leidenschaftliche Engagement des Donau-Rieser Kreischefs: „Du bist nun seit über zwanzig Jahren nicht nur ein Landrat, sondern eine visionäre Führungskraft, die den Landkreis bedeutend weiterent-

wickelt hat. Du kümmerst dich um die Anliegen des Einzelnen, aber auch um die großen Fragen, die die Welt beschäftigen. Dies miteinander zu verbinden ist deine große Fähigkeit.“

Wichtige Bausteine für die Zukunft

Herrmann nannte diverse zentrale Anliegen, für die sich „der vielseitig begabte und dynamische Geist“ einsetze: von Investitionen in die Bildung über große Erfolge in der Pflege und Gesundheit bis hin zur Gründung gemeinsamer Kommunalun-

ternehmen und den öffentlichen Personennahverkehr. Stefan Rößle habe wichtige Bausteine für die Zukunft des Landkreises gelegt, wie etwa den Bau eines neuen Technologietransferzentrums im Jahr 2018 in Donauwörth oder dank seines persönlichen Einsatzes das Projekt „Nationaler Geopark Ries“ mit der Auszeichnung zum „UNESCO Global Geopark Ries“, dem ersten in Bayern. Einer der großen Verdienste des Jubilars sei auch, dass der Landkreis Donau-Ries seit 2017 schuldenfrei ist. „In Deinem Landkreis kannst Du mit Stolz sagen: Der Nachwuchs erbt hier Chancen, keine Schulden!“

Herzensprojekt „1.000 Schulen für unsere Welt“

Zum Abschluss wendete sich Herrmann dem Herzensprojekt des Landrats, „1.000 Schulen für unsere Welt“, zu. „Mittlerweile konnten hier über 240 Schulen möglich gemacht werden. So werden die Spenden zu Ehren deines Geburtstages eine Schule in Liberia ermöglichen. Das ist beeindruckend. Wir lösen die Probleme Afrikas nicht, indem wir neue Mauern errichten. Wir lösen die Probleme, indem wir Perspektiven vor Ort schaffen. Die Bildung der jungen Generation ist hier ein entscheidender Schlüssel. Vielen Dank für dieses grandiose Engagement.“ DK

sen und zu einem neuen Krankenhaus fusioniert werden. Die weiteren Planungen für eine Zusammenlegung müssen nun für ein Jahr ruhen.

„Wir brauchen verlässliche Strukturen in unserem Land. Deshalb gilt es auf Bundesebene maximal zu klagen, zu streiten und zu kämpfen“, forderte der Ministerpräsident und plädierte deshalb für ein „massives Krankenhaus-Bündnis mit allen Playern“.

Neben dem immensen Fachkräftemangel im Bereich der Ganztagsbetreuung ging Söder schließlich noch auf das Thema Bürokratieabbau ein. Dafür sollen weniger Verwaltungsvorschriften und vor allem der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung sorgen. Er kündigte an, einen Prozess aufzusetzen, um die Verwaltung schlanker zu machen. Angesichts zunehmend knapper Kassen plant der Ministerpräsident nun einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Zwar will er an den angekündigten zusätzlichen Stellen bei Polizei, Justiz und Lehrern festhalten, jedoch sei es möglich, in anderen Bereichen der Verwaltung langfristig auch wieder Stellen einzusparen. Bis 2035 könnten dies insgesamt bis zu 5.000 Stellen sein. DK

Bayerischer Landkreistag und Städtetag:

Defizite der Krankenhäuser verschärfen Krise der Kommunen

Angesichts der dramatischen Lage der Krankenhäuser und der nicht vorhandenen Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft des Bundes haben sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gewandt.

Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, erklärte, dass Länder und Bund sich so verstritten hätten, dass nichts weiterginge. Diese Blockade führe derzeit deutschlandweit zu monatlich 500 Mio. Euro Erlösausfall. Die Reform würde erst 2027 greifen. Die Krankenhausplanung müsse vorher diskutiert werden. Die Landkreise würden ansonsten Monate und Jahre verlieren, die sich in Millionendefiziten ausdrücken.

„Wir können in Bayern nicht abwarten bis der Bund alles in trockenen Tüchern hat“, so Karmasin. „Wir beklagen zu Recht, dass Berlin die Planungshoheit der Länder aushöhlt. Eben diese Planungshoheit müssen wir aber auch nutzen. Wir Landkreise sind reformfähig und reformwillig. Wir brauchen aber die Moderation durch den Staat, der die ganze Kliniklandschaft des Freistaates im Blick hat. Wir brauchen die Krankenhausplanung des Freistaates, damit wir wissen, welche Krankenhäuser gebraucht werden. Dabei geht es nicht darum, dass der Freistaat die Aufgabe übernimmt, Häuser für uns zu schließen. Bayernweit muss Bedarfsgerechtigkeit hergestellt werden. Wir brauchen Kriterien, nach denen wir diese bemessen können. Die Krankenhausplanung muss neu aufgestellt werden“, forderte der Fürstfeldbrucker Landrat.

„Die Existenz vieler Krankenhäuser ist akut bedroht, weil die Defizite nicht mehr ausgegli-

chen werden können. Seit 2019 mussten viele kreisfreie Städte hohe Summen aufbringen, um das Eigenkapital ihrer Kliniken zu stärken. Trotzdem hat sich die Finanzlage der Krankenhäuser weiter verschärft. Viele kreisfreie Städte sind kaum mehr in der Lage, weiterhin die Defizite ihres Krankenhauses finanziell zu tragen. Bei den Landkreisen wirken sich die Mehrbelastungen massiv auf die Kreisumlagen aus: Als Folge entstehen enorme Löcher auch in den Haushalten der kreisangehörigen Städte und Gemeinden“, hob der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, hervor.

Pannermayr zufolge ist die gefährliche finanzielle Schiefelage nicht nur strukturell bedingt, sondern auch Folge der Inflation sowie höherer Kosten für Medikamente, medizinisches Material, Gerätschaften und steigender Energiepreise – dies alles kann über die Fallpauschalen nicht ausreichend refinanziert werden. Hinzu kommt die Frage des Personals. Wegen des Personalmangels müssen teilweise Stationen schließen, so dass weniger Patienten aufgenommen werden können.

„Die traurige Realität zeigt: Kommunen sind zu Ausfallbürgen geworden, die Defizite ausgleichen. Das darf nicht sein. Der Bund muss seiner Pflicht nachkommen, die Betriebskosten für Krankenhäuser sicherzustellen. Der Freistaat muss seiner Verantwortung für die Krankenhausplanung gerecht werden. Wenn nicht sofort gehandelt wird, werden einige Kliniken die Ergebnisse der geplanten Krankenhausreform nicht mehr erleben“, prognostizierte der Städtetagschef. DK

Scharfe Kritik an ...

(Fortsetzung von Seite 1)

in dem Schriftstück. „Stattdessen mussten wir uns wiederholt Ihren Lobbyistenvorwurf gefallen lassen, obwohl Sie wissen, dass die Deutsche Krankenhausesellschaft der vom Gesetzgeber bestimmte Selbstverwaltungsträger für die deutschen Krankenhäuser und damit für die flächendeckende Gesundheitsversorgung ist, und damit legitimer und vom Gesetz bevollmächtigter Vertreter der deutschen Krankenhäuser gegenüber der Politik.“ Die „mit angeleglichen Fakten geführte Qualitätsdebatte“ ziele darauf ab, die deutsche Krankenhauslandschaft in gute und schlechte Krankenhäuser zu spalten und die Bevölkerung mit Blick auf die Versorgungsqualität in ihrer Heimatregion zu verunsichern.

Insolvenzen und Krankenhausschließungen

Die Krankenhausversorgung in Deutschland steht mitten in einem kalten Strukturwandel. Neben den bekannten Insolvenzen und Krankenhausschließungen sind praktisch alle Krankenträger aktuell gezwungen, harte Kostensenkungsmaßnahmen durchzuführen, die unweigerlich auch zu einer Beeinträchtigung der Patientenversorgung führen werden. Auf diese Zusammenhänge und Ihre Verantwortung als zuständiger Minister hinzuweisen ist keine „Hetze“, sondern notwendiger Ausdruck unserer tiefen Sorge um die Patientenversorgung in Deutschland. Ihre Botschaften von der Entökonomisierung, Entbürokratisierung und der Existenzsicherung bedarfsnotwendiger Krankenhäuser sind ohne Substanz. Kein Vorschlag von Ihnen erreicht diese Ziele, wie unsere Auswirkungenanalysen zu Ihren Reformansätzen zeigen.

Sie haben die Gelegenheit verpasst, als Ergänzung zum Transparenzgesetz eine Anpassung der Landesbasisfallwerte vorzunehmen und damit den kalten Strukturwandel abzumildern und dies auch ohne jede negative Konsequenz für die Beitragszahler. Die Lösung dafür steht im Koalitionsvertrag, nämlich der erhöhte Steuerzuschuss zum Ausgleich für versicherungsfremde Leistun-

gen. Sie aber unternehmen nichts in diese Richtung. Damit tragen Sie als Minister die Verantwortung für die aus dem kalten Strukturwandel resultierenden Beeinträchtigungen der Patientenversorgung in Deutschland.

Erste Schritte zu künftigen Strukturveränderungen in der bayerischen Krankenhauslandschaft im Zuge des medizinisch-pflegerischen Fortschritts und des Fachkräftemangels, die während der Corona-Pandemie zurückgestellt werden mussten, sieht Roland Engehausen, Geschäftsführer der BKG, im veröffentlichten fortgeschriebenen Bayerischen Krankenhausplan 2024. „Die Krankenhäuser in Bayern haben im letzten Jahr bereits spürbar damit begonnen, sich auf erforderliche Veränderungsprozesse einzustellen. Erste Anpassungen wurden bereits umgesetzt und sind im neuen Krankenhausplan sichtbar. Es erfolgte eine Anpassung auf neue Leistungsanforderungen etwa durch den Ausbau von Kapazitäten in der insbesondere teilstationären psychosomatischen Versorgung. In anderen Leistungsbereichen, wie der stationären Allgemein- und Chirurgie, gab es erste stationäre Kapazitätsrückgänge, auch weil ambulante Operationen verstärkt möglich sind. Ein Trend zu höherer Spezialisierung ist erkennbar.“

Enormer Kostendruck

„Wir bewerten es positiv, dass sich die Krankenhäuser bereits auf den Weg zu einem bedarfsgeordneten Strukturwandel machen und nicht auf die Krankenhausreform des Bundes warten, die ins Stocken geraten ist. Besorgniserregend ist aber, dass es bereits im letzten Jahr auch Fachabteilungs- bzw. Standortschließungen gab, die in erster Linie auf den enormen Kostendruck der Kliniken zurückzuführen sind“, erläutert BKG-Vorsitzende Tamara Bischof. „Die aktuelle finanzielle Schiefelage der Krankenhäuser seit 2022 führt nicht nur dazu, dass im letzten Jahr etwa 8 von 10 Krankenhäusern mit Defiziten zu kämpfen haben, sondern führt auch zu einem kalten Strukturwandel aufgrund von Rekorddefiziten.“

Mit Blick auf dieses Jahr geht

die BKG von größeren Veränderungen in der Krankenhauslandschaft aus. Diese Veränderungen ließen sich oftmals nicht aufhalten. Die Krankenhausreform soll nach aktuellem Stand ab 2025 in mehreren Schritten eingeführt werden und erst ab 2027 vollständig wirken. Neben dem erforderlichen Strukturwandel bezüglich des Fortschritts in der Medizin, digitaler Möglichkeiten wie Telemedizin sowie dem demographischen Wandel befürchtet die BKG allerdings, dass in den nächsten Monaten Leistungskürzungen aus Kostendruck dominieren werden.

„Während die Krankenhäuser einerseits richtigerweise hohe Tarifsteigerungen in 2024 zu finanzieren haben, läuft zeitgleich der bisherige Hilfsfonds zum Ausgleich inflationsbedingter Kostensteigerungen am 30. April völlig ersatzlos aus. Die bedrohliche Defizitsituation wird sich unter dem Strich in diesem Jahr sogar nochmals verschärfen, wodurch Einkünfte in der Versorgung kaum zu verhindern sind“, erläutert Engehausen und fordert den Bund auf: „Wir benötigen eine Regelung für 2024, die sich in den Bilanzen der Krankenhäuser positiv abbildet. Mit vorgezogenen Auszahlungen bestehender Ansprüche und vagen Absichtserklärungen der Bundespolitik kann keine Insolvenz verhindert werden.“

Hoffnung setzt die BKG auf die geplanten Möglichkeiten der Umwandlung von bisherigen Krankenhäusern in sogenannte ambulante-stationäre Versorgungseinrichtungen, die der Bund mit der Abkürzung „Level 1“ in seiner Reform beschreibt. Dafür würden sich aus Sicht der BKG mehrere Standorte in Bayern eignen, sofern die integrierte Notfallversorgung verlässlich geklärt ist.

Um einen transparenten Einblick in die Veränderungen der bayerischen Krankenhausversorgung zu ermöglichen, arbeitet die BKG derzeit an einer interaktiven Karte, in der Veränderungen künftig transparent abgebildet werden. Laut Tamara Bischof ist im Laufe des zweiten Quartals eine Veröffentlichung der Landkarte zum Krankenhausstrukturwandel in Bayern auf der Homepage der BKG geplant, die auch in den kommenden Jahren die Entwicklungen jeweils aktuell abbilden soll. DK

Argumente für eine ...

(Fortsetzung von Seite 1)

len Situation seien weniger Zugubanzweize und nicht mehr das Gebot der Stunde.

Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu Schleusern und Schleppern

„Wir sagen Ja zu Hilfe in Not, aber Nein zu Geldtransfers ins Ausland und an Schleuser und Schlepper“, fuhr Söder fort. Deshalb sei die Bezahlkarte nun in den vier Pilotkommunen Fürstfeldbruck, Traunstein, Günzburg und Straubing eingeführt worden. Der bayernweite Rollout folge im zweiten Quartal.

Mit der Bezahlkarte können alle Waren des täglichen Gebrauchs wie Essen, Kleidung, Hygieneartikel und Kommunikation bezahlt werden. Bargeld gibt es nur noch als kleines Taschengeld bis 50 Euro pro Monat. Überweisungen, Online-Shopping und Glücksspiel sind komplett gesperrt. Zudem ist die Karte örtlich auf die jeweiligen Landkreise begrenzt. „Nun muss der Bund eine verlässliche Rechtsgrundlage schaffen“, erklärte Söder. Eine Ausschreibung sei jedoch frühestens Ende Juni, Anfang Juli vorgesehen.

Fetter Skandal beim Transformationsfonds für Krankenhäuser

Sorge bereitet zudem die äußerst angespannte wirtschaftliche Lage vieler Krankenhäuser in Deutschland. „Zahlreiche Standorte werden sich in Zukunft wohl nicht mehr tragen“, befürchtete Söder. Gesund-

Spitzengespräch „Digitales Bayern 2025“:

Freistaat und Kommunen schließen Digitalpakt

Der Staat muss dringend moderner und digitaler werden. Dazu haben Freistaat, Landkreise und Kommunen einen Digitalpakt geschlossen. Ziel ist es, die Prozesse zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Bürgern zu beschleunigen und einfacher zu gestalten. Laut Ministerpräsident Dr. Markus Söder sollen rund 200 Verwaltungsleistungen, wie das Beantragen eines Personalausweises, digitalisiert werden. Dazu kündigte er bei einer Pressekonferenz eine Kommission an.

Söder zufolge erwarten alle Bürger zu Recht mehr digitale Dienstleistungen. Dazu sollen einheitliche IT-Standards geschaffen, Doppelstrukturen aufgelöst, mehr KI eingebunden und ein digitales Behördensiegel eingeführt werden. Bayern investiere zusätzlich 15,5 Mio. Euro zur Vereinheitlichung von Online-Dienstleistungen.

Dickicht staatliche Digitalisierung

Zwar steht der Freistaat laut Söder im Bundesvergleich sehr gut da, jedoch reiche dies nicht. „Wir haben in Bayern die stärkste Breitbandversorgung, die beste Schuldigitalisierung mit 80.000 digitalen Klassenzimmern und 900.000 Geräten und viele Online-Dienstleistungen der Kommunen. Aber es braucht dringend noch mehr Veränderung“, mahnte der Ministerpräsident an. „Wir müssen bei der staatlichen Digitalisierung neu durchstarten und eine klare Linie ins Dickicht bringen. Das Spitzengespräch war dazu heute ein sehr guter partnerschaftlicher Auftakt.“

„Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Services besser vernetzen, umfangreiche Erfah-

rungen bündeln und so effizienter und noch bürgerfreundlicher werden“, erklärte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker. Besonders wichtig sei dabei das Ziel einer digitalen Dividende: Digitalisierung müsse dazu führen, Kapazitäten für neue Herausforderungen im Dienst am Bürger zu schaffen. „Dazu müssen wir gemeinsame Kompetenzen ausbauen und Parallelstrukturen weiter abbauen“, so Füracker.

Turbo für innovative Verwaltung

Digitalminister Dr. Fabian Mehring sprach von einem bundesweit einzigartigen Schulterschluss zwischen kommunaler Familie und Staatsregierung. „Man sei entschlossen, gemeinsam eine echte innovative Verwaltung und für ein modernes Bayern zu zünden. Die Botschaft laute: „Wir bringen Bayern an die Spitze der digitalen Transformation.“ In diesen bewegten Zeiten sei dies nicht weniger als ein Dienst an der Demokratie, machte Mehring deutlich. Wichtig sei die positive Identifizierung des Bürgers mit dem Staat. Einen modernen Staat auf den Weg zu bringen, sei

aber auch ein „knallharter Standortfaktor“. Mehring: „Der Sound der Zukunft spielt im Digitalen. Die Vision ist klar: Bayern soll Europas Heimat für High-Tech sein.“

Für die bayerischen Landkreise sind die geplante zentrale Plattform für die digitale Behördenzusammenarbeit und die Fachstellenbeteiligung von besonderer Bedeutung. Nach den Worten von Verbandspräsident Thomas Karmasin werde der reine digitale Datenaustausch damit der Vergangenheit angehören und durch eine durchgängig digitale Zusammenarbeit ersetzt. Damit solle auch das Nebeneinander von verschiedenen, gegebenenfalls nicht miteinander kompatiblen „Inselösungen“, beendet werden.

Beitrag des Bayerischen Innovationsrings

„Die stärkere Zusammenarbeit von Freistaat und Kommunen bei der Digitalisierung der Verwaltung als gemeinsame und dauerhafte Aufgabe wird unsere Verwaltungen effizienter, schneller und smarter machen. Dabei ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz für die künftige Handlungsfähigkeit der Landratsämter unverzichtbar“, unterstrich Karmasin. „Der Bayerische Innovationsring wird sich hier aktiv mit einem eigenen Projekt zur KI einbringen. Die getroffenen Vereinbarungen sind wichtig für eine zukunftsfähige und smarte Verwaltung im Dienste unserer Bürger.“

„Wir Städte sind erfreut, unse-

re Expertise einbringen zu dürfen“, erklärte Ambergs Oberbürgermeister Michael Cerny als Vertreter des Bayerischen Städtetags. Das Miteinander sei der Schlüssel zum Erfolg. „Wie wir die Daten künftig gemeinsam verwalten und nutzen, um mit der KI Mehrwerte für die Bürger und die Wirtschaft zu schaffen“, sei von enormer Wichtigkeit.

Endliche Ressourcen

Auch für die Behörden stehe das Thema Digitalisierung ganz oben auf der Agenda, seien doch die Ressourcen sowohl monetär als auch personell endlich. „Bereits heute haben wir große Probleme, entsprechende IT-Fachkräfte zu akquirieren“, erläuterte Cerny, weshalb auch hier Standardisierung und Vereinheitlichung unverzichtbar seien.

„Wir werden diesen Prozess mit großem Engagement begleiten“, unterstrich Cerny. „Der Zeitplan ist eng, aber die Bereiche Digitalisierung und Künstliche Intelligenz haben eine derart große Dynamik, dass wir hier mit großem Tempo voranschreiten müssen.“ DK

100.000 mal Daumen hoch für die digitale Verwaltung

Dank der Betriebs- und Management-Plattform für Online-Dienste FRED kann die AKDB genau nachverfolgen, wie viel einzelne digitale Anträge genutzt werden und sogar Feedback von Nutzenden einsehen. Die Zahlen sprechen Klartext: 4,7 von 5 Sternen bekommen die Online-Dienste im Durchschnitt.

Über 100.000 positive Bewertungen verzeichnet die AKDB seit Mitte 2023 von Nutzern ihrer E-Government-Dienste. Auf einer Skala von eins bis fünf Sternen betrug die durchschnittliche Bewertung der Bürger 4,7. Neben der Sternebewertung gibt es die Möglichkeit, ein Freitextfeld zu nutzen, wo Kritik, Lob und Verbesserungsvorschläge hinterlassen werden können. „Die Kommentare reichen vom Dank bis hin zu sehr präzisen Hinweisen und Verbesserungsmöglichkeiten“, so Volker Müller, Produktgruppenleiter Digital Factory bei der AKDB.

Nicht verwunderlich, dass die Nutzungszahlen der Online-Dienste im Bürgerservice-Portal kontinuierlich gestiegen sind: Seit Anfang 2023 verzeichnete die AKDB

etwa 2 Millionen erfolgreiche Transaktionen. Inzwischen sind fast alle der gut 100 verfügbaren Online-Dienste, die die AKDB anbietet, mit einer Feedbackmöglichkeit ausgestattet. Selbst dann, wenn die Bürger einen Antrag abbrechen. Derzeit registriert die AKDB-eigene Betriebs- und Management-Plattform FRED ca. 70.000 Anträge pro Monat. Sie werden übersichtlich und tagesaktuell in einem Dashboard visualisiert. FRED steht für Framework for E-Government Deployment und ist eine Lösung, um standardisierte Online-Dienste an Kommunalverwaltungen auszuspielen.

Feedback-Funktion

Die Feedback-Funktion ist kein Selbstzweck: Sie wird genutzt, um Online-Dienste und Antragsstrecken nutzerfreundlicher zu gestalten oder Bugs zu beseitigen. „Durch das Feedback können die Bürger sich selbst am stetigen Verbesserungsprozess beteiligen“, so Müller. Das Feedback wird auch den Kommunen zur Verfügung gestellt, die die Online-Dienste bereitstellen. Seit Jahren berät sich die AKDB mit der Fakultät für Informatik und Wirtschaftsinformatik an der FH Würzburg. Die Spezialisten mit E-Commerce-Erfahrung entwickeln Wireframes und Antragsoberflächen, die den neuesten Erkenntnissen des UX/UI-Designs folgen. □



Über die Ergebnisse des Spitzengesprächs „Digitales Bayern 25“ informierten im Münchner Prinz-Carl-Palais (v.l.): Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Digitalminister Dr. Fabian Mehring sowie Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Bild: Bayerischer Landkreistag

T Glasfaser

In der Region. Für jede Generation.



Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



www.telekom.de/glasfaser

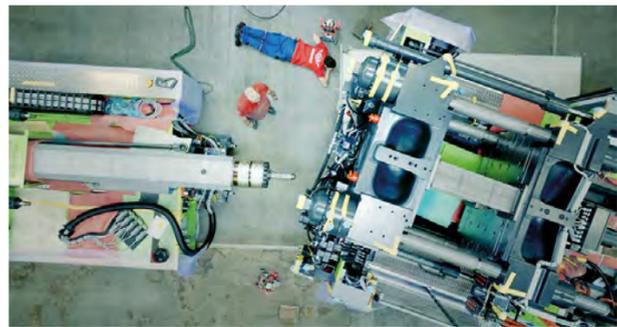
Massive Kapazitätsausweitung bei Langmatz

Beschleunigter Breitbandausbau sorgt für anhaltenden Nachfrageschub

Der Ausbau schneller Glasfasernetze hat sich in Deutschland erheblich beschleunigt. Laut Marktanalyse des Branchenverbands VATM¹ haben Telekommunikationsunternehmen im Jahr 2023 die Rekordsumme von 13,6 Mrd. Euro in den Glasfaser- und 5G-Ausbau investiert. Diese Dynamik hat bei Langmatz, Hersteller hochwertiger Infrastrukturkomponenten für FTTH-Glasfasernetze, einen enormen Nachfrageschub ausgelöst. Darauf hat der Systemexperte jetzt mit einer massiven Ausweitung seiner Produktionskapazität reagiert.

„Um angesichts des beschleunigten Ausbaus der Breitbandnetze der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, haben wir unsere Fertigungsstraßen in Rekordzeit optimiert, damit wir unseren

Kunden gleichbleibende Qualität schneller liefern können“, erläutert Leonhard Reitzner, neben Ludwig Fischer und Dieter Mittler einer der Geschäftsführer von Langmatz und maßgeblich für



Aus der Vogelperspektive fast wie moderne Kunst: Die Integration einer neuen Spritzgussmaschine im Langmatz Werk in Oberau ist Maßarbeit.

Bild: Langmatz

M-net:

Zuverlässiger Schutz vor Gefahren aus dem Netz

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net und der finnische Cyber-Security-Spezialist F-Secure bündeln weiterhin ihre Kräfte für mehr Sicherheit im digitalen Leben der Verbraucher. Im Rahmen der Partnerschaft stellt M-net sein neues Sicherheitspaket vor, das auf der branchenführenden F-Secure Total Security-Lösung basiert und ab sofort erweiterte Funktionen für Identitätsschutz (Monitoring) sowie zum Schutz der Privatsphäre (VPN, Tracking-Schutz) bietet. Das M-net Sicherheitspaket ist für alle Kundinnen und Kunden als Zusatzoption zum Internetvertrag verfügbar. M-net ist der erste Internetanbieter in Deutschland, bei dem das erneuerte Sicherheitspaket von F-Secure erhältlich ist.

Die Digitalisierung und somit auch das Internet spielen eine immer größere Rolle in unserem Alltag. Wir nutzen es für die Kommunikation, zum Arbeiten, zum Online-Shopping und für Unterhaltung. Doch mit dem Komfort des Internets kommen auch Risiken: Hacker, Betrüger und andere Kriminelle versuchen, Daten zu stehlen, Identitäten zu missbrauchen und sich finanziell auf Kosten anderer zu bereichern. Sicherheit, Privatsphäre und Identitätsschutz im Internet sind daher keine Selbstverständlichkeit. Wer sich sicher in der digitalen Welt bewegen will, muss Sorge dafür tragen,

dass die eigenen Daten und die eigene Identität geschützt sind.

Vollständige Überarbeitung

„Für M-net haben der Schutz, die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit digitaler Informationen oberste Priorität“, erklärt Dr. Wolfgang Wallauer, Leiter des Privatkundengeschäfts bei M-net. „Daher gibt es bereits seit 2007 das bewährte und laufend aktualisierte M-net Sicherheitspaket, das die Daten unserer Kundinnen und Kunden bei der Internetnutzung wirksam und aktiv schützt. Im Rahmen unserer Partnerschaft mit dem führenden IT-Security-Spezialis-

den Bereich Produktion zuständig. Mit den durchgeführten Kapazitätserweiterungen geht ein enormer Leistungszuwachs einher, der sämtliche Produktionsaspekte betrifft: von Spritzgussmaschinen bis hin zu Logistikverbesserungen und Robotersystemen. Die nahtlose Integration der Neuerungen optimiert Produktivität, Effizienz, Qualität und Präzision entlang des gesamten Fertigungsprozesses.

Kundenzufriedenheit im Mittelpunkt

Das Investitionsvolumen der in jüngster Zeit durchgeführten strukturellen Maßnahmen beträgt rund sechs Mio. Euro. Ziel der weitreichenden Investitionen ist es, den Systemspezialisten ständig weiterzuentwickeln, Prozesse permanent zu optimieren und dadurch Lieferzeiten stetig verkürzen zu können. „Dank unserer hohen Fertigungstiefe und strategischer Lieferantenspartnerschaften sind wir für die Zukunft bestens aufgestellt“, betont Leonhard Reitzner. Dabei haben er und seine beiden Kollegen in der Geschäftsführung bei allen

ten F-Secure wurde das Paket nun vollständig überarbeitet und weiter verbessert. Das Ergebnis ist eine speziell auf die M-net Produkte ausgelegte State-of-the-Art Sicherheitslösung zum Rundumschutz des digitalen Lebens.“

Umfassender Schutz zum kleinen Preis

Das neue M-net Sicherheitspaket umfasst zahlreiche bewährte Funktionalitäten wie die zuverlässige Absicherung vor Viren, Trojanern und Spyware oder den Browser- und Banking-Schutz, der schädliche Webseiten blockiert. Auch der Familienmanager, der Kinder vor gefährlichen und anstößigen Inhalten schützt, und der M-net Passwortmanager, der Kennwörter vor unbefugtem Zugriff bewahrt, sind weiterhin enthalten. Erweiterte Funktionen enthält das Sicherheitspaket ab sofort beim Schutz der Privatsphäre, beispielsweise in den Bereichen WLAN-Sicherheit und virtueller Standort (VPN), sowie beim Identitätsschutz, etwa durch eine Online-Identitätsüberwachung und die Hilfe bei Identitätsdiebstahl. Alle Funktionalitäten lassen sich nun auch in einer einzigen App verwalten.

Maßnahmen in erster Linie die Zufriedenheit der Kunden im Blick: „Unsere Verlässlichkeit bildet die Grundlage für das Vertrauen unserer Kunden, ihre Projekte mit Zuversicht voranzutragen.“

Komplettlösungen für den Glasfaserausbau

Für den Ausbau zukunftssicherer FTTH-Glasfaser- und FTTH-5G-Netze bietet das in Garmisch-Partenkirchen ansässige Unternehmen ein durchgängiges Portfolio mit aufeinander abgestimmten Komponenten – vom Central Office bis zum Customer Premise. Dazu gehören Schutz- und Überwachungssysteme, Glasfaser-Hauptverteiler, Kabelschächte aus Kunststoff, oberirdische Glasfaser-Netzverteiler, unterirdische Verteileinrichtungen, Hauseinführungen sowie Glasfaser-Abschlusspunkte. Das internationale Unternehmen ist einer der führenden Infrastrukturanbieter für Breitbandnetze, Energieverteilung und Verkehrstechnik in Europa.

Weitere Infos

Video-Link: „Mit Vollgas mehr Kapazität“: <https://www.youtube.com/watch?v=aQMs6Z-09G8o&t=4s>

¹ DIALOG CONSULT / VATM – 25. TK-Marktanalyse Deutschland 2023 (vom 29.11.2023) □

tätsschutz, etwa durch eine Online-Identitätsüberwachung und die Hilfe bei Identitätsdiebstahl. Alle Funktionalitäten lassen sich nun auch in einer einzigen App verwalten.

Das M-net Sicherheitspaket steht sowohl neuen als auch bestehenden Kundinnen und Kunden zur Verfügung. Bei Abschluss eines M-net Internet-Tarifs kann das Sicherheitspaket in der Basic-Version für ein Endgerät ganz einfach kostenfrei hinzugebucht werden. Bei Bedarf lässt es sich erweitern: Das Sicherheitspaket S für bis zu drei Endgeräte ist für nur 4 Euro pro Monat erhältlich. Für bis zu sechs Geräte (Sicherheitspaket M) kostet es nur 6 Euro monatlich. Sicherheit für bis zu 15 Endgeräte gibt es mit dem Sicherheitspaket L für nur 10 Euro im Monat. Alle Ausführungen des Sicherheitspakets sind jederzeit zum Ende des nächsten Monats kündbar.

F-Secure: Cyber Security made in Finland

Das in Finnland ansässige Unternehmen F-Secure ist seit mehr als 30 Jahren führend in der Cybersicherheitsbranche. Mit einem starken Fokus auf Forschung und Entwicklung und einem leidenschaftlichen Engagement für Sicherheit und Datenschutz setzt F-Secure weltweit den Standard für zuverlässigen und effektiven Verbraucher-Cyberschutz. Mit seinen preisgekrönten Produkten für Endverbraucher und rund 200 Service-Provider-Partnern schützt das Unternehmen rund 30 Millionen Menschen weltweit.

Optimale Kombination

„Ein Gefühl der Sicherheit im Internet ist das Wichtigste, was wir unseren Kunden bieten können“, betont Timo Laaksonen, Präsident und CEO von F-Secure. „Durch die Verbindung unserer langjährigen Expertise im Bereich Cybersicherheit mit der leistungsstarken Glasfaserinfrastruktur von M-net schaffen wir eine optimale Kombination aus erstklassiger Sicherheitslösung und zuverlässiger Konnektivität. Gemeinsam setzen wir Maßstäbe für den Schutz vor Cyberbedrohungen und bieten Kundinnen und Kunden eine umfassende Lösung, die ihnen die

Füracker zum Onlinezugangsgesetz 2.0:

Bund muss nachbessern

Der Bundestag hat eine Neuauflage des Onlinezugangsgesetzes beschlossen. Das OZG 2.0 gibt Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen und Organisationen das Recht, digitale Verwaltungsleistungen des Bundes vom Jahr 2028 an beim Verwaltungsgericht einzuklagen. Bayern unterstützt die Bemühungen des Bundes, Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung zu erreichen. Um die Digitalisierung schnell und zielführend voranzutreiben, seien jedoch umfangreiche Änderungen am Gesetz notwendig, forderte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Im engeren Sinn bezieht sich das OZG 2.0 nur auf Bundesverwaltungen wie die Bundesanstalt für Arbeit oder das Amt für Ausbildungsförderung (Bafög). Gleichwohl soll es auch auf die Bundesländer und Kommunen ausstrahlen. Das Gesetz sieht vor, dass Bund und Länder in einem gemeinsamen Gremium in den kommenden zwei Jahren Standards entwickeln, die für alle Beteiligten verbindlich sind. Damit soll auch verhindert werden, dass in den Verwaltungen mehrfach Programme geschrieben werden, um dasselbe Problem zu lösen.

Nach dem Willen der Ampel-Koalition soll auch die Infrastruktur für ein digitales Bürgerkonto nicht mehrfach angeboten werden, sondern sich auf das zentrale Bundeskonto (Bund-ID) konzentrieren. Bislang bieten auch einzelne Bundesländer digitale Bürgerkonten an.

Ein vereinfachtes Log-in, das sich den Gepflogenheiten beim Online-Banking annähert, soll zu mehr Akzeptanz der Bund-ID beitragen. Bislang müssen Anwender sich bei jeder Einwahl mit dem elektronischen Personalausweis („ePerso“) identifizieren. Künftig soll dies nur beim ersten Mal notwendig sein. Danach reicht auch eine Bestätigung durch biometrische Merkmale aus, etwa FaceID beim iPhone. Darüber hinaus wird mit dem OZG 2.0 auch das Schriftformerfordernis in der Verwaltung abgeschafft.

Vergebene Chance

„Mit ihrer Fixierung auf den elektronischen Personalausweis im Onlinezugangsgesetz 2.0 vergebte die Bundesregierung eine wichtige Chance: Die Nutzung der ELSTER-Konten auch für nicht steuerliche Zwecke kann einen bedeutenden Beitrag zum Erfolg der Verwaltungsdigitalisierung leisten“, hob Füracker hervor. Mit inzwischen über 20 Millionen Nutzerkonten bietet ELSTER ein hervorragendes Beispiel dafür, wie umfassend komfortable digitale Angebote von den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen anerkannt und nachgefragt werden. Statt auf der jahrzehntelangen Erfahrung der Steuerverwaltung mit Online-Authentifizierung aufzubauen, wolle die Ampelregierung den bislang erfolglosen und nutzerunfreundlichen elektronischen Personalausweis durchsetzen.

Nachbesserungsbedarf bestehe auch deshalb, weil wichtige Belange der Länder und Kommunen weiter unberücksichtigt blieben, fuhr der Minister fort.

Gewissheit gibt, dass ihre Daten und ihre Privatsphäre geschützt sind, egal wo sie sich befinden.“ „F-Secure macht jeden digitalen Moment sicherer, für jeden. Wir bieten brillant einfache, reibungslose Sicherheitserlebnisse, die den Millionen von Menschen, die wir schützen, und unseren über 200 Service-Provider-Partnern das Leben leichter machen. Seit mehr als 30 Jahren sind wir führend in der Cybersicherheitsbranche, inspiriert von einem Pioniergeist, der aus der Überzeugung erwächst, dass man gemeinsam mehr erreichen kann.“ □

Der Bund dürfe sich insbesondere seiner finanziellen Verantwortung im Digitalisierungsbereich nicht entziehen, weshalb sich der Freistaat für die dringende nötige Überarbeitung des Gesetzes durch den Vermittlungsausschuss einsetze.

Füracker zufolge muss Deutschlands Ziel eine Spitzenposition im Bereich der digitalen Verwaltung sein. Hier sei noch viel zu tun. „Alle Akteure sind dazu aufgerufen, ihre Anstrengungen bei der Digitalisierung des Staates zügig und in der Sache zu verstärken. Vollmundige Zielankündigungen, schnelle Schlagzeilen und öffentlichkeitswirksame Scheindebatten sind bei diesem wichtigen Thema deplatziert.“

Stellungnahme Bitkom

Der Digitalverband Bitkom begrüßt das „überfällige OZG-Änderungsgesetz“. Laut Präsident Dr. Ralf Wintergerst nimmt die Koalition damit „wichtige Weichenstellungen für eine wirklich digitale Verwaltung“ vor. Dazu zählten etwa durchgehende digitale Verwaltungsprozesse zumindest auf Bundesebene, aber auch zentral bereitgestellte und gemeinsam genutzte Basiskomponenten und eine verpflichtende Durchsetzung von Standards und offenen Schnittstellen. Künftig könne der Bund dafür sorgen, dass das digitale Rad auf kommunaler Ebene nicht immer wieder neu erfunden wird.

„Wir müssen uns von allein-stehenden Inselfösungen verabschieden. Nötig sind gleichzeitig mehr Mittel für Investitionen in eine moderne IT-Infrastruktur. Nachdem im Zuge der Haushaltsplanung 2024 Einsparungen vorgenommen wurden, brauchen wir an dieser Stelle im Laufe des Jahres eine Kehrtwende. Digitalisierung gibt es nicht zum Nulltarif, aber sie lohnt sich“, stellte Wintergerst fest.

Bund, Länder und Kommunen sind gefragt

Mit dem OZG-Änderungsgesetz sei die gesetzliche Grundlage für eine digitale Verwaltung geschaffen, jetzt müssten Bund, Länder und Kommunen die Umsetzung gemeinsam vorantreiben. Dazu gehöre zum Beispiel, dass Best Practices wo immer möglich kopiert werden und Verwaltungsleistungen, die einen hohen Standardisierungsgrad aufweisen, den Kommunen vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

An dieser Bereitschaft zur Kooperation hänge der Erfolg der Gesetzesnovelle, denn sie hat aus Sicht des Bitkom-Präsidenten in der vorliegenden Form eine Schwäche: „Der Umsetzungsdruck auf Seiten der Verwaltung wird nicht ausreichend erhöht.“ Es sei zwar ein Rechtsanspruch auf digitale Verwaltungsleistungen vorgesehen, doch dieser bleibe zahllos, weil zu viele Ausnahmemöglichkeiten eröffnet werden. Außerdem sollten Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger das Recht erhalten, die erneute Angabe von Daten zu verweigern, wenn diese Daten bereits bei einer öffentlichen Stelle vorliegen. Dies sei bislang nicht vorgesehen, erläuterte Wintergerst. □ **DK**

M-net

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Stadt Abensberg und LEONET unterzeichnen Kooperationsvertrag

Großflächiger Ausbau mit Glasfaser-Internetanschlüssen

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET wird in der Stadt Abensberg großflächig ein Glasfasernetz errichten. Hierfür haben Vertreter der Stadt Abensberg nach entsprechenden Beschlüssen mit Vertretern der LEONET einen Kooperationsvertrag zum Glasfaserausbau unterzeichnet. Insgesamt können knapp 4.200 Gebäude mit rund 6.400 Haushalten und Gewerbebetrieben von dem Vorhaben direkt profitieren.

LEONET hatte sich im Rahmen eines offiziellen Markterkundungsverfahrens (Gigabit 2.0) beworben und den Zuschlag er-

halten. Der erste Bürgermeister Dr. Bernhard Resch, der Stadtrat sowie die Stadtverwaltung begrüßen das Vorhaben außeror-

entlich und haben LEONET die volle Unterstützung zugesagt.

Das niederbayerische Glasfaserunternehmen wird das Infrastrukturprojekt komplett eigenwirtschaftlich finanzieren; ohne Unterstützung öffentlicher Steuergelder. Die Stadt Abensberg profitiert dadurch in mehrerer Hinsicht. So kann die Projektrealisierung schneller erfolgen als bei zeitlich langwierigen

Förderprojekten. Darüber hinaus wird der kommunale Finanzhaushalt nicht belastet, denn bei öffentlich geförderten Glasfaserausbauprojekten trägt neben dem Bund auch die Kommune einen Teil der finanziellen Unterstützung. „Wir sind von LEONET und der Projektlösung zur Glasfasererschließung unserer Stadt absolut überzeugt“, erklärt der erste Bürgermeister Dr. Resch. „Die digitale Standortattraktivität von Abensberg wird damit für die nächsten Generationen gesichert. Und das, ohne dass wir unseren Stadthaushalt auch nur mit einem Euro belasten müssten.“

Ausbaukonzept überzeugt

Neben dem Kernbereich der Stadt wird LEONET auch die Stadtteile Sand- und Holzharlanden, Arnhofen, Pullach, Offenstetten sowie Ober-/Unter-/Mitterhörbach mit der hochmodernen Glasfasertechnologie erschließen. Damit wird sichergestellt, dass gerade auch die Stadtteile, wo die verfügbaren Internetgeschwindigkeiten tendenziell noch schlechter als im Kerngebiet der Stadt sind, über zukunftsfähige Anschlüsse werden verfügen können. Die realisierten Glasfaser-Internetanschlüsse werden standardmäßig im Download 1.000 Mbit/s leisten können.

„Wir freuen uns sehr, dass die Stadt unser Vorhaben voll unterstützt“, erklärt LEONET-Geschäftsführer Martin Naber. „Im Rahmen unserer äußerst konstruktiven Gespräche hat die Verantwortlichen neben unserer langjährigen Erfahrung vor allem unser Ausbaukonzept überzeugt.“ Dieses sieht gegenüber einem Projektentwurf eines Mitbewerbers ein deutlich grö-



V.l.: Martin Naber, Geschäftsführer der LEONET und Dr. Bernhard Resch, Erster Bürgermeister der Stadt Abensberg.

Lücken im Glasfaser- und 5G-Netz schließen

vbw-Tagung in München zur digitalen Infrastruktur im Freistaat

Mit den Perspektiven des Ausbaus der digitalen Netze in Bayern befasste sich in München ein Kongress der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. Aktualisierte vbw-Studien zeigen, dass der Bedarf der Unternehmen nach leistungsfähigen Netzen und höheren Bandbreiten ansteigt und der Ausbau mit den steigenden Ansprüchen nur schwer Schritt halten kann. Viele Unternehmen erlebten noch Beeinträchtigungen durch Netzlücken. Im bundesweiten Vergleich sei der Freistaat jedoch überdurchschnittlich gut mit schnellen Breitbandanschlüssen versorgt.

Laut der Untersuchung „Versorgungsgrad der digitalen Infrastruktur in Bayern“ bieten mittlerweile rund 90 Prozent der kabelgebundenen Anschlüsse in den digitalen Netzen ihren Nutzern eine solide Grundversorgung. Auch der Ausbau von Gigabit-Anbindungen kommt gut voran. Allerdings bleibt trotz hoher Zuwachsraten viel zu tun. Glasfaseranschlüsse bis zum Endkunden erreichen bislang nur ein knappes Viertel der Haushalte und ein gutes Viertel der Unternehmen außerhalb von Gewerbegebieten.

Auch im Bereich des Mobilfunknetzes gibt es deutliche Fortschritte. Nach Zahlen des Bundes sind die Gewerbegebiete mittlerweile fast flächendeckend mit 5G versorgt. „Hier werden die Förderprogramme des Freistaates Bayern und des Bundes für Mobilfunkmasten weiter für Verbesserung sorgen. Mit ihnen können Netzlücken in wirtschaftlich nicht abdeckbaren Regionen nach und nach geschlossen werden“, so die vbw.

Deutliche Netzschwächen

Allerdings lohne ein genauer Blick auf die Mobilfunknetze, die durch steigende Nachfrage immer stärker herausgefordert werden. „In unserer Studie stellten wir Netzschwächen und erhebliche Unterschiede zwischen lokalen Angeboten verschiedener Netzbetreiber auch in vermeintlich gut versorgten Gewerbegebieten fest. Staatliche Förderung stößt hier an beihilferechtlich bedingte Grenzen. Falls diese nicht aufgelöst werden, kommt es für diese Netzschwächen vor allem auf die marktgetriebene Weiterentwicklung der Netze an“, heißt es.

Das Update der vbw-Studie „Breitbandbedarf der bayerischen Wirtschaft – leitungsgebunden und mobil“ zeigt das weitere Vorschreiten der digitalen Transformation in den Unternehmen und damit auch die wachsenden Anforderungen an die Netze. Um diesen gerecht zu werden, sind aus Sicht der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft gezielte politische Impulse für den Ausbau der Glasfaser- und 5G-Netze unverzichtbar.

Verlässliche Förderung bleibe für die Netzentwicklung speziell in ländlichen Regionen ein bestimmender Faktor. Hier müsse der Bund haushaltspolitische Kontinuität sicherstellen. Bei der Mobilfunkförderung ge-

he es zudem darum, bei der EU markttaugliche Bedingungen durchzusetzen, um auch seitens des Freistaates weiter fördern zu können. Zudem müsse der Bund Ausbauforderungen bei der Frequenzvergabe auf langfristige Investitionen ausrichten.

Genehmigungsverfahren vereinfachen

Um beim Ausbautempo zuzulegen, seien auch Genehmi-



Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel. Bild: vbw

gungsverfahren deutlich zu vereinfachen. Bayern habe auf diesem Feld im Ländervergleich am meisten getan, etwa mit Genehmigungsfiktionen oder verringerten Anforderungen bei Abstandsflächen. Eine weitere Verbesserung würden Rahmenzustimmungen durch Wegebaulastträger versprechen. Bei einem mehrere Straßen übergreifenden Ausbau würden so deutlich weniger Einzelverfahren anfallen. Auch sollten noch mehr unterschiedliche Einzelschritte in Genehmigungsverfahren digital gebündelt werden.

Der Handlungsbedarf ist also eindeutig, und die passenden Instrumente sind bekannt. Beim Münchener Kongress waren sich alle Teilnehmer einig, dass Glasfaser schnell ausgerollt und Bayern mit verlässlichem 5G-Mobilfunk abgedeckt werden muss.

Wie Martin Schöffel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und für Heimat, erläuterte, „unterstützt kein anderes Bundesland so kraftvoll beim Breitbandausbau wie der Freistaat Bayern. Obwohl eigentlich der Bund zuständig ist, haben wir seit 2014 massiv mit rund 2,4 Milliarden Euro an Landesmitteln investiert – auf freiwilliger Basis.“

Die aktuellen Studien der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft bestätigten, dass sich dieses starke Engagement auszahlt. Trotz der im Bundesvergleich mit weitem Abstand größten Fläche seien heute schon über 90 Prozent aller bayerischen Standorte mit 100 Mbit/s schnellem Internet und rund 68 Prozent gigabitfähig versorgt. Über 90.000 Kilometer Glasfaserleitungen wurden und werden dank der bayerischen Förderung verlegt.

„Angesichts der weiter steigenden Bedarfe werden wir uns auch künftig entschlossen einbringen, um bestmögliche Standortbedingungen zu schaffen. Der Freistaat kann den Weg in die digitale Zukunft aber nicht im Alleingang stemmen – der Bund muss seiner finanziellen Verantwortung deutlich gerechter werden und endlich im erforderlichen Umfang Gelder bereitstellen“, machte der Staatssekretär deutlich. Auch Wirtschaft und Bürger als Anschlussnutzer könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten: „Erst wenn die verfügbaren Bandbreiten auch tatsächlich gebucht werden, setzt dies ein starkes Signal an die ausbauenden Telekommunikationsunternehmen und den Bund als originär zuständigen Fördergeber.“

Elementarer Standortfaktor

Nach Angaben von vbw-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt „ist die digitale Infrastruktur ein elementarer Standortfaktor für den Freistaat. Homeoffice und Videokonferenzen sind für neun von zehn Unternehmen aus dem Industrie-Dienstleistungsverbund in Bayern heute betrieblicher Alltag. Das Interesse an datenintensiven Technologien wie Künstlicher Intelligenz, Fernlastträger versprechen. Bei einem mehrere Straßen übergreifenden Ausbau würden so deutlich weniger Einzelverfahren anfallen. Auch sollten noch mehr unterschiedliche Einzelschritte in Genehmigungsverfahren digital gebündelt werden.“

Glasfaseranschlüsse bis zum Endkunden erreichten bislang 24,4 Prozent der Haushalte und 28,4 Prozent der Unternehmen, in Gewerbegebieten seien es 39,9 Prozent. Brossardt zufolge zeigt das Breitbandförderprogramm des Freistaats seine Wirkung. Allerdings sei nach wie vor ein regionales Gefälle zu beobachten: In Städten haben 37 Prozent der Anschlüsse Glasfaser, außerhalb unter 14 Prozent. Nach den derzeitigen Ausbauplänen werde sich der bayernweite Durchschnitt in den nächsten Jahren auf knapp 50 Prozent erhöhen. Bis zu flächendeckender Glasfaserversorgung sei es aber noch ein weiter Weg. DK

ßeres Gebiet vor. „Würden wir dem nachträglich eingereichten Projektentwurf des Mitbewerbers von LEONET den Vorzug geben, hätte dies zur Folge, dass bis zu einem Viertel weniger Haushalte der gesamten Kommune von dem Zukunftsprojekt eines digitalen Hausanschlusses profitieren würden“, erläutert Stadtkämmerer Andreas Poschenrieder. „Unser Anspruch und unser Ziel für die Stadt lautet aber ganz klar: Wir wollen einen direkten Zugang zum Glasfaser-Internet für alle Abensberger Bürgerinnen und Bürger sowie Gewerbebetriebe im gesamten Stadtgebiet und den Ortsteilen sicherstellen“, bringt Bürgermeister Dr. Resch zum Ausdruck.

Umfassende Infokampagne

Im März startet LEONET eine

umfassende Informationskampagne für die örtliche Bevölkerung. Auf insgesamt fünf Veranstaltungen wird den Bürgern das Projektvorhaben im Detail erläutert und auf jegliche Fragestellungen individuell eingegangen. Im Rahmen dessen werden auch die geringfügigen Baumaßnahmen erläutert, die direkt am Haus zur Einführung der Glasfaser vorgenommen werden müssen. Der Glasfaser Hausanschluss ist für Eigentümer gratis, die einen Telefonie- und Internetvertrag unterzeichnen. Die ausschließliche Ausstattung der Immobilie mit einem zukunftsfähigen Glasfaser-Anschluss kostet 499 Euro. Im Sinne des sogenannten Open Access Prinzips steht das Glasfasernetz der LEONET auch allen anderen interessierten Internetdiensteanbietern für deren digitale Angebote offen. □



GLASFASER-AUSBAU UNTER PARTNERN

LEONET, Ihr starker Partner aus Bayern, bringt über 14 Jahre Erfahrung im Glasfaserausbau im Freistaat mit. Wir bieten gigabitfähiges Internet als Schlüsselement für eine zukunftssichere Infrastruktur. Unser ganzheitlicher Ansatz betrachtet Kommunen flächendeckend und kombiniert dabei privatwirtschaftlichen und geförderten Ausbau.

Als Mitglied des „Pakts Digitale Infrastruktur“ der Bayerischen Staatsregierung sind wir mit umfassenden Finanzmitteln für den Glasfaserausbau ausgestattet. Aktuell expandieren wir über unsere Stammgebiete – Landkreise Cham und Regen – und investieren in immer mehr Kommunen Bayerns. Die Zukunft? Vielleicht schon bald bei Ihnen.

Das Team der LEONET Kommunalbetreuung freut sich auf den Austausch mit Ihnen.



Adrian Richter
Leiter
Kommunalbetreuung

Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

EIN UNTERNEHMEN
DER INFRAFIBRE

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Gelöscht wird nur höchst selten

Städte mit Social Media-Aktivitäten bestätigen angeblichen Trend zum Hass nicht

An Menschen, die gern auf Achse sind und es lieben, schöne Städte zu entdecken, richtet sich der Nördlinger Instagram-Account. Idyllische Bilder locken in die Große Kreisstadt. „Social Media ist für uns wichtig“, sagt Daniel Wizinger, der in Nördlingen für Tourismus zuständig ist.

In Zeiten, in denen kaum mehr persönliche Briefe mit der Post geschickt und Bankgeschäfte immer häufiger online erledigt werden, kommen zumindest größere Städte nicht mehr an Social Media vorbei. So erreicht man Touristen. Und so erreicht man viele Bürger. Letztere schätzen die neue Art und Weise, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Und zwar vor allem wegen der Möglichkeit, zu kommentieren. Hass und Hetze, angeblich auf bedenkliche Weise im Aufwind, kommen auf kommunalen Plattformen nach wie vor extrem selten vor.

Was interessiert die Bürger?

Bürger interessiert, um ein Beispiel zu nennen, ob die Stadt neue E-Ladesäulen in Betrieb nimmt. Das erfährt man auch aus der Tageszeitung. Doch eine Zeitung hat, nicht zuletzt, weil gespart werden muss, längst nicht mehr jeder. Sich einen Facebook-Account zuzulegen, kostet nichts. Zudem bietet die Plattform die Möglichkeit, der Stadt zurückzumelden, was man von dem, was sie tut, hält. Bleiben wir beim Beispiel der E-Ladesäulen. Dass neue Ladesäulen in Betrieb genommen werden, wird sicherlich begrüßt. Doch wahrscheinlich teilen Bürger auch prompt mit, wo solche Säulen noch fehlen. Oder sie kritisieren die Standortwahl.

Überall, wo Städte Informationen über Social Media anbieten, findet sich rasch eine Community, die den Content goutiert, kommentiert und manchmal auch schimpft. Je nach Plattform, sind die Communities unterschiedlich. Der Facebook-Account der Stadt Nördlingen hat aktuell um die 7.750 Follower. Etwas mehr als 7.400 sind es auf Instagram. „Die Follower-Zahl sagt allerdings nichts über die Reichweite, die, je nach Content, stark schwankt“, betont Daniel Wizinger.

Mancher von ihm eingestellte Inhalt wird gerade mal von 5.000 Interessierten angeklickt. Dann wieder gibt es Beiträge, die für eine Menge Leute attraktiv sind. Sie erreichen zehntausende User.

Social Media-Auftritte sind mit allem Drum und Dran ganz schön aufwändig. Ist es doch nicht damit getan, den Content zu kreieren. Jedenfalls dann nicht, wenn die Fans und Follower auf Instagram, Facebook, TikTok, YouTube oder X kommentieren dürfen. Da stellt sich von vornherein die Frage: Will eine Kommune das?

Und, wenn ja, wie geht man mit allzu rüdem Vokabular, mit polemischen Äußerungen, Beleidigungen, implizierten Drohungen oder gar noch Schlimmerem um? Glaub man den Medien, gibt es immer mehr Unbeherrschte, die beim leisesten Ärgernis gleich rotsehen. Menschen, die im politischen Leben stehen, beklagen zunehmende Gewalt.

„Kritik ist nichts Schlechtes“

Wizinger kann nicht bestätigen, dass Hass und Hetze eine neue Qualität erreicht hätten. „Selbst Polemik hatten wir kaum gehabt“, sagt er. Die Mehrheit der Follower findet gut, was er verbreitet: „Zu politischen Themen äußern wir uns nicht.“ Natürlich werde manchmal Kritik geübt: „Was ja nichts Schlechtes ist.“ Daniel Wizinger ist nicht der Ansicht, dass alle dem, was er

einstellt, ohne Wenn und Aber zustimmen müssten. Bisher, sagt er, sei alles Kritische „gut aushaltbar“ gewesen.

Doch was, wenn der Fall eintritt, dass eine Kritik zu harsch wird? Nun, das wird man sehen. „Ich halte es auf jeden Fall für wichtig, dass man jede Meinung öffentlich kundtun kann“, unterstreicht der Medienfachmann. Kommentare einfach zu löschen, findet er falsch: „Wir haben das auch noch nie gemacht.“ Selbst harte Kritik bleibt stehen: „Die Bevölkerung soll ruhig sehen, mit welchen Problemen man als Stadt zu kämpfen hat.“

Das fortwährende Aufpassen auf den Inhalt der Kommentare kann ganz schön anstrengend sein, meint Stephan Rockinger, der die Regensburger Online-Kommunikation leitet. Auf dem Kanal der Oberbürgermeisterin wurde zum Beispiel über deren Teilnahme an einer Demo gegen Rechts berichtet. Die daraufhin eingetragenen Kommentare zu moderieren, sei schwierig gewesen. Alles Mögliche sei behauptet worden. Einige Kommentare mit harscher Kritik an den Demos frappten Rockinger und seine Crew von der Online-Kommunikation: „Es wurde zum Beispiel behauptet, dass es bezahlte Teilnehmer bei der Demo gegeben hätte.“

Öfter mal Halbwahrheiten

Gerade die Tatsache, dass es sich bei dem, was zum Teil von Kommentatoren unter den Social Media-Posts der Stadt geäußert wird, „nur“ um Unterstellungen und Halbwahrheiten, nicht aber um Straftaten handelt, stelle eine Herausforderung dar. „Teilweise blenden wir Beiträge aus“, gibt der Regensburger zu. Dies komme allerdings nicht allzu oft vor. „Wir lassen wirklich viel laufen.“ Überhaupt habe man sich bewusst dagegen entschieden, die Kommentarfunktion auszuschalten.

Nachdem Regensburg deutlich größer ist als Nördlingen, hat die oberpfälzische Stadt auch viel mehr Follower. Dem Instagram-Kanal, der 671 Beiträge umfasst, folgen 27.500 Nutzer. Sie werden vor allem mit historischen Bildern über Regensburger Schmuckstücke erfreut, so Rockinger: „Wir öffnen unser Bildarchiv und zeigen die Schönheit der Stadt.“ 14.800 Follower hat der Facebook-Auftritt. Fast 2.250 Internetnutzer folgen Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer auf deren Facebook-Account.

Die Bürger diskutieren gern

Laut Stephan Rockinger ist spürbar, dass die Bürger sehr gerne diskutieren. Und dass sie dies liebend gern über Social Media nicht nur untereinander, sondern auch mit der Stadtverwaltung tun würden. Doch das sei nicht möglich. Denn das für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Team kann den Bürgern ohne Rücksprache mit den Verantwortlichen in der Verwaltung nicht einfach antworten. Als es Kritik an der Demo gegen Rechts hagelte, appellierte das Team allerdings an die User: „Wir empfehlen Fakten zu überprüfen und sich auf evidenzbasierte Diskussionen und Quellen zu konzentrieren.“

Als es vor über zehn Jahren logging mit Social Media, überlegte sich das Regensburger Online-Team genau, was man transportieren wollte. „Wir ha-

ben uns bewusst für Informationen und Service entschieden“, meint Rockinger. Über Facebook bekommen die Bürger zum Beispiel mit, wenn sich Öffnungszeiten städtischer Einrichtungen ändern.

Direkter Draht ins Rathaus

Wie kann man unterschiedliche Zielgruppen möglichst gut und breit aufgestellt erreichen? Diese Frage stand am Beginn der Social Media-Aktivitäten der Stadt Bamberg. Man entschied sich schließlich für Facebook, Instagram und YouTube. Über diese Kanäle werden, so Pressesprecherin Anna Lienhardt, „zuverlässige Informationen“ aus der Stadtverwaltung vermittelt. Umgekehrt sollen die Bürger einen direkten Draht ins Rathaus haben.

In Bamberg existiert ein Social-Media-Leitfaden. Der sieht verschiedene Formate vor. Dazu gehört ein digitaler Wochenrückblick mit dem Oberbürgermeister, die „Bürgerfrage des Monats“ sowie „Erklär-Reels“, zum Beispiel zum Winterdienst.

Das Interesse an den Social Media-Auftritten wächst laut der Pressesprecherin: „2020 hatten wir circa 4.100 Follower auf Instagram, mittlerweile sind es 12.200.“ Alleine im Januar kamen 213 neue Follower hinzu. Die Follower-Zahl auf Facebook wuchs ebenfalls. Aktuell liegt sie bei fast 13.000. Über 550 Interessierte abonnierten den Bamberger YouTube-Kanal.

Die Kommentare unter den Beiträgen werden „im Blick behalten“: „Gerade bei sensiblen Inhalten.“ Gelöscht würden nur Kommentare, die beleidigend seien oder zu Straftaten aufrufen: „Als Plattform einer öffentlichen Verwaltung legen wir großen Wert auf einen offenen Meinungsaustausch.“ Ein Hinweis auf eine „Demo zu zwei Jahre Ukraine Krieg“ wurde zum Beispiel kommentiert: „Nein der Krieg dauert schon fast 10 Jahre.“ Die Löschung menschverachtender Beiträge wird angekündigt. In den vergangenen fünf Jahren wurden acht Kommentare gelöscht.

Rede und Gegenrede

Social-Media ist heute ein „unverzichtbarer Pfeiler der Öffentlichkeitsarbeit“, sagt auch Michael Klarner, Pressesprecher von Ingolstadt. Seit 2009 ist Ingolstadt auf Facebook, seit 2013 auf Instagram aktiv. Zusammen genommen gibt es rund 70.000 Follower. Kommentare werden laut Klarner unverzüglich bearbeitet und „wo nötig sachlich beantwortet“: „Kritische Rückmeldungen sind kein Shitstorm, sondern die Darstellung von Rede und Gegenrede.“ Mehrere Kommentare gab es zum Beispiel zum Auftakt der Bauerndemo. Etwa: „Großes Lob an alle Bauern. Genau so wird demonstriert und nicht wie diese Klimakleber...“ Kommentare, die gegen die Netiquette verstoßen, also sexistisch, homophob oder strafrechtlich relevant sind, würden amodiert gelöscht. Dies geschehe „mit consequentem Augenmaß“.

In der Gemeinde Neufahrn bei Freising ist Gabriele Ostertag-Hill seit März 2020 für Social Media verantwortlich. „Über unsere Homepage versuchen wir weiterhin, allgemeine Informationen zu verbreiten“, sagt sie. Viele Bürger hätten zwar Zugang zum Internet: „Aber nicht jeder nutzt Facebook oder Instagram.“ In Neufahrn werden beide Plattformen sowie YouTube bespielt: „TikTok möchte unser Bürgermeister aufgrund



Die LNI freut sich über den Start des größten bayerischen kommunalen Glasfasernetzausbaus im Landkreis Regensburg und Teilen des Landkreises Neumarkt: (v.l.) Sebastian Prechtel (Projektleiter), René Meyer (Geschäftsführer der Laber-Naab Infrastruktur GmbH), Tanja Schweiger (Landrätin Landkreis Regensburg und stellv. Aufsichtsratsvorsitzende der LNI), Josef Bauer (Bürgermeister der Stadt Parsberg und Aufsichtsratsvorsitzender der LNI), Sabine Spangler (Projektleiterin).

Bild: Steffanie Bentner

Weitere 47,4 Millionen Euro für Gigabit-Internetausbau

Größtes bayerisches kommunales Glasfasernetz kann starten

Regensburg (RL). Im Februar 2024 wurden weitere 47,4 Mio. Euro an Fördermitteln aus Berlin für den interkommunalen Glasfaserausbau in den beiden Landkreisen Regensburg und Neumarkt bewilligt. Somit kann nun mit der Planung von insgesamt 33.000 förderfähigen Hausanschlüssen und 310 Mio. Euro Gesamtinvestitionsvolumen in drei Clustern begonnen werden. Der Freistaat Bayern wird darüber hinaus noch Fördermittel zur Kofinanzierung beitragen und die Kommunen stellen zusätzlich jeweils einen Eigenanteil zur Verfügung.

„Ich freue mich sehr, dass der Bund die bisher unterversorgten Adressen in Kommunen in den Landkreisen Regensburg und Neumarkt beim Breitbandausbau mit weiteren 47,4 Millionen Euro kräftig unterstützt. Schnelles und verlässliches Internet ist die Grundlage für Home-Office, Freizeitvergnügen, aber auch für digitale Verwaltungsleistungen. Außerdem leisten wir damit einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen. Die erfolgreiche Arbeit der Laber-Naab-Infrastruktur GmbH zeigt auch,

wie wirkungsvoll ein Schulterchluss auf kommunaler Ebene sein kann“, sagt Bundestagsabgeordneter Stefan Schmidt, Bündnis 90/Die Grünen.

Dank an die Gesellschafterkommunen

Die LNI bedankt sich bei Ihren Gesellschafterkommunen, die sich innerhalb einer Solidargemeinschaft zum Ziel gesetzt haben, den flächendeckenden Glasfaserausbau in kommunaler Hand voranzutreiben. Weiter-

IT-Sicherheit Grundlage für Digitalisierung

Schöffel und Kirchner beim LSI: Länderübergreifende Zusammenarbeit und eigene Kompetenzen bei IT-Sicherheit essenziell

Im IT-Sicherheitsumfeld ist sowohl die enge Zusammenarbeit der Länder aber auch der Aufbau und die Pflege eigener Kompetenzen von zentraler Bedeutung. Bayern hat die Herausforderungen durch Cybergefahren früh erkannt und als erstes Bundesland bereits vor über sechs Jahren eine eigenständige Fachbehörde für IT-Sicherheit errichtet.

„Um unser Behördenetz bestmöglich zu schützen, analysiert das Landesamt täglich ca. 2 Milliarden Datensätze auf mögliche Angriffe und kann damit rund 1,2 Milliarden potentiell schädliche Internetaufrufe pro Monat verhindern. Um Deutschlands staatliche IT-Systeme flächendeckend zu schützen, teilen wir unseren reichhaltigen Erfahrungsschatz stets gerne im föderalen Verbund. Auch künftig müssen wir die IT-Sicherheit in Deutschland kontinuierlich weiter stärken“, betont Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel, anlässlich eines Be-

suchs am Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) gemeinsam mit dem Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, Sandro Kirchner.

Bayern ist gut aufgestellt

Innenstaatssekretär Kirchner hob hervor, dass die Cyberbedrohungen immer größer werden, nicht nur für Bürger und Unternehmen, sondern auch für kritische Infrastrukturen und Kommunen. „Das LSI ist deshalb ein zentraler sowie unverzichtbarer Baustein in unserer Cybersicherheitsarchitektur.“ Laut Kirchner ist Bayern bei der Cybersicherheit insgesamt sehr gut aufgestellt. Um entschlossen und wirkungsvoll auf aktuelle Bedrohungen reagieren zu können, hat Bayern hochspezialisierte Einheiten unter anderem bei Polizei und Verfassungsschutz geschaffen. Bereits seit 2021 sind beispielsweise polizeiliche IT-Spezialisten in den „Cybercrime-Quick Reaction-Teams“ rund um die Uhr einsatzbereit, um eine schnellstmögliche Beweissicherung und Gefahrenabwehr bei Cyberangriffen zu gewährleisten. Die en-

hin gilt der Dank dem Projektträger PricewaterhouseCoopers (PWC) und auch dem Freistaat Bayern und allen Abgeordneten auf Bundes- und Landesebene, die sich in den vergangenen Wochen für die Genehmigung und Bereitstellung von Fördermitteln eingesetzt haben. „Der Bund fördert den Breitbandausbau auf Rekordniveau mit drei Milliarden Euro im Jahr – so viel wie noch nie, trotz angespannter Haushaltslage. Das ist richtig, denn die Digitalisierung ist ein Standortfaktor für Unternehmen aber mittlerweile auch für Abläufe an Schulen oder Krankenhäusern unerlässlich. Wir fördern außerdem zielgerichtet den ländlichen Raum, was uns als SPD besonders wichtig ist mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse“, freut sich Dr. Carolin Wagner, SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Wahlkreis Regensburg.

Ausschreibung für Bauleistungen

René Meyer, Geschäftsführer der LNI, bestätigt: „Endlich wurden die nötigen Bescheide für alle Kommunen bewilligt. Die harte Arbeit hat sich gelohnt und kann bald die ersten Früchte tragen, wenn der Bau startet.“ Mit den Förderbescheiden im Gepäck geht die LNI zusammen mit den Fachplanern nunmehr auf die Suche nach Bauunternehmen, die die geplante Infrastruktur großflächig ab 2024 verwirklichen können. Die Telekom Deutschland GmbH wird als Pächter der LNI-Infrastruktur im kommunalen Eigentum, die Glasfaseranschlüsse peu à peu in Betrieb nehmen.

Tanja Schweiger, Landrätin des Landkreises Regensburg ergänzte: „Als Landkreis haben wir den Breitbandausbau seit vielen Jahren finanziell und personell massiv unterstützt und koordiniert. Die Mühen haben sich gelohnt. Unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Unternehmen bekommen nun flächendeckend ein zukunftsfähiges Glasfasernetz. Garantiert wird dies durch interkommunales Zusammenhalt und unter Beteiligung professioneller Partner.“

ge Vernetzung und der schnelle Austausch aller mit Cybersicherheitsaufgaben betrauten Behörden und Einrichtungen wird nach Kirchners Worten in der ‚Cyberabwehr Bayern‘ gewährleistet. Durch die Beteiligung am Nationalen Cyber-Abwehrzentrum wird dort auch die wichtige Scharnierfunktion für den Informationsaustausch mit dem Bund abgebildet.

„Dank unserem schlagkräftig aufgestellten Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik nimmt der Freistaat bis heute eine Vorreiterrolle in puncto Cybersicherheit ein. Einem Großteil der Verdachtsfälle kann dabei automatisiert, z.B. unter Einsatz von Methoden der künstlichen Intelligenz, entgegengewirkt werden“, betont der Leiter des LSI Bernd Geisler beim gemeinsamen Rundgang durch das Lagezentrum und das IT-Sicherheitslabor des LSI.

Das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik schützt Bayerns staatliche IT-Systeme sowie das Bayerische Behördennetz und den Bayernserver. Daneben steht die Behörde Kommunen und öffentlichen Unternehmen als Betreiber kritischer Infrastrukturen, wie Krankenhäusern und Wasserversorgern, als spezialisierter und individueller Berater bei allen Themen in Fragen der IT-Sicherheit zur Seite.

<https://www.lsi.bayern.de/>

Fiberdays 24 in Wiesbaden:

Glasfaserbranche weiter auf Kurs

Das zentrale Treffen der deutschen Glasfaserbranche, die fiberdays 24 in Wiesbaden, bot eine Reihe spannender Inhalte und Plattformen für den Austausch auf kommunalpolitischer Ebene. Die vom Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) präsentierte zweitägige Veranstaltung hat sich nun auch zu einem wichtigen Anlaufpunkt für die kommunale Politik und Verwaltung entwickelt.

Rund 7.600 Fachbesucher informierten sich bei den 220 nationalen und internationalen Ausstellern über neueste Produkte, Innovationen und Dienstleistungen rund um die zukunftssichere und energieeffiziente Glasfaser. Währenddessen diskutierten die Führungskräfte der Telekommunikationsbranche mit Politik, Verwaltung und Wissenschaft kontrovers und konstruktiv aktuelle Herausforderungen und Lösungsansätze für einen zügigen flächendeckenden Glasfaserausbau.

In ihrer Keynote lobte Daniela Kluckert, MdB, Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr, die hohe Dynamik im Glasfaserausbau und beleuchtete die Rolle der Bundesregierung: „Durch die Bündelung unseres Know-hows in unserer Gigabitstrategie, im Gigabit-Grundbuch und dem Gigabitbüro des Bundes haben wir eine starke Schnittstelle zu allen Akteuren geschaffen, um den flächendeckenden Ausbau ehrgeizig zusammen voranzutreiben.“

Gigabit-Campus und Kommunal Marktplatz

Stärker als in den vergangenen Jahren standen auch regionale und kommunale Themen im Zentrum des Kongressprogramms. So tauschten sich Kommunen auf dem „Gigabit-Campus der Länder und des Bundes“ mit den Digitalvertreterinnen aus elf Bundesländern und dem Gigabitbüro des Bundes aus. Laut Sven Butler, Leiter des Gigabitbüros, war der Gigabit-Campus erneut ein Erfolg: „Der intensive Austausch über den Breitband- und Mobilfunkausbau mit Vertretern der Länder prägte die beiden Messtage. Wir freuen uns darauf, diese Möglichkeit auch im nächsten Jahr in Frankfurt am Main anzubieten.“

Ein weiterer Magnet für Verantwortliche in Gemeinden und Kreisen war der 2023 neu eingeführte Kommunale Marktplatz. Thorsten Fellmann, Geschäftsführer der GVG Glasfaser, mit der

Marke terantet Goldsponsor der fiberdays24: „Die fiberdays sind schon seit Jahren Deutschlands führende Messe rund um die zukunftssichere Glasfaser. Die GVG Glasfaser setzt schon seit ihrer Gründung 2014 ausschließlich auf reine Glasfaser (FTTH) und hat sich mit ihrer bundesweiten Marke terantet daher auch in diesem Jahr mit voller Überzeugung als Goldsponsor engagiert. Wir sind stolz darauf, gemeinsam mit dem BREKO den Kommunalen Marktplatz ins Leben gerufen zu haben, der sich mittlerweile als einer der wichtigsten Anlaufpunkte für kommunale Vertreter auf den fiberdays etabliert hat.“

Fachkräftemangel, Zinswende, Baukostensteigerungen und Konsumzurückhaltung: Telekommunikationsbranche und Politik benannten die aktuellen Herausforderungen für den Glasfaserausbau klar und berieten konkrete Lösungen. „Die Glasfaserbranche steht sehr robust da. Unsere Stärke ist, dass der Glasfaserausbau in Deutschland auf viele Schultern verteilt ist“, erklärte BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. „Natürlich haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Monaten erschwert. Aber unsere Marktanalysen zeigen, dass weiter investiert wird und die Glasfaser ausbauenden Unternehmen – allein 250 im BREKO – werden in der Lage sein, sich den geänderten Bedingungen anzupassen.“

Um Glasfaserinvestitionen auch in Zukunft attraktiv zu halten, stellte Albers konkrete Forderungen an die Politik: „Die Branche braucht keinen Masterplan 2030, sondern Maßnahmen, die sofort wirken: Die Bundesregierung muss den strategischen Doppelausbau der Telekom stoppen, die Bundesnetzagentur ein marktgerechtes Konzept für die Kupfer-Glasfaser-Migration vorgeben und Bund und Länder müssen endlich die überbordende Gigabitförderung so dosieren, dass der eigenwirtschaftliche Ausbau nicht karnalisiert wird.“

„Die Herausforderungen im

Glasfaserausbau haben in den zwei Jahren seit der viel zitierten ‚Zeitenwende‘ stark zugenommen,“ bestätigte Norbert Westfal, Präsident des Bundesverbands Breitbandkommunikation (BREKO) und Sprecher der Geschäftsführung der EWE TEL. Damit die Branche auch über die nächsten Jahre an der Kapazitätsgrenze ausbauen kann, sei jetzt ein klares Signal aus der Politik erforderlich: „Im Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz müssen Mobilfunk- und Glasfaserausbau als ‚im übertragenden öffentlichen Interesse‘ definiert werden, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Außerdem brauchen die Glasfaseranbieter ohne eigenes Mobilfunknetz fairen Zugang zu 5G-Vorleistungen. Nur eine wirksame Diensteanbieterpflichtung kann fairen Wettbewerb gewährleisten, indem wir attraktive Bündeltarife aus Festnetz und Mobilfunk anbieten und so mit den Mobilfunknetzbetreibern auf Augenhöhe konkurrieren können“, hob Westfal hervor.

Hebelwirkung der Digitalisierung

Wie relevant diese Forderungen sind, unterstrich Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Er betonte die Hebelwirkung einer erfolgreichen Digitalisierung: „Die Digitalisierung ist eine wichtige Chance für Unternehmen, um ihre Produktivität zu steigern und um sich besser im globalen Wettbewerb zu behaupten. Eine schnellere und



In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Handlungsbedarf durch E-Rechnungspflicht für Unternehmen

Für Städte und Gemeinden ist die E-Rechnung nichts Neues, schließlich ist sie im sogenannten Business-to-Government-Bereich (B2G) bereits seit Jahren obligatorisch. Doch bald müssen auch etliche kommunale Betriebe ihre Rechnungsprozesse umstellen, die dafür bisher keine Notwendigkeit gesehen haben. Grund dafür ist die Verpflichtung zur obligatorischen E-Rechnung für inländische Umsätze zwischen Unternehmen, die grundsätzlich ab 2025 gilt. Sofern kommunale Unternehmen durch die Regelung des § 2b des Umsatzsteuergesetzes (UStG) als umsatzsteuerliche Unternehmen (§ 2 Abs. 1 UStG) einzuordnen sind und im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung umsatzsteuerpflichtige Lieferungen und Leistungen erbringen, gelten die neuen Regelungen der elektronischen Rechnungsstellung auch für sie. Die E-Rechnungsvorschriften knüpfen somit an die Unternehmer-eigenschaft im Sinne des § 2 Abs. 1 UStG an, greifen jedoch nicht im hoheitlichen Bereich von kommunalen Betrieben.

Ab dem 01.01.2025 müssen Unternehmen ihre Rechnungen also grundsätzlich als elektronische Rechnungen in einem Format ausstellen und übermitteln, das der europäischen Norm EN16931 entspricht. Für betroffene Kommunen und kommunale Betriebe, die bereits die XRechnung im Eingangsprozess eingeführt haben, be-

steht nun auf Ausgangsseite ebenfalls Handlungsbedarf, auch wenn hier Synergieeffekte genutzt werden können. Neben der XRechnung ist auch das etablierte Format ZUGFeRD ab der Version 2.0.1 zulässig. Es bietet den Vorteil, dass es auch privaten Endkunden zugestellt werden kann, da es neben dem obligatorischen Datensatz auch über eine Sichtkomponente in Form einer PDF-Datei verfügt. So ist keine spezielle Software nötig, um ZUGFeRD-Rechnungen lesen zu können. Ausgereifte Lösungen, um Rechnungen gemäß diesen Standards zu erstellen und zu empfangen, existieren bereits und sind seit Jahren etabliert. Das gilt beispielsweise für alle rechnungsschreibenden Programme der DATEV.

Übergangsfristen bis Ende 2027

Während der Empfang von E-Rechnungen ohne Ausnahme direkt ab 2025 gewährleistet werden muss, sieht der Gesetzgeber für Ausgangsrechnungen großzügige Übergangsfristen bis Ende 2027 vor. Dennoch empfiehlt es sich, den Umstellungsprozess möglichst bald anzugehen. Die Übergangsphase bietet die Möglichkeit, sich mit den elektronischen Rechnungsformaten und den damit einhergehenden elektronischen Rechnungsprozessen vertraut zu machen und sich frühzeitig rechtssicher aufzustellen.

go.datev.de/e-rechnung

umfassendere Digitalisierung wird auch in Zeiten des Fachkräftemangels zunehmend dringender.“ Dem schloss sich Oliver Gürtler, Leiter des Mittelstandsgeschäfts bei Microsoft Deutschland, an. Zudem verwies er auf die große Bedeutung der Künstlichen Intelligenz auch für die Glasfaserbranche.

Die Impulse waren der Auftakt für ein umfangreiches Kongressprogramm mit sechs Podiumsdiskussionen und zahlreichen Vorträgen, Workshops und Seminaren. Darin thematisieren Führungskräfte namhafter Telekommunikationsunternehmen und Entscheider aus Bundes-, Lan-

des- und Kommunalpolitik aktuelle Fragen rund um den Ausbau der digitalen Infrastruktur. Zu den Themen zählten unter anderem Nachhaltigkeitsaspekte im Glasfaserausbau, Open Access, Investitionen, strategische Themen, technische Innovationen, sowie die europäische Regulierung. **DK**

Ergoldsbach:

KI warnt bei Unwetter und Hochwasser

In der niederbayerischen Marktgemeinde Ergoldsbach hat ein Pilotprojekt begonnen, bei dem Sensordaten zu Niederschlag, Pegelständen und anderen Echtzeitdaten gesammelt und KI-gestützt ausgewertet werden. Ziel dieses Projekts ist es, Hochwassergefahren frühzeitig zu erkennen und entsprechende Warnungen auszugeben.

In der Vergangenheit war Ergoldsbach bereits von Hochwasser betroffen, und aufgrund des fortschreitenden Klimawandels werden Extremwetterereignisse voraussichtlich jedes Jahr wahrscheinlicher. Das KI-Warnsystem in Ergoldsbach nutzt Daten 35 örtlicher Wetter- und Pegelsensoren im Gemeindegebiet, um Extremwittersituationen besser vorhersagen zu können. Diese Sensoren messen Parameter wie Niederschlagsmenge, Feuchtigkeit, Temperatur, Windrichtung und die Pegelstände an Gewässern. Zusätzlich fließen meteorologische Daten des Deutschen Wetterdienstes in das System ein und werden in Echtzeit ausgewertet. Die Künstliche Intelligenz prognostiziert die Entwicklung, beispielsweise die Pegelstände in den nächsten zwei Stunden, um eine drohende Hochwassergefahr für bestimmte Ortsteile zu erkennen.

Dieses Projekt ist eines von

zehn Vorhaben, das im Rahmen des vom bayerischen Digitalministeriums ausgeschriebenen Ideenwettbewerbs „Kommunal? Digital!“ gefördert wird. Ergoldsbach erhält dafür eine Förderung in Höhe von 432.000 Euro. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend auch anderen Kommunen als Best-Practice-Beispiele zur Verfügung stehen.

„Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern für die Menschen da. In Ergoldsbach nutzen wir innovative Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, um die Bevölkerung besser zu schützen und die Kommunen resilientier gegen Extremwetter zu machen. Wir setzen auf kluge Prävention mit Hilfe von Innovation. Im modernen Bayern wird KI damit vom Science-Fiction-Schreckgespenst in der Zukunft zum Lebensretter in der Gegenwart“, betonte Digitalminister Dr. Fabian Mehring bei einem Besuch des Vorzeigeprojekts. **DK**

Individuelle Digitalisierungsberatung

AKDB-Mitarbeitende wie Günter wissen, welche digitalen Lösungen genau zu Ihrer Kommunalstrategie passen. Und unterstützen Sie bei der Auswahl von optimalen Förderprogrammen. Damit Sie für Ihre Bürger rundum digital aufgestellt sind.

www.akdb.de/loesungswelt

Bayerns Energiewende:

Gemeinden im Fokus

Daniel Ziehr, Leiter des bayerischen VSB-Regionalbüros, beleuchtet im Gespräch, wie Bayerns ambitionierte Klimaziele durch die Zusammenarbeit mit Gemeinden und den Einsatz innovativer Strategien erreicht werden können. Akzeptanz und maßgeschneiderte Beteiligungsmodelle legen seiner Meinung nach den Grundstein für eine erfolgreiche und nachhaltige Energiezukunft des Freistaates.

Könnten Sie uns zunächst einen Überblick über die aktuellen regionalen Klimaziele in Bayern geben und wie sich diese auf Gemeinden und Kommunen auswirken?

Daniel Ziehr: Bayern hat sich im Bereich der erneuerbaren Energien klare Ziele gesetzt. Bis Ende 2027 sollen in jeder Planungsregion 1,1 Prozent und bis Ende 2032 bayernweit 1,8 Prozent als Windenergieflächen ausgewiesen werden. Dies stellt eine große Chance für die Kommunen dar, selbstbestimmt zu handeln, indem sie geeignete Flächen an die regionalen Planungsverbände melden. Die Kommunen haben damit jetzt die Chance, selbstbestimmt den Ausbau erneuerbarer Energien mitzugestalten.

Wie können Kommunen und Gemeinden von Erneuerbaren Energien-Projekten profitieren?

Ziehr: Die Chance, von erneuerbaren Energieprojekten zu profitieren, sollte genutzt werden! Durch die Entwicklung maßgeschneiderter Beteiligungsstrategien können Kommunen und Gemeinden nicht nur finanzielle Vorteile realisieren, sondern auch lokale Wertschöpfung generieren. Darüber hinaus wird die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien zunehmend zu einem entscheidenden Standortvorteil. In einer Zeit, in der das Bewusstsein und die Nachfrage für Nachhaltigkeit steigen, sind

Standorte mit Zugang zu erneuerbaren Energiequellen für potenzielle Neuansiedlungen attraktiver. Das macht Gemeinden, die auf erneuerbare Energien setzen, für Unternehmen besonders attraktiv.

Inwieweit ist es wichtig, dass die Entwicklung und Umsetzung von Erneuerbaren Energi-



Daniel Ziehr, Leiter des VSB-Regionalbüros in Bayern Bild: VSB

en-Projekten auf kommunaler Ebene von der Akzeptanz der Bevölkerung begleitet wird und wie sieht dies in der Praxis aus? **Ziehr:** Wir bei VSB sind davon überzeugt, dass Akzeptanz in der Bevölkerung ein entscheidender

Faktor für den Erfolg von Erneuerbaren Energien-Projekten ist. Bei VSB wird dieses Prinzip aktiv umgesetzt, indem Gemeinden und Bürger von Anfang an in die Planung einbezogen werden. Wir setzen auf eine breit angelegte frühzeitige Informationskampagne sowie auf umfassende Beteiligungsmöglichkeiten wie die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Bürgersparmodellen oder die Zusammenarbeit mit Stadtwerken und anderen lokalen Akteuren. Die Maßnahmen werden immer individuell auf den Standort und die spezifischen Bedürfnisse der Gemeinde abgestimmt.

Welche konkreten Schritte unternimmt VSB, um sicherzustellen, dass die Erneuerbaren Energien-Projekte langfristig effizient und rentabel betrieben werden können?

Ziehr: VSB verfügt über mehr als 25 Jahre Erfahrung in der Projektentwicklung und Betriebsführung von erneuerbaren Energieanlagen, über 700 Projekte haben wir erfolgreich geplant und umgesetzt. Auch individuelle Energielösungen gehören zu unserer Kernkompetenz. Bei all unseren Projekten legen wir großen Wert auf eine professionelle und nachhaltige Planung sowie eine zuverlässige Betriebsführung. Damit stellen wir sicher, dass unsere Projekte langfristig effizient und rentabel betrieben werden.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen VSB und den kommunalen Entscheidungsträgern, um eine nachhaltige Energieversorgung auf regionaler Ebene sicherzustellen?

Ziehr: Die Zusammenarbeit mit

kommunalen Entscheidungsträgern gestaltet sich als ein partnerschaftlicher Prozess, in dem Transparenz, Kommunikation und gemeinsame Zielsetzungen im Vordergrund stehen. VSB arbeitet eng mit Gemeinden und Landkreisen zusammen, um nicht nur den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, sondern auch lokale Interessen und Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Wie sehen Sie die Zukunft der erneuerbaren Energien in Bayern und welche langfristigen Pläne hat VSB, um die Gemeinden weiterhin auf ihrem Weg zur Energiewende zu unterstützen?

Ziehr: In Bayern sehen wir ein großes Potenzial für erneuerbare Energien: Als VSB-Regionalbüro in Bayern engagieren wir uns aktiv dafür, die Kommunen auf ihrem Weg zur Energiewende bestmöglich zu unterstützen. Unser Ziel ist es, den Ausbau erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren im Freistaat



Grüne Zukunft: Gemeinden sind der Motor der bayerischen Energiewende. Bild: VSB

voranzutreiben und zusammen mit regionalen Akteuren zu gestalten. Dafür setzen wir weiterhin auf maßgeschneiderte Beteiligungskonzepte, um die lokale Wertschöpfung zu stärken und die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern. Wir freuen uns darauf, mit den Kommunen und Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Eine gute Gelegenheit hierfür bietet sich am 23. Ap-

ril beim Bayerischen EnergieForum. Lassen Sie uns gemeinsam dem bayerischen Wind wieder Flügel verleihen!

Kontakt:

VSB Neue Energien Deutschland GmbH, Regionalbüro Regensburg, Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg | 0941 298375 122 | bayern@vsb.energy ☐

Bad Berneck setzt auf Photovoltaik

Die Stadt Bad Berneck im Fichtelgebirge liegt im Landkreis Bayreuth und ist bekannt als Luftkurort und Heilbad. Wie alle Kommunen möchte auch Bad Berneck einen Beitrag zur Energiewende leisten, vor allem aber die Energiekosten für die Abwasseranlage senken. Wie hat die Stadt diese Aufgabe angepackt, ohne die Verwaltung zusätzlich zu belasten und ohne den Haushalt zu überfordern?

Die Stadt hatte zunächst mit dem eigenen Bauamt eine Liste aller städtischen Gebäude zusammengestellt, auf denen grundsätzlich eine Aufdach-PV-Anlage technisch machbar und sinnvoll erscheint. Für die weitere Bearbeitung und Auswahl eines wirtschaftlich sinnvollen Projektes aus dieser Liste hat sich die Stadt für eine enge Zusammenarbeit mit einem kommunalen Dienstleister, nämlich der KFB Leasfinanz GmbH aus Reuth bei Erbendorf entschieden. Die KFB ist ein inhabergeführtes Familienunternehmen in der zweiten Generation und steht für „Kommunales Für Bayern“. Die KFB Leasfinanz GmbH ist ein Spezialist für kommunales Leasing und hat eine Lizenz hierfür von der BaFin. Bei PV-Anlagen übernimmt die KFB die Konzeptionierung, die Angebotseinholung bei den Bau- und Installationsfirmen und abschließend die langfristige Finanzierung.

nehmen, welche an den Erwerb des wirtschaftlichen Eigentums geknüpft sind.

Bei der Größenordnung des Investments war bei der Stadt eine Rechtsaufsichtgenehmigung nach Art 72 BayGO (kreditähnliche Rechtsgeschäfte) nicht erforderlich. Dennoch sind die monatlichen Mietkaufraten geschätz-

ten Erträge im Eigenverbrauch als durchlaufende Posten in den Haushalt aufzunehmen. Somit war eine direkte Kreditaufnahme für die Stadt Bad Berneck nicht erforderlich; ein weiterer Vorteil, weil nur die jährlichen Finanzierungsraten in den Haushalt eingestellt werden mussten. Dieser Punkt erleichterte die jeweils haushaltsrechtlichen Entscheidungen sehr.

Die Anlage ist komplett als Eigenverbrauchsanlage ausgelegt. Brandschutzauflagen wurden bei der Anlagenauslegung ebenso berücksichtigt wie die außerordentlich hohen Schneelasten im Fichtelgebirge. Die Kläranlage hat einen jährlichen Gesamtenergieverbrauch von 180.000 kWh. Auch mit den über 200 Modulen von jeweils 420 Watt (peak) auf der Dachfläche kann der Gesamtenergiebedarf der Kläranlage naturgegeben nicht vollständig abgedeckt werden, jedoch kann der Jahresverbrauch um 70 bis 90.000 kWh reduziert werden. Bei einem angenommenen Strompreis von 0,25 Euro pro kWh ergibt das jährliche Einsparungen von etwa 22.000 Euro. Einschließlich aller Kosten, das heißt Baukosten, Prüfungskosten einschließlich der Finanzierungskosten wird sich die Anlage damit nach weniger als 10 Jahren amortisiert haben.



Bürgermeister Jürgen Zinnert.

Bild: Stadt Bad Berneck

Entscheidung für Mietkauf

Erster Bürgermeister Jürgen Zinnert erklärt die Details: „Wir haben der KFB die Aufgabenstellung genannt, mögliche Lieferfirmen vorgeschlagen und die KFB zum Verhandeln der Preise ins Rennen geschickt. Die KFB hat uns dann – unter Beachtung eines fairen Wettbewerbs – die erhaltenen Angebote zum Vergleich vorgestellt. Nach den – von der KFB durchgeführten – Bieterverhandlungen kam der Vergabevorschlag für den Stadtrat unter voller Transparenz zustande. Und nicht nur das, die KFB hat in der Folge unsere regionale Sparkasse und unsere Genossenschaftsbank in die Finanzierung miteinbezogen und die jeweiligen Konditionen angefragt. So konnte die KFB für die jeweils anstehende Objektfinanzierung mehrere Finanzierungsvorschläge mit unterschiedlichen Laufzeiten unterbreiten.“ Nach der Beratung im Stadtrat durfte die Stadt Berneck auch bei der Refinanzierung der Objekte durch die KFB Leasfinanz GmbH mitbestimmen. Die Entscheidung fiel zugunsten eines Mietkaufs. Die Vorteile des Mietkaufs fasst Robert Rüger, Geschäftsführer KFB kurz zusammen. „Beim Mietkauf werden die Gesamtkosten der Investition über eine vertragliche Laufzeit verteilt und durch fest definierte Mieten bezahlt. Sie erwerben unmittelbar wirtschaftliches Eigentum. Diese Form der Finanzierung kann sinnvoll sein, wenn Sie beispielsweise Fördermaßnahmen in Anspruch

ten Erträge im Eigenverbrauch als durchlaufende Posten in den Haushalt aufzunehmen. Somit war eine direkte Kreditaufnahme für die Stadt Bad Berneck nicht erforderlich; ein weiterer Vorteil, weil nur die jährlichen Finanzierungsraten in den Haushalt eingestellt werden mussten. Dieser Punkt erleichterte die jeweils haushaltsrechtlichen Entscheidungen sehr.

Die Anlage ist komplett als Ei-

Erster Bürgermeister Zinnert fasst zusammen: „So können wir mit Fug und Recht behaupten, dass wir in der Zusammenarbeit mit der KFB bei der Energiewende unseren Anteil als Stadt leisten und auch die Energiekosten bei der Abwasseranlage senken. Ja, die KFB hat uns bei der Konzeptionierung und Realisierung sehr geholfen. Die langfristige Finanzierung schont unseren Haushalt und lässt Luft für andere dringende Maßnahmen bei unseren kommunalen Pflichtaufgaben. Bei allen Projekten wäre zu überlegen, einen privatrechtlichen Dienstleister wie die KFB einzuschalten. Das gibt doch auch der Art. 61 der BayGO so vor: Aufgaben sollen in geeigneten Fällen daraufhin untersucht werden, ob sie durch private Dritte ebenso gut erledigt werden können.“ ☐

Die kommunale Wärmewende:

31. C.A.R.M.E.N.-Forum in Straubing

Die Wärmeplanung stellt Kommunen vielerorts vor die gleiche Frage: Wie lassen sich sinnvolle Konzepte erarbeiten und in die Tat umsetzen? Diese Fragestellung erörtert C.A.R.M.E.N. e.V. am 15. April 2024 in Straubing.

Die Besucherinnen und Besucher erwarten hilfreiche Impulse und Hintergrundinformationen rund um die Umsetzung der Wärmewende im kommunalen Umfeld und Vernetzungsmöglichkeiten mit den Wegbereitern und Akteuren der kommunalen Wärmewende!

Staatsminister Hubert Aiwanger eröffnet das Programm des 31. C.A.R.M.E.N.-Forums. Rund um den Titel „Kommunale Wärmewende – Rahmenbedingungen, Umsetzung und Best Practice“ werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Expertenbeiträge geboten, die einen Mehrwert für die Umsetzung der kommunalen Wärmewende vor Ort darstellen. Eine Podiumsdiskussion rundet die Veranstaltung ab. ☐

Weitere Informationen

Veranstaltung: <https://t1p.de/4ed2u>, **Programm:** <https://t1p.de/32so0> und **Anmeldung:** <https://t1p.de/3f6k9>



Akzeptanzfördernde Projektentwicklung

Individuelle Energielösungen

Energieparkmanagement



Gestalten Sie mit uns die Energiezukunft in Bayern.

Wir sind Ihr regionaler Partner. Wir unterstützen Ihr Vorhaben mit unserem Netzwerk vor Ort.

Wir freuen uns auf Sie am 23. April beim Bayerischen EnergieForum!

www.vsb.energy

VSB Neue Energien Deutschland GmbH
Regionalbüro Regensburg
Bischof-von-Henle-Str. 2a, 93051 Regensburg
0941 298375 122 | bayern@vsb.energy

EU-Verpackungsverordnung:

Kreislaufwirtschaft fördern

Die EU-Ratspräsidentschaft und die Vertreter des Europäischen Parlaments haben eine vorläufige politische Einigung über einen Vorschlag für eine Verordnung über Verpackungen und Verpackungsabfälle erzielt. Ziel ist es, die steigende Menge der in der EU anfallenden Verpackungsabfälle zu bekämpfen und gleichzeitig den EU-Binnenmarkt für Verpackungen zu harmonisieren und die Kreislaufwirtschaft zu fördern.

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) äußerte sich zum gefundenen Kompromiss positiv. „Der historische Höchststand bei Verpackungsabfällen kann nur durch eine stringente Abfallvermeidung und der Förderung von Wiederverwendung und Recycling verringert werden“, erklärte Vizepräsident Patrick Hasenkamp. Die Ziele zur Rezyklierbarkeit bis 2030 wären aus seiner Sicht voraussichtlich unerfüllbar, sollte der Gesetzgebungsprozess nicht noch in dieser EU-Legislaturperiode abgeschlossen werden können.

Deutliche Zunahme der Abfallmenge

Laut der Europäischen Kommission hat die Menge der Verpackungsabfälle in der EU in den vergangenen zehn Jahren um mehr als 20 Prozent zugenommen und wird bis 2030 um weitere 19 Prozent ansteigen, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden. Bei Verpackungsabfällen aus Kunststoff ist bis 2030 mit einer Zunahme von 46 Prozent zu rechnen. „Diese Erhebungen zeigen: Wir benötigen zwingend eine stringente Lösung für den Ressourcenschutz und die Abfallvermeidung, um den Aufbau einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft

baldmöglichst zu gewährleisten. Hierfür setzen sich die kommunalen Unternehmen unermüdlich ein. Dafür brauchen wir auch die EU-Verpackungsverordnung“, unterstrich Hasenkamp.

In der vorläufigen Einigung werden die Planziele für 2030 und 2040 für den Mindestanteil an recyceltem Material in Kunststoffverpackungen beibehalten. Die Gesetzgebungsorgane einigten sich darauf, kompostierbare Kunststoffverpackungen und Verpackungen, deren Kunststoffanteil weniger als 5 Prozent des Gesamtgewichts der Verpackung ausmacht, von diesen Zielen auszunehmen. Die Kommission muss die Umsetzung der Ziele für 2030 überprüfen und die Machbarkeit der Ziele für 2040 bewerten.

Die neuen Vorschriften sollen unnötige Verpackungen reduzieren, indem ein maximaler Leerraumanteil von 50 Prozent bei Sammel-, Transport- und E-Commerce-Verpackungen festgelegt wird und die Hersteller und Importeure verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass Gewicht und Volumen der Verpackungen minimiert werden, mit Ausnahme von geschützten Verpackungsdesigns (vorausgesetzt, dieser Schutz war zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der

Verordnung bereits in Kraft).

Der Text legt neue verbindliche Wiederverwendungsziele für 2030 und Richtziele für 2040 fest. Die Zielvorgaben variieren je nach Art der von den Unternehmen verwendeten Verpackungen: alkoholische und alkoholfreie Getränke (mit Ausnahme von Wein und aromatisierten Weinen, Milch und anderen leicht verderblichen Getränken), Transport- und Verkaufsverpackungen (mit Ausnahme von Verpackungen für gefährliche Güter oder Großgeräte und flexiblen Verpackungen, die in direktem Kontakt mit Lebensmitteln stehen) sowie Sammelverpackungen. Auch Kartonverpackungen sind generell von diesen Anforderungen ausgenommen.

Kunden dürfen eigene Behälter mitbringen

Take-away-Betriebe wurden verpflichtet, ihren Kunden die Möglichkeit zu bieten, ihre eigenen Behälter mit kalten oder warmen Getränken oder Fertigerichten ohne Aufpreis mitzubringen. Außerdem müssen bis 2030 10 Prozent der Produkte in Verpackungen angeboten werden, die für die Wiederverwendung geeignet sind.

Nach den neuen Vorschriften müssen die Mitgliedstaaten bis 2029 die getrennte Sammlung von mindestens 90 Prozent der Einwegplastikflaschen und metallischen Getränkeverpackungen pro Jahr sicherstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen sie Pfandsysteme (DRS) für die-

se Verpackungsformate einrichten.

Die Gesetzgebungspartner einigten sich zudem darauf, die Mitgliedstaaten von der Verpflichtung zur Einführung eines DRS auszunehmen, wenn sie im Jahr 2026 eine Getrenntsammlungsquote von über 80 Prozent erreichen und einen Umsetzungsplan mit einer Strategie zur Erreichung des übergeordneten Ziels von 90 Prozent Getrenntsammlung vorlegen.

Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate

Mit den neuen Vorschriften werden Beschränkungen für bestimmte Verpackungsformate eingeführt, darunter Einweg-Plastikverpackungen für Obst und Gemüse, für Lebensmittel und Getränke, Gewürze und Soßen im HORECA-Sektor, für kleine Kosmetik- und Toilettenartikel, die im Beherbergungsgewerbe verwendet werden (z. B. Shampoo- oder Bodylotion-Flaschen), und für sehr leichte Plastiktüten (z. B. solche, die auf Märkten für lose Lebensmittel angeboten werden).

Auch der Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Kreislaufwirtschaft (BDE) bezeichnete die vorläufige Einigung zur EU-Verpackungsverordnung als richtiges und wichtiges Votum: „Wir sind sehr erleichtert. Die EU-weit geltenden neuen Regeln für Verpackungen sind dringend notwendig, um die hochwertige ressourcen- und klimaschonende Kreislaufwirtschaft von Verpackungsabfällen weiterzuentwickeln. Genau dies ist wichtig“, erklärte Hauptgeschäftsführer Andreas Bruckschien in Berlin. **DK**



Gemeinsam erfolgreich: Beim LPV ziehen Politik, Stadt Würzburg und Naturschützer an einem Strang. Bild: LPV, Stephanie Möltner

20 Jahre Landschaftspflegeverband:

Gemeinsame Pflegeaktion im Dürrbachtal

Der Landschaftspflegeverband für Mensch und Natur Stadt Würzburg e.V. (LPV) hatte anlässlich seines 20-jährigen Bestehens zu einer gemeinsamen Mitmachaktion von Mitgliedern und der BUND Naturschutz Ortsgruppe Dürrbachtal geladen.

Die Veranstaltung, die noch vor Beginn der Vogelbrutzeit stattfand, war ein großer Erfolg. Politiker, Beschäftigte der Stadt Würzburg und engagierte Naturschützer arbeiteten Hand in Hand, um gemeinsam eine völlig zugewachsene Trockenmauer wieder in einen attraktiven Lebensraum für verschiedene Tier- und Pflanzenarten zu verwandeln. Durch die zahlreichen helfenden Hände war die circa 30 Meter lange Trockenmauer in kurzer Zeit von beschattenden Gehölzen und Gestrüpp befreit.

„Die Veranstaltung hat gezeigt, dass der Schutz und die Förderung unserer Kulturlandschaft einer gemeinsamen Verantwortung unterliegen, die nur durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten erfolgreich bewältigt werden kann. Nach unserem beher-

zten Eingreifen finden gefährdete Schlingnattern oder Zauneidechsen wieder wertvollen Lebensraum im Dürrbachtal“, freut sich der 1. Vorsitzende des LPV, Bürgermeister Martin Heilig, und betont damit die Wichtigkeit des Artenschutzes.

Unter dem Motto „Wir lieben Landschaft“ ist der Landschaftspflegeverband für Mensch und Natur Stadt Würzburg e.V. seit 2004 tätig. Ein wesentliches Merkmal aller Landschaftspflegeverbände ist die Dreiteiligkeit der Vorstandschaft. Sie setzt sich aus Vertretern der Landnutzer, des Naturschutzes und der Kommunalpolitik zusammen. Dadurch wird der Interessensausgleich zwischen den Gruppen sichergestellt, was die Erfolgsgeschichte des LPV seit über 20 Jahren prägt. **□**



MESSE
MÜNCHEN

Mehr als nur wirtschaftlich denken: kreislaufwirtschaftlich.

Willkommen auf der IFAT Munich – Weltleitmesse für Umwelttechnologien

Nachhaltig erfolgreich. Vom Abfallmanagement bis zur Rohstoffwirtschaft: Als wichtigster Impulsgeber der globalen Umweltwirtschaft bietet die IFAT Munich innovative und kosteneffiziente Lösungen für Kommunen. Was unsere Ressourcen signifikant schont. Auch finanzielle.

13.–17. Mai 2024 | Messe München
Jetzt Ticket sichern: ifat.de/tickets



ifat.de

IFAT
Munich

IFAT Munich vom 13. bis 17. Mai 2024:

Rund 50 internationale Start-ups präsentieren ihre Innovationen

Green Stage: Aktionsfläche für Vorträge, Networking und Diskussionen

Die IFAT Munich präsentiert sich erneut als Startrampe für innovative Jungunternehmen der Umwelttechnologiebranche. Zwischen dem 13. und 17. Mai 2024 stellen sie sich der internationalen Fachwelt unter anderem in der Start-up Area, auf der Green Stage und bei speziellen Führungen vor.

„Während sich in anderen Wirtschaftsbereichen das Gründungsgeschehen abgekühlt hat, ist die Dynamik der Start-up-Szene in der Umwelttechnologiebranche ungebrochen hoch“, freut sich Stefan Rummel. Der Geschäftsführer der Messe München führt dies hauptsächlich auf die langfristige, existentielle Bedeutung der bearbeiteten Themenfelder zurück. „Die Lösung der globalen Umweltprobleme – wie der Klimawandel und seine Folgen, verschmutzte Meere und Wassermangel oder wachsende Abfallberge und schwindende natürliche Ressourcen – gehört zu den großen Menschheitsaufgaben und bietet einen geradezu unbegrenzten Raum für innovative Ideen und neue Geschäftsmodelle“, ist sich Rummel sicher.

Folgerichtig erhalten Jungunternehmen auf der IFAT Munich 2024 erneut ein breites Forum. So weist die Weltleitmesse für Umwelttechnologie zwischen 13. und 17. Mai dieses Jahres in Halle C4 wieder eine Start-up Area aus. In dem gesonderten Ausstellungsbereich stellen sich rund 50 Nachwuchsfirmen aus über 15 Nationen vor. Dazu gehört beispielsweise das norwegische Unternehmen Renasys, das mit einer neuartigen mechanischen Filtration die Abwasserbereitung revolutionieren

will. „Unser Verfahren bietet beispiellos hohe Durchflussraten für Filtrationsstufen von 40 bis 5 Mikrometer“, erläutert Christopher Sveen, Mit-Gründer und Geschäftsführer bei Renasys, und fährt fort: „Damit erreichen wir nicht nur eine überlegene Effizienz bei der Partikelentfernung, sondern leisten auch Pionierarbeit bei der Rückgewinnung von Ressourcen, zum Beispiel von organischen Stoffen aus kommunalen Abwässern oder von Mineralien aus dem Bergbau.“ Sein Ziel ist es, auf der IFAT Munich weitere langfristige Partnerschaften zu schmieden, um gemeinsam einige der weltweit dringendsten ökologischen Herausforderungen anzugehen.

Die IFAT Munich 2024 markiert ferner den Markteintritt von Solar Materials. Das Magdeburger Start-up hat es sich zur Aufgabe gemacht, mit seiner patentierten Technologie Solarmodule vollständig zu recyceln. „Dabei werden nicht, wie bisher branchenüblich, nur Glas, Aluminium und Kupfer zurückgewonnen, sondern auch der kritische Rohstoff Silizium und das Edelmetall Silber“, beschreibt Mit-Gründer Dr.-Ing. Jan-Philipp Mai. Nach seinen Worten sinken durch diese Wertschöpfung die Recyclinggebühren für Kunden wie Solarparkbetreiber und Modulhersteller. Aktuell verfügt

das Unternehmen über eine jährliche Recyclingkapazität von bis zu 150.000 Modulen, die bereits im Jahr 2025 auf 500.000 Module ausgebaut werden soll.

Der „weltweit effizienteste und vertrauenswürdigste Markt- und Sekundärmetalle“ zu werden ist derweil der Plan des im Jahr 2022 in Köln gegründeten Jungunternehmens Metycle. Die digitale Plattform ermöglicht Verkäufern und Käufern den Handel mit allen Arten von Metallen und Mischmetallen. Metycle managt dabei die gesamte Handelskette, so dass Schrotthändler und Metallsammler nicht selbst in Kontakt mit Recyclingunternehmen und Schmelzhütten treten. Die jeweiligen Parteien des Geschäfts können die Lieferkette in Echtzeit online verfolgen.

Tägliche Führungen zu ausgewählten Start-ups

Neben dem Besuch der Aussteller der Start-up Area „auf eigene Faust“ kann sich das Fachpublikum der IFAT Munich 2024 auch geführten Touren anschließen. An den Nachmittagen von Montag bis Donnerstag werden dabei unter sachkundiger Leitung ausgewählte Unternehmen des Sonderbereichs aufgesucht.

Als weiteres Informations- und Networkingangebot ist in die Start-up Area unter dem Namen „Green Stage“ eine Aktionsfläche für Ausstellervorträge, Präsentationen von Verbänden und Partnerinstitutionen sowie wissenschaftlich orientierte Diskussionsrunden inte-

griert. An den Vormittagen der vier ersten Messtage stehen hier jeweils rund zweistündige Vortrags- und Diskussionsblöcke zu für die Gründerszene besonders relevanten Themen auf dem Programm. So werden am Beispiel der automatisierten Demontage das Ende der linearen Wirtschaft und die Chancen von Industrie-Kollaborationen beleuchtet, während anhand des Bausektors aktuelle Ansätze für eine optimierte Kreislaufwirtschaft präsentiert und diskutiert werden. Weitere Schwerpunkte sind die technischen Umsetzungsmöglichkeiten aus der Bioökonomie sowie die Zusammenarbeit von Start-ups mit dem öffentlichen Sektor.

„Mit der Start-up Area erleichtern wir Jungunternehmen den Marktzugang und bieten einen ‚Verdichtungsraum der Gründerszene‘ an, aber selbstverständlich finden sich auch unter den sonstigen Ausstellern unserer 18 Hallen und des Freigeländes viele weitere spannende Newcomer“, betont Philipp Eisenmann, Exhibition Director der IFAT Munich.

Erstmalig und direkt als Hauptaussteller in Halle B5, Stand 124 dabei ist WeSort.AI. Innerhalb von nur zweieinhalb Jahren entwickelte sich das im Jahr 2021 gegründete Würzburger Unternehmen von einer vielversprechenden Idee zu einem beachteten Akteur in der Recyclingbranche. Spezialisiert auf die granuläre Analyse und Sortierung von Abfallobjekten mittels Künstlicher Intelligenz (KI) und Objekterkennung, revolutioniert WeSort.AI die Abfallwirtschaft. „Mit unserer Lösung erschließen wir neue Fraktionen und erreichen bislang unerreichte Reinheiten“, erklärt Co-Founder Nathanael Laier und fährt fort: „Ein Highlight unserer Technologie, das Produkt ‚BatterySort‘, leistet einen wesentlichen Beitrag zur Brandprävention in Sortieranlagen. Wir werden dieses auf der IFAT Munich auch auf der Green Stage in einem Vortrag vorstellen.“ Die Technologie ist bereits erfolgreich bei verschiedenen Recyclern in Deutschland im Einsatz, im Jahr 2024 werden weitere KI-Analyse- und Sortiermaschinen installiert.

Welche hervorragenden Entwicklungen ehemalige Nachwuchsfirmen nehmen können, zeigt das Beispiel von Greyparrot. Das britische Unternehmen präsentierte schon bei der letzten IFAT Munich im Jahr 2022 – damals noch als Teil der Start-up Area – sein innovatives System, das mittels KI und maschinellem Lernen den Abfallsortierungsprozess optimiert. Auch in diesem Jahr ist Greyparrot wieder in München dabei, diesmal jedoch als „regulärer“ Aussteller in Halle B4, Stand 137.

Fortschritt durch Zusammenarbeit

„In den vergangenen zwei Jahren ist es bei uns auf vielen Feldern massiv vorangegangen – von der Erweiterung unserer Abfallerkennungsbibliothek auf mehr als 70 Kategorien über die Installation von über 100 Greyparrot-Analyzern in 14 Ländern bis hin zu unserer kürzlich angekündigten strategischen Partnerschaft mit Bollegraaf, dem weltweit größten Hersteller von Recyclinganlagen“, berichtet Mikela Druckman. Und die CEO von Greyparrot blickt weiter nach vorne: „Fortschritte bei der Bewältigung der globalen Abfall- und Ressourcenkrise können nur erzielt werden, wenn wir zusammenarbeiten. Wir freuen uns daher erneut auf die IFAT Munich, um herauszufinden, wie unser System die internationalen Hauptakteure des Recyclingsektors noch weitgreifender unterstützen kann.“ □

Leuchtende Turnschuhe und brennende Recyclinganlagen

Schwerpunkt Elektroaltgeräte: Aktuelle Herausforderungen bei der Fachtagung „Wertstoffhof 2024“

Dass der Akku des Smartphones in Brand geraten kann, ist vermutlich allgemein bekannt – welche Probleme lithiumhaltige Batterien in der Entsorgung darstellen, wird klar, wenn Container in Wertstoffhöfen oder Abfallbehandlungsanlagen brennen. „Das Risiko von Bränden ist mittlerweile so hoch, dass es immer schwieriger wird, Versicherungen für Recyclinghöfe abzuschließen“, erklärt Jürgen Beckmann vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU). Rund 1.400 Feuerschäden in Wertstoffhöfen und Recyclingbetrieben jeweils mit einer Schadenssumme von mindestens 200.000 Euro wurden in den vergangenen zehn Jahren gemeldet. Eine Vielzahl an rechtzeitig gelöschten Entstehungsbränden ist hierbei gar nicht erfasst.

Mehr als 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten bei der Fachtagung „Wertstoffhof 2024“ am LfU in Augsburg die aktuellen Herausforderungen bei der Entsorgung speziell von Elektroaltgeräten. Neben der Brandgefahr durch Lithium-Batterien ging es auch um die Frage, wie mit kleinsten elektrischen Bauteilen umzugehen ist.

Bei falscher Handhabung oder Entsorgung im Restmüll kann eine Lithium-Batterie für Nutzer und Entsorger gefährlich werden: Es sind Brände für die gesamte Sammel- und Entsorgungsphase dokumentiert, sowohl im Haushalt, am Wertstoffhof, in Müllfahrzeugen als auch in Recyclinganlagen. Hat sich ein Brand durch Lithium-Ionen-Akkus erst einmal entwickelt, ist dieser nur schwer wieder zu löschen.

Immer mehr Elektrogeräte werden auf den Markt gebracht: Waren es deutschlandweit im Jahr 2016 noch etwa 2 Millionen Tonnen Elektrogeräte, so stieg die Zahl im Jahr 2022 auf bereits rund 3 Millionen Tonnen – ein Anstieg um 50 Prozent. Derzeit liegen Produkte wie Möbel oder Sofas mit elektronischen Zusatzfunktionen, „smarte“ Sportbekleidung und Turnschuhe mit Leuchtsohle stark im Trend. Da sie eine fest integrierte elektrische Funktion

aufweisen, zählen auch diese Produkte zu den Elektro- und Elektronikgeräten, die am Ende der Nutzungsphase in vorgesehenen Sammel- und Rücknahmestellen abgegeben werden müssen.

„Wirksame Lösungen kommen im Kollektiv“, betonte Werner Bauer von der ia GmbH-Wissensmanagement und Ingenieurleistungen bei der Diskussion über Lösungsansätze für die Branche. Die Entsorgung und das Recycling von Elektrogeräten müssen bereits bei der Entwicklung und im Design neuer Produkte mitgedacht werden, z.B. durch eine modulare Bauweise von Produkten, bei der die elektrischen Einheiten einfach durch die Nutzer entfernt werden können. Auch die erweiterte Herstellerverantwortung durch Rücknahme- und Entsorgungspflichten müsse angegangen werden.

In der Diskussion wurden auch Forderungen nach einem Verbot bestimmter Einwegprodukte laut. Die von Bayern initiierte Bundesratsinitiative zum Verbot von Einweg-E-Zigaretten fand viel Zuspruch. „Es geht um praxisgerechte und für die Verbraucherinnen und Verbraucher alltagstaugliche Lösungen“, fasste der Vizepräsident des LfU, Dr. Richard Fackler, das Ziel im Umgang mit Elektroaltgeräten zusammen. □

Öko-Modellregionen Bamberger Land und Obermain-Jura:

Gemeinsam für die Artenvielfalt

Am 3. März fand der Welttag des Artenschutzes statt, der von den Vereinten Nationen als Aktionstag zum Schutz bedrohter Wildtier- und Pflanzenarten ausgerufen wurde. Ein Anlass für die Öko-Modellregionen Bamberger Land und Obermain-Jura, verschiedene Interessierte aus der Region in die Gemeindebücherei Oberheid einzuladen, um über wirksame Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt zu informieren und Akteure zu vernetzen.

Die Landwirtschaft gestaltet, pflegt und erhält unsere Kulturlandschaften, unterstützt damit die Biodiversität und setzt mit Leidenschaft und in hoher Eigeninitiative Strategien zur Förderung der Artenvielfalt um, die weit über die gesetzlichen Regelungen hinausgehen.

Sehr erfreulich war die rege Teilnahme von 25 Interessierten aus unterschiedlichen Bereichen. So waren neben biologisch und konventionell wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten und einer Biodiversitätsbeauftragten einer Kommune auch Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden, dem örtlichen Bauhof, der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau (LWG), des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), des Gemeindeverbundes ILE-Jura-Scheßlitz und der Obst- und Gartenbauvereine anwesend.

Referentin Aline Stieglitz von der Bioland-Naturschutzberatung führte anhand ihrer praktischen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft ein Bündel an Möglichkeiten vor, wie sowohl im Ackerbau und Grünland als auch an der Hofstelle Rückzugsräume und Wandermöglichkeiten für Insekten und Wildtiere geschaffen werden können, und das zum Teil mit kleinen und schnell umsetzbaren Maßnahmen als Kleinstbiotop. Besonders interessant war für die Teilnehmer die Erkenntnis, dass nur 10 Prozent

der Ackerunkräuter Schaden verursachen. Die nicht störenden 90 Prozent könnten erhalten werden und bilden ein wichtiges Angebot an Nahrung für Wildbienen und andere Insekten, die für Bestäubung und als „Vogelfutter“ enorm wichtig sind. Ein großes Problem für bodenbrütende Vögel sind im Frühsommer nicht angeleinte Hunde in der Flur.

Für mehr Teilhabe an Bildungsprojekten

Schon während des Vortrags teils sammelten die Anwesenden Umsetzungsideen. Beispielsweise wie ein etwas späterer Schnitt von Wiesen und Klee gras zum Schutz von Feldlerchen, veränderter Heckenschnitt durch Kommunen und Wegegemeinschaften, einfache Stein- und Sandhaufen und Totholzaufschüttungen. Ebenso wünschen sich die Akteure der Landwirtschaft eine zunehmende Teilhabe an Bildungsprojekten, um auch den Sinn und Wert einer erfolgreichen Maßnahme zu kommunizieren: Manche Vorhaben, wie der Radikalschnitt einer Hecke scheint im ersten Zug falsch, fördert aber die Neubildung einer Hecke und die Lichtausnutzung und wird in der Regel nur auf jährlich wechselnden kleinen Teilstücken umgesetzt. Aus einigen Gesprächen nach dem Vortrag könnten noch konkrete Projektideen entstehen. □

Umweltminister Glauber:

Dauerhafte Erfolgsprojekte

Ehrung für BUND Naturschutz Kreisgruppe Günzburg, Energie- und Oberland – Bürgerstiftung für erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Naturpark Ammergauer Alpen e.V. und Umweltstation Dingolfing-Landau: Die vier Einrichtungen wurden von Umweltminister Thorsten Glauber für ihre Umweltbildungsangebote ausgezeichnet. Sie zählen damit zu den aktuell rund 150 Trägern des Qualitätssiegels „Umweltbildung.Bayern“.

Umweltbildung

„Umweltbildung lebt vom Mitmachen. Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir den Umwelt- und Klimaschutz fest in der Gesellschaft verankern“, betonte Glauber. „Mehr als 30.000 Veranstaltungen werden von den Qualitätssiegelträgern jedes Jahr in Bayern angeboten. Damit erreichen wir mit unseren Bildungsangeboten mehr als eine Million Menschen. Mit dem Qualitätssiegel wollen wir die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern weiter stärken und zum Mitmachen motivieren. Unsere Partner füllen die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern mit Leben und machen aus Projekten Herzensangelegenheiten.“

Seit 2006 verleiht das Umweltministerium das Qualitätssiegel gemeinsam mit dem Kernteam „Umweltbildung.Bayern“ an Einrichtungen, Selbstständige sowie Netzwerke, die hochwertige (Umwelt-)Bildungsangebote im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) anbieten. Mit verschiedenen Aktionen und Veranstaltungen tragen die Partner insbesondere Umwelt- und Klimaschutzthemen in die breite Öffentlichkeit. Die Auszeichnung erfolgt befristet für drei Jahre und kann verlängert werden. Das Umweltministerium stellt jährlich insgesamt rund 3,8 Millionen Euro für die Bildung für nachhaltige Entwicklung in Bayern bereit.

Wie das Umweltministerium

weiter mitteilt, wird der Moorschutz in Bayern weiter gestärkt. Rund acht Millionen Euro fließen in den kommenden fünf Jahren in drei neue große Moorprojekte in Schwaben. Die neuen Projekte liegen im Gundelfinger- und Leipheimer Moos in den Landkreisen Dillingen an der Donau und Günzburg, im Dattenhauser Ried im Landkreis Dillingen an der Donau sowie im Gennachhauser Moor mit den Korbseemooren im Landkreis Ostallgäu. Sie werden durch das Bayerische Umweltministerium und den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

Moorschutz und Landesgartenschauen

Bayern verfügt insgesamt über rund 220.000 Hektar Moorflächen. Der Freistaat will diese kostbaren Lebensräume noch besser schützen. Ziel der Bayerischen Staatsregierung ist es, bis 2040 insgesamt 55.000 Hektar wiederzuvernässen.

Nach Angaben von Umweltminister Glauber baut der Freistaat zudem die finanzielle Unterstützung für Landesgartenschauen deutlich aus und fördert die Kommunen künftig zusätzlich auch bei der Durchführung einer Gartenschau. „Landesgartenschauen schaffen Chancen für die Kommunen. Sie bieten Möglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Sie ermöglichen grüne Oasen in den Kommunen und för-

dern Naherholung und Naturerlebnisse vor Ort. Durch eine deutliche Erweiterung des staatlichen Förderangebots sollen die Landesgartenschauen auch in Zukunft ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen“, erklärte Glauber.

Künftig werden auch die Ausgaben der Kommunen für die Durchführung einer Landesgartenschau mit bis zu einer Million Euro gefördert. Außerdem wächst die Investitionsförderung auf bis zu sechs Millionen Euro an. Damit ist die Förderung einer Landesgartenschau durch den Freistaat mit bis zu sieben Millionen Euro möglich.

Derzeit erhalten Kommunen, die eine Landesgartenschau durchführen, Zuwendungen für Investitionen zur Schaffung von Grün- und Erholungsstrukturen. Förderfähig sind unter anderem dauerhafte Pflanzbereiche, Ruheazonen, Teichanlagen oder das Wegesystem. Die höchstmögliche staatliche Förderung dafür liegt derzeit bei fünf Millionen Euro. Diese Fördersumme wird um eine Million Euro angehoben. Hinzu kommt künftig eine weitere Million zur Förderung der Durchführungskosten, beispielsweise für Personal.

Das Umweltministerium hat seit 1980 Gartenschauen mit insgesamt knapp 80 Millionen Euro gefördert. Dadurch wurden bislang über 530 Hektar dauerhafte Grün- und Erholungsflächen in Bayern geschaffen. Über 25 Millionen Gäste haben die Gartenschauen bisher besucht. Die nächste Landesgartenschau findet in diesem Jahr in Kirchheim bei München statt, im Jahr 2025 ist Furth im Wald Ausrichter. Für das Jahr 2026 wird nach der Absage der Stadt Tittmoning nach einer Ersatzlösung gesucht. DK

Mehr Stadtbegrünung gegen Hitze und Entsiegelung

Bürgerdelegierte überreichen ihre Empfehlungen zur Klimavorsorge an Umweltstaatssekretärin Christiane Rohleder

Bürgerinnen und Bürger erwarten von der Bundesregierung ein entschlossenes Handeln gegen die Folgen des Klimawandels. Das ist das zentrale Ergebnis der fünf regionalen Dialogveranstaltungen zur Klimaanpassung, die die Staatssekretärin Christiane Rohleder im Bundesumweltministerium übergeben wurden. Die Bürgerinnen und Bürger fordern mehr innerstädtisches Grün gegen die Hitze und die Entsiegelung von Flächen, damit das Regenwasser wieder in den Boden gelangen kann. Außerdem möchten sie, dass die Entnahme von Grundwasser zum Schutz der Ressourcen klar geregelt wird und sie vor Wetterextremen geschützt arbeiten, lernen und wirtschaften können, damit Leistungsfähigkeit und Gesundheit erhalten bleiben. Die Verkehrsinfrastruktur, insbesondere ÖPNV und Bahn, müsse auch bei Extremwetterereignissen und Hitze zuverlässig funktionieren.

Umweltstaatssekretärin Christiane Rohleder: „Die Klimakrise wird in Deutschland immer stärker spürbar. Das belegen die in den letzten Jahren zunehmenden Wetterextreme wie Dürren, Hitzewellen und Starkregen. Wie sich in Zukunft Klimafolgen mildern und Lebensqualität erhalten lässt, zeigen uns Bürgerinnen und Bürger mit ihren Zukunftsbildern und machen konkrete Vorschläge für die Politik. Die Ergebnisse helfen bei der weiteren Entwicklung der neuen Klimaanpassungsstrategie, in der wir die Perspektiven und Vorschläge aus der Bevölkerung berücksichtigen.“

Gemeinschaftliches Engagement

Dirk Messner, Präsident des Umweltbundesamtes: „Die fünf Dialoge haben bestätigt, dass die Menschen sich von den Fol-

gen des Klimawandels betroffen fühlen und zu Lösungen beitragen wollen. So legen die beteiligten Bürgerinnen und Bürger Wert darauf, dass Menschen im Klimawandel gesund bleiben und sich und andere besser schützen können. Dafür wollen sie beispielsweise gekühlte öffentliche Räume bei Hitze, aber auch eine bessere Aufklärung über Risiken. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einem grünen, lebendigen Wohnumfeld und klimaangepassten Gebäuden ist ebenfalls die Bereitschaft zu gemeinschaftlichem Engagement erkennbar. Das ist eine große Chance, um Klimaanpassung auch vor Ort umzusetzen.“

Thema Klimaanpassung bekannter machen

Die Bürgerinnen und Bürger fordern beim Thema Versorgung

mit Wasser, Energie und Rohstoffen auch, dass die Entnahme von Grundwasser klar geregelt und die Energieversorgung dezentralisiert wird, um die Versorgung sicherzustellen. Der Zugang zu klimaangepassten öffentlichen Räumen müsse für alle und gerade die besonders von Hitze betroffenen Bevölkerungsgruppen ohne lange Wege ermöglicht werden. Insgesamt wünschen sie sich, dass das Thema Klimaanpassung in der Bevölkerung bekannter wird und notwendige Maßnahmen besser akzeptiert werden. Deswegen sollten Bildung, Kommunikation und Beteiligung dazu verstärkt werden.

Hintergrund

Auf Einladung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes trafen sich im Herbst letzten Jahres zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in fünf Dialogveranstaltungen in den unterschiedlich vom Klimawandel betroffenen Regionen Ostseeküste in Wismar, Mittelbe in Dessau-Roßlau, Rhein-Ruhr in Duisburg, Rhein-Main in Worms und Bayerischer Wald in Zwiesel. Jeweils zwei Tage lang erarbeiteten insgesamt 331 Personen Ideen und Empfehlungen dazu, wie sich die Zukunft im Klimawandel lebenswert gestalten lässt. Bürgerdelegierte aus den

verschiedenen Regionen haben heute die Empfehlungen dem Bundesumweltministerium übergeben.

Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel

Die Bundesregierung entwickelt derzeit die Deutsche Anpassungsstrategie aus dem Jahr 2008 weiter und will bis Ende 2024 eine neue, vorsorgende Anpassungsstrategie an den Klimawandel vorlegen. Diese Strategie ist im neuen Klimaanpassungsgesetz verankert, das im November 2023 vom Bundestag verabschiedet wurde. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses mit Bürgerinnen und Bürgern sowie der Fachwelt werden in die Arbeiten zur neuen Klimaanpassungsstrategie der Bundesregierung einfließen.

Weitere Informationen:

- Empfehlungsbroschüre: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/empfehlungen-von-buergerinnen-buerger-fuer-die>
- Dialog Klimaanpassung (BMUV): <https://www.bmu.de/buergerservice/beteiligung/ueberblick-beteiligung/dialog-klimaanpassung-leben-im-klimawandel>
- Dialog Klimaanpassung (UBA): <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung/anpassung-an-den-klimawandel/anpassung-auf-bundesebene/dialog-klimaanpassung#undefined>

„Unser Wald braucht einen Kurswechsel in Brüssel“

Österreich und Bayern sehen in der derzeitigen EU-Umweltpolitik eine Gefahr für den Erhalt zukunftsfähiger Wälder und einer lebenswerten Heimat. Mit der „Salzburger Erklärung“ appellieren der österreichische Forstwirtschaftsminister Norbert Totschnig und Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber an die EU, einen sofortigen Kurswechsel zu vollziehen: „Wir fordern eine europäische Politik, die an den Erfordernissen der Wälder und an den Nöten der Menschen, die sie pflegen, ausgerichtet ist. Anstatt sie durch immer neue überzogene Vorgaben zu gängeln und damit den Glauben an die Europäische Idee zu erschüttern, muss Brüssel ihnen endlich Vertrauen entgegenbringen. Nur mit den Waldbesitzern, und nicht gegen sie, sichern wir klimastabile, zukunftsfähige Wälder im Interesse der gesamten Gesellschaft.“

Bundesminister Totschnig würdigte die Charta als einen wichtigen Schulterschluss zwischen Bayern und Österreich: „Die wachsende Bürokratie aufgrund des Green Deals und die steigenden gesellschaftlichen Anforderungen sind nur einige Beispiele, die unsere Waldbäuerinnen und -bauern beschäftigen. Deshalb tragen wir Verantwortung für unsere Regionen, unseren Wald und künftige Generationen, denn nur durch die Selbstbestimmung über die Waldbewirtschaftung können wir dieser gerecht werden.“

Gegen Bevormundung

Forstministerin Kaniber zufolge ist die Charta ein klares Zeichen gegen Bevormundung und Misstrauen seitens der EU: „Wir erwarten, dass unsere Waldbesitzer in Brüssel mit am Tisch sitzen. Wir brauchen eine praxisnahe EU-Politik, die den Waldbesitzern dabei hilft, ihre Wälder an den Klimawandel anzupassen, anstatt immer wie-

der neue Bürokratiemonster zu erschaffen.“

Wald und Waldbewirtschaftung haben in Österreich wie in Bayern einen besonders hohen Stellenwert und eine lange Tradition. Mit über vier Mio. Hektar in Österreich und 2,6 Mio. Hektar in Bayern sind beide Länder ausgesprochen walddominant. Gerade im ländlichen Raum ist die Waldbewirtschaftung ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Sie sichert allein in Österreich und Bayern entlang der Wertschöpfungskette Forst und Holz insgesamt 480.000 Arbeitsplätze bei einer Wertschöpfung von mehr als 44 Mrd. Euro jährlich. Seit Generationen leisten Waldbesitzerfamilien mit der Pflege ihrer Wälder einen unverzichtbaren Dienst für die gesamte Gesellschaft. Denn nur bewirtschaftete, stabile Wälder liefern nachhaltig den klimafreundlichen Rohstoff Holz, reinigen die Luft, filtern Trinkwasser, bewahren die Artenvielfalt und schützen vor Lawinen, Muren, Steinschlägen und Hochwasser.



V.l.: Der Einladung von David und Hermann Lindner folgten der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Karl Josef Schubert, der Südtiroler Gemeindevorstandschef Andreas Schätzer, Bürgermeister Franz Rasp aus Berchtesgaden für den Bayerischen Gemeindetag und Keynote-Speaker Rudolf Schleyer, Vorstand der AKDB.

Bild: Lindner Traktoren

Kommunalforum Alpenraum:

„KI in den Gemeinden muss es der Bevölkerung leichter machen“

Künstliche Intelligenz ist keine Zukunftsvision, sondern im Alltag vieler Gemeinden schon präsent: Das war ein Fazit des Kommunalforums Alpenraum, das im Innovationszentrum des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner in Kundl über die Bühne ging.

Künstliche Intelligenz ist mehr als ChatGPT: Gemeindevertreter und -vertreterinnen aus Südtirol, Tirol und Bayern informierten sich grenzüberschreitend über die Einsatzmöglichkeiten der KI. Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB (Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern), zeigte in seinem Impulsvortrag auf, wie KI die Verwaltung effizienter machen kann und was konkrete Einsatzgebiete sind: von der vorbeugenden Wartung von Straßen bis zu Chatbots, die eine Bürgerkommunikation rund um die Uhr ermöglichen. Sein Appell an die Kommunen: „Probieren Sie die KI aus!“ David Lindner und Josef Astner von Lindner Traktoren gaben anschließend einen kompakten Einblick, wie Künstliche Intelligenz und smarte Lösungen in Trak-

toren und Transportern bereits heute die Arbeit von Gemeinden erleichtern – zum Beispiel im Winterdienst.

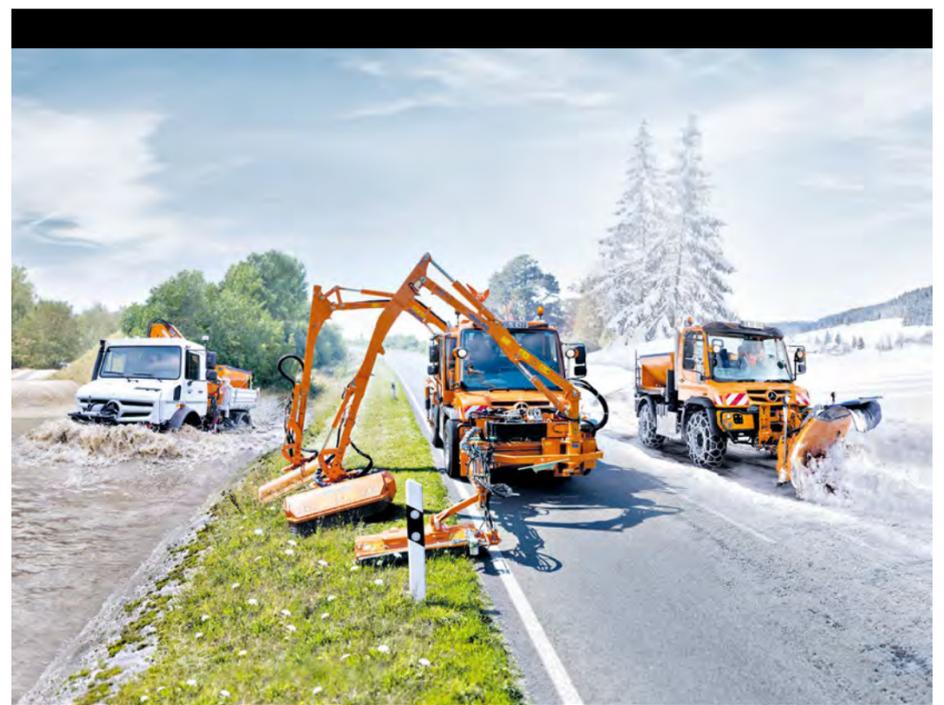
Ethik und Datenschutz im Fokus

In der abschließenden Talkrunde diskutierten Karl-Josef Schubert (Präsident Tiroler Gemeindeverband), Andreas Schätzer (Präsident Südtiroler Gemeindeverband), Franz Rasp (Bayerischer Gemeindetag), Fritz Fahringer (Standortagentur Tirol) und Peter Ragg (Direktor Tiroler Bauernbund) über die Chancen und Risiken der KI im kommunalen Sektor. KI würde bereits heute in vielen Bereichen eingesetzt: Bei Übersetzungen, im Rechnungswesen, aber auch bei der Raumplanung. Der Tenor: KI muss da-

zu beitragen, es den Bürgerinnen und Bürgern leichter zu machen. Und eine weitere breite Forderung: Bei allen KI-Anwendungen müssen Ethik und Datenschutz in Einklang gebracht werden. „Am Ende wird die natürliche Intelligenz weiter wichtiger bleiben als die künstliche“, brachte es Karl-Josef Schubert auf den Punkt.

Über das Kommunalforum Alpenraum

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative von Lindner Traktoren. Partner sind der Südtiroler Gemeindeverband, der Tiroler Gemeindeverband, der Österreichische Gemeindebund, Forum Land, der Bayerische Gemeindetag, die Standortagentur Tirol, die Tiroler Tageszeitung, die Bayerische Gemeindezeitung und Bauhof-online. Alle Infos auf www.kommunalforum-alpenraum.eu und auf LinkedIn.



Überzeugt Unternehmer, Entscheider und Fahrer zugleich: der Unimog.

Kompakt, kraftvoll, robust: die Kommunalprofis von Mercedes-Benz. Städten und Gemeinden gehen die Aufgaben nie aus. Die Budgets dagegen werden immer knapper. Deshalb verlangen sie nach wirtschaftlichen und vielseitigen Lösungen.

Der Unimog macht Ihnen die Entscheidung leicht: egal ob besonders kompakt (U 216 / U 218 / U 219), besonders kraftvoll (U 318 bis U 530) oder besonders robust und geländegängig (U 4023 / U 5023).



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com



V.l. Andreas Meier (Neustadt an der Waldnaab), Willibald Gailler (Neumarkt), Regierungspräsident Walter Jonas, Polizeipräsident Thomas Schöniger, Vizepräsident Robert Fuchs, Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach), Franz Löffler (Cham), Tanja Schweiger (Regensburg), Thomas Ebeling (Schwandorf), Andrea Degl (Bayerischer Landkreistag) und Roland Grillmeier (Tischenreuth).

Bild: Joachim Gebhardt

Zuwanderung beherrscht die Oberpfälzer Landrätetagung

Landkreis-Quoten bei rund 90 Prozent

Regensburg. Die Flüchtlingsproblematik beherrscht nach wie vor die politische Diskussion – das wurde deutlich bei der Tagung der Oberpfälzer Landräte, die sich in Brennberg im Landkreis Regensburg bei Gastgeberin Tanja Schweiger trafen. Die sieben Kommunalpolitiker unter Vorsitz des Amberg-Sulzbacher Landrats Richard Reisinger tauschten sich auch mit Regierungspräsident Walter Jonas aus.

Jonas brachte denn auch die ersten Zahlen ins Spiel: In der Oberpfalz lägen die Städte über der angestrebten Quote, die Landkreise auch schon bei rund 90 Prozent. Etwa 80 Prozent der Ankerzentrum-Einrichtungen seien mit Flüchtlingen belegt, nach weiteren Unterkünften werde mit Hochdruck gesucht. Allerdings betrage der Anteil der sogenannten „Fehlbeleger“ knapp 38 Prozent – wären diese in anderen Wohnungen untergebracht, würde sich die Lage merklich entspannen. Da aber Wohnungen allerorten fehlen, würde sich das Unterbringungsproblem nur in den Verantwortungsbereich der Gemeinden verlagern.

Mehr zentrale Einrichtungen wären Franz Löffler (Landkreis Cham) zufolge der effizientere Weg. Bis dahin sei die Anwendung des sogenannten „Königsteiner Schlüssels“ zur Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der Landkreise notwendig. In ihm sei festgelegt, dass damit alle Gemeinden in die Unterbringung einbezogen werden.

Nach wie vor gebe es Gemeinden mit 2.000 Einwohnern, die keine Flüchtlinge aufgenommen hätten, andere seien dafür überbeansprucht. Tanja Schweiger (Regensburg) schloss die Beschlagnahme kommunaler Turnhallen, von Gemeinden, die bislang keine Flüchtlinge beherbergen, nicht länger aus, Thomas Ebeling (Schwandorf) sah flexible Lösungen lieber als feste Quoten. Richard Reisinger (Amberg-Sulzbach) sprach sich ebenfalls für zentrale Unterbringungsstellen aus, damit die Quoten leichter erfüllt werden können und eine effizientere Versorgungslogistik gewährleistet sei.

Jonas appellierte, die Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge besser zu nutzen, die teils auch in der Unterkunft vorhanden seien. Willibald Gailler (Neumarkt) bestätigte, dies für seinen Landkreis bereits zu tun. Andreas Meier (Neustadt/Waldnaab) sah dabei ein Problem: Durch den Datenschutz stehe man sich selber im Weg. Das bestätigte Tanja Schweiger, die auf die Tatsache hinwies, dass sogar erst der Bundestag darüber entscheiden müsse, ob Ausländeramt und Sozialämter ihre Daten austauschen dürften. Bezüglich der Zuwanderungsperspektive geht der Regierungspräsident davon aus, dass sich in diesem Jahr die Zahl der Zugänge wie im vergangenen Jahr bewegen werde.

Bürokratieabbau

Das zweite Thema: Bürokratieabbau. Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages, berichtete aus diesem Gremium, dass sie bis dato 330 Vorschläge aus den Landkreisen zur Vereinfachung von Verwaltungsvorgängen erhalten habe. Zeitnah werde man der Staatskanzlei diese Liste vorlegen mit der Bitte um Bearbeitung. Vorgesprochen wurde unter anderem eine digitale Informationsplattform, in der alle vorhandenen Fördermöglichkeiten zusammengefasst seien. Auch die Digitalisierung sei eine Kernforderung des Landkreistages, ebenso eine Lösung, die verhindere, dass der kalte Strukturwandel bei den Krankenhäusern so weitergehe.

Über die Stärkung der Vertrauensleute für Schwerbehinderte referierte Andrea Wagner, Haupt-

vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen im Geschäftsbereich des Innenministeriums, zusammen mit Bezirksvertrauensperson Dr. Christoph Vatter. Einstellung, Beratung, Betreuung, Förderung, Hilfe, das alles seien die Aufgaben der Vertrauensleute auch bei den Landkreisen. Sie seien zwar nicht im Personalrat vertreten, aber als eigene Interessenvertretung handlungsfähig und sollten in alle Entscheidungen, Schwerbehinderte betreffend, einbezogen werden.

Die Sicherheitslage schilderten am Ende der Oberpfälzer Polizeipräsident Thomas Schöniger und Vizepräsident Robert Fuchs. Auch hier nahmen die Asylbewerber breiten Raum ein – komme es doch speziell in Regensburg und anderen Städten vermehrt zu bandenähnlichen Gruppierungen bestimmter Nationalitäten, die immer mehr Straftaten verübten und denen ein Gefängnisauenthalt wenig ausmache. Trotzdem liege die Aufklärungsquote im Präsidium bei fast 70 Prozent, ein Beweis, dass man in der Oberpfalz noch sicher leben könne. □



V.l. Franz Schonlau, Bayerngrund, Sorya Lippert, 2. Bürgermeisterin Schweinfurt, Franz-Josef Sauer, 1. Bürgermeister Arnstein, Berthold Stahl, Sparkassw Schweinfurt-Haßberge, Roland Reichert, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bayerngrund und Bereichsleiter Sparkassen & Finanzinstitutionen der BayernLB.

Bild: Bayerngrund

Bayerngrund:

Eröffnung in Schweinfurt

Im März hat der Geschäftsführer der Bayerngrund GmbH, Franz Schonlau, die neue Geschäftsstelle der Bayerngrund im Rahmen einer Feier und im Kreis von zahlreichen Vertretern unterfränkischer Kommunen, unterfränkischer Sparkassen und vielen Mitarbeitern offiziell eröffnet.

Roland Reichert (Aufsichtsratsvorsitzender der Bayerngrund) hob in seinem Grußwort die außergewöhnlich große Nachfrage gerade auch unterfränkischer Kommunen hervor, Bayerngrund mit ihren unterschiedlichen Dienstleistungen bei den kommunalen Infrastrukturprojekten vertrauensvoll einzubinden. Mehr als 50 Prozent aller bayerischen Kommunen haben bisher Bayerngrund-Dienstleistungen bei den unterschiedlichsten Projekten genutzt. Mit der Neueinstellung von 10 erfahrenen und kompeten-

ten Projektleitern in den vergangenen 12 Monaten wurde Bayerngrund der stetig wachsenden Nachfrage gerecht. Bayerngrund steht jetzt in Franken „auf zwei Beinen“ und ist noch besser erreichbar und auch noch schneller „vor Ort“. Die künftig expandierende Geschäftsstelle in Schweinfurt und die etablierte Geschäftsstelle in Nürnberg bilden ein starkes, verantwortungsvolles Team für ihre fränkischen kommunalen Kunden.

Die zweite Bürgermeisterin der Stadt Schweinfurt, Sorya Lip-

pert, unterstrich die Bedeutung des Standortes auch für ihre Heimatstadt. Viele Aufgaben warten in Schweinfurt und der unmittelbaren Region auf eine nachhaltige Realisierung in einer Zeit des Umbruchs. Die Bayerngrund, das „Bauamt auf Zeit“ ganz nah am fränkischen Kunden, sei genau jetzt der richtige Schritt. Berthold Stahl, Vorstand der Sparkasse Schweinfurt-Haßberge, verwies im Namen aller unterfränkischen Sparkassen auf das langjährige

und erfolgreiche Zusammenwirken mit Bayerngrund zum Vorteil der fränkischen Kommunen. Die räumliche Nähe wird diese Zusammenarbeit noch weiter befeuern. Mit Franz-Josef Sauer, Bürgermeister der Stadt Arnstein und Vertragspartner bei einer Wohnbaugesellschaft, sprach der Vertreter der unterfränkischen Kommunen ein eindringliches Schlusswort an alle Festgäste: „Die ländliche Region ist wichtiger denn je. Sie sichert

u.a. unsere Ernährung, ist der Standort für regenerative Energiegewinnung und stellt bezahlbaren Wohnraum. Damit die Infrastruktur des ländlichen Raums mit ihren Aufgaben mitwachsen kann, braucht es verlässliche und leistungsfähige Partner wie die Sparkassen und die Bayerngrund, die mit ihrer Kompetenz auf Augenhöhe die Kommunen bei der Lösung der schwierigen Herausforderungen partnerschaftlich begleiten.“ □

GZ

ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Die Gemeinde Anzing im oberbayerischen Landkreis Ebersberg. Wir haben 4.495 Einwohner.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 1. Mai 2020 im Amt und bin hauptamtlich tätig. Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich durfte einige Jahre die heutige Landtagspräsidentin Ilse Aigner begleiten. Zuletzt war ich Persönliche Referentin der Präsidentin im Landtag und leitete das Referat für Online-Kommunikation.



© Thomas Scheuplein

Kathrin Alte

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Schon in jungen Jahren war ich im Gemeinderat und im Kreistag in meiner früheren Heimat in Oberfranken tätig. Die Politik begleitet mich eigentlich schon immer, sowohl ehrenamtlich als auch beruflich. Den Anstoß als Bürgermeisterin in Anzing anzutreten, gab dann aber Ilse Aigner: Sie ermutigte mich, zu kandidieren und selbst die Dinge zu gestalten.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Ich hatte ja schon einiges an kommunalpolitischer Erfahrung sammeln dürfen, deshalb war es mir wichtiger, weniger auf Schulungen zu gehen, sondern mich ehrenamtlich in Anzing einzubringen, reinzuhören, was wirklich gebraucht wird im Dorf und gemeinsam mit einem großartigen Team Ideen für Anzing zu entwickeln.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich musste wie alle Bürgermeister 2020 mitten im Lockdown anfangen mit der Arbeit. Das war zu Beginn eine gute Schule und hat uns in der Verwaltung gleich für die nächsten Herausforderungen wie die Flüchtlingsunterbringen mit Beginn des Ukraine-Kriegs vorbereitet. Gleichzeitig stand eine Haushaltssolidarisierung an und es musste unsere „Offene Ganztagschule“ für 130 Kinder und ein neuer Kindergarten noch umgesetzt werden. Das hat jetzt den Vorteil, dass der Gemeinderat und die Eltern dem ab 2026 geforderten Anspruch auf eine Ganztagsbetreuung sehr gelassen entgegensehen können.

Ich hatte und habe sehr großes Glück, dass ich eine hervorragende und hoch motivierte Verwaltung habe. Wir konnten das alles managen und gleichzeitig haben wir die notwendige Digitalisierung schnellstmöglich umgesetzt. So konnten wir während der Pandemie gut arbeiten und für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Auch unsere Gemeindefinanzen sind heute stabil. Ich bin wirklich froh und dankbar darüber, was wir in den vergangenen vier Jahren geschafft haben.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell planen wir gemeinsam mit der Wohnbaugesellschaft des Landkreises Ebersberg 24 bezahlbare Wohnungen, die mit dem kommunalen Wohnraumförderungsprogramm (Komm-WFP) umgesetzt werden. Ganz bewusst bauen wir kleine Wohnungen für Auszubildende, Berufsanfänger und die Mitarbeiter unserer Einrichtungen wie Kindergärten, Offene Ganztagschule und Pflegeheim. Auch die Belegung des Ortskerns ist uns im Gemeinderat sehr wichtig: Wir sanieren ein gemeindeeigenes Gebäude mit Unterstützung der Städtebauförderung und schaffen so neue Räume für unsere Musikschule mitten im Dorf. Endlich können wir auch unsere 60 Jahre alte Grundschule renovieren: Für 450.000 Euro bauen wir jetzt im Sommer neue sanitäre Anlagen ein und investieren in die Barrierefreiheit. Wichtig ist mir auch die kommunale Energiewende. Auf den Liegenschaften der Gemeinde werden derzeit PV-Anlagen installiert. Und in diesem Jahr geht es mit großen Schritten wei-

ter mit der Digitalisierung der Verwaltung für mehr Bürgerservice in Anzing.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Die Finanzlage bleibt das große Thema, auch bei uns ist der Landkreis unter großem Druck und steigender Aufgabenlast. Hier sitzen wir alle in einem Boot und brauchen, um finanziell handlungsfähig zu bleiben, nicht nur kreative Vorschläge, sondern Unterstützung von Bund und Land. Wo künftig Flüchtlinge untergebracht werden sollen – und vor allem wer

sich um die Menschen kümmert – bleibt für uns alle eine Kernfrage. In Anzing stehen in den kommenden Jahren zahlreiche Großprojekte an: Unsere Schulturnhalle muss saniert werden, ein neuer Bauhof mit Wertstoffhof steht an und wir müssen auch eine renovierungsbedürftige Sportgaststätte auf einen guten Weg bringen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Bürgermeisterin sein zu dürfen, ist ein großes Privileg und eine erfüllende, wenn auch ab und an anstrengende Tätigkeit. Am besten ist, wenn man das mit gesundem Menschenverstand, einer Prise Humor und der Einstellung, sich nicht verbiegen zu lassen, angeht.

Für Frauen im Bürgermeisteramt gibt es da noch einige besondere Herausforderungen. In der ARGE „Frauen führen Kommunen“ des Bayerischen Gemeindetages, deren Sprecherinnen die Kollegin Susanne Hoyer und ich sind, unterstützen wir uns hier gegenseitig und bilden ein starkes Netzwerk. Das kann ich insbesondere den Kolleginnen und allen, die Bürgermeisterin werden möchten, ans Herz legen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Anzing ist im besten Sinne ein Dorf und wir haben eine gut funktionierende Dorfgemeinschaft mit vielen Ehrenamtlichen. Als Bürgermeisterin kann und will ich da mittendrin sein und hören rein, was den Leuten unter den Nägeln brennt. Alle nötigen Kommunikationstools, die den Informationsfluss und den Austausch fördern (Social Media, Gemeindeblatt, Bürgerversammlung online übertragen usw.), nutzen wir im Rathaus auch dafür.

Wir haben darüber hinaus eine gute und konstruktive Diskussionskultur im Gemeinderat und in der Verwaltung. Das war bei meinen Vorgängern schon so. Das heißt auch eine umfassende Vorbereitung mit digitalen Fraktionssprecherrunden, wöchentlichen Bürgermeisterbesprechungen. Das ist mir wichtig mit Blick auf die Ehrenamtlichen: Bessere Information und Vorbereitung trägt dazu bei, dass der Gemeinderat schneller zu Entscheidungen kommt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses sind in diesem Prozess nicht nur gute Rat- und Ideengeber für mich, sondern auch für den Gemeinderat.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung ergötzt und verbessert heute schon den Service für die Bürgerinnen und Bürger und unterstützt die Arbeit der Gemeinderäte. Das ist nicht die Zukunft, sondern gelebte Realität und übrigens für viele Bürger im Alltag und Beruf eine Selbstverständlichkeit. Dass Behörden und Verwaltung da so langsam sind, verstehen viele nicht. Dazu gehört meiner Meinung auch, dass z.B. hybride Gemeinderatssitzungen zum Standardprogramm werden. In Anzing wollen wir das bis zur Kommunalwahl 2026 umsetzen: Wir wollen im Gemeinderat auch künftig Berufstätige oder junge Eltern dabei haben, die sich bei Bedarf online reinschalten können und dann auch mitentscheiden können. Da geht es nicht darum, die Präsenzsitzung abzuschaffen, sondern ein Angebot vorzuhalten, das, wenn es beruflich oder familiär nötig ist, die Gemeinderatsarbeit erleichtert.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

„Keep your eyes on the stars and your feet on the ground.“ (Theodore Roosevelt) □

Bezirk Niederbayern:

Mediziner warnen vor zu viel Digitalisierung im Unterricht

Bezirkstagspräsident: „Müssen technologischen Wandel mit Augenmaß vorantreiben“

Rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland zwischen zehn und 17 Jahren zeigt eine problematische Nutzung von digitalen Medien, wie Zahlen einer Untersuchung der DAK zusammen mit der Uniklinik Hamburg-Eppendorf zeigen. Hochgerechnet sind das 1,3 Mio. Kinder und Jugendliche und damit rund dreimal so viel wie vor der Pandemie. Suchtkriterien erfüllen sechs Prozent aller Kinder und Jugendlichen. Heißt: Sie vernachlässigen Aktivitäten, setzen den Konsum trotz Leidensdruck und negativer Konsequenzen fort, erleben Kontrollverlust. Obwohl die absoluten Zahlen im Vergleich zu 2022 etwas rückläufig sind und die Mediennutzungszeit in der Freizeit insgesamt leicht stagniert, alarmieren die Suchtzahlen und die damit verbundenen Konsequenzen den Bezirk Niederbayern als Träger psychiatrischer Einrichtungen in der Region.

Dr. Tanja Hoegger ist Chefarztin der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Landshut. Sie sagt: „Wir wissen, dass unsere Patienten, die Medien exzessiv nutzen, andere Probleme wie soziale Isolation, Depressionen, Ängstlichkeit, Selbstwertdefizite oder auch ADHS damit kompensieren wollen. Wir wissen auch, dass das Belohnungssystem bedient wird, etwa durch viele ‚Likes‘. Für die Entwicklung einer Abhängigkeit ist allerdings nicht die Expositionsdauer entscheidend, sondern die persönliche Vulnerabilität. In jedem Fall ist die Behandlung digitaler Abhängigkeiten für alle Beteiligten, auch für die Kinder- und Jugendpsychiatrie eine große Herausforderung.“

Deshalb sei es wichtig, schon in jungen Jahren ein „normales Medienverhalten“ zu vermitteln.

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNISCHE FRAGEN

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

„Zielführender als ein Verzicht auf digitale Medien ist eine altersentsprechende Nutzung verbunden mit guter Aufklärung und Präventionsarbeit“, so Hoegger. Dem Alter und Entwicklungsstand entsprechend brauche es ein qualitatives Heranführen zur Medienkompetenz. „Hier spielen natürlich die Eltern, aber auch Schule und Politik eine entscheidende Rolle. Der alleinige Verzicht auf Medien im Schulalltag ohne attraktive Alternativen und Blick auf das Verhalten außerhalb der Schule wird keine Option sein. Die Etablierung von Medienklassen ohne klares Konzept muss ebenso kritisch betrachtet werden.“ Eine gute Nachricht sei, dass erste Präventionsmaßnahmen bereits Wirkung zeigten.

Prof. Dr. Matthias Keller, Chefarzt der Kinderklinik Dritter Orden in Passau und enger Kooperationspartner des Bezirkskrankenhauses Passau, sagt: „Gerade in jungen Jahren erlernen wir Grundfähigkeiten, die für unsere spätere Entwicklung unverzichtbar sind. Bücher und Stifte sind dabei wichtige Werkzeuge im Lernerwerb. Gut gemeint ist allerdings nicht immer gleich gut gemacht. Klar ist, dass wir Kinder an den Umgang mit digitalen Medien strukturiert heranführen müssen. Aber bei der Vermittlung von Grundfähigkeiten und Wissen zu früh und zu stark auf Laptops und Tablets zu setzen, wäre verkehrt. Wir müssen aufpassen, dass wir keine Fehler machen, die wir später bereuen.“

Die Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche auf spätere Herausforderungen vorbereitet

und mit Fertigkeiten, Fähigkeiten und Kompetenzen „ausgestattet“ würden, habe langfristige Konsequenzen für das einzelne Kind, aber auch für die Resilienz und Innovationskraft der Gesellschaft im Gesamten, so Keller weiter. Laptops und Tablets seien nicht geeignet, um Kindern und Jugendlichen den Umgang mit den sozialen, gesellschaftlichen, fachlichen und intellektuellen Fragestellungen der Zukunft zu vermitteln. „Ich appelliere dafür, die Digitalisierung als Mittel des Lernerwerbs und der Wissensvermittlung insbesondere an den Grundschulen und frühen Jahrgangsstufen mit Bedacht voranzutreiben.“

Die Jüngsten nicht überfordern

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich: „Die Behandlungszahlen in unserer Kinder- und Jugendpsychiatrie sind in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. In dieser Lage dürfen wir die Jüngsten unserer Gesellschaft nicht überfordern. Digitalisierung ist wichtig und inzwischen integraler Bestandteil unseres Alltags, der technologische Wandel sollte allerdings mit Augenmaß vorangetrieben werden. Die Politik muss dabei auf die Expertise unserer Medizinerinnen und Mediziner hören. Wir müssen die Warnungen vor einer Überforderung der Kinder- und Jugendlichen ernst nehmen – und, wie etwa in Schweden und Dänemark geschehen, unseren Kurs wenn nötig korrigieren.“ Dass Fachleute wie Prof. Dr. Manfred Spitzer vom Universitätsklinikum Ulm bei einer Fachveranstaltung des Bezirks Niederbayern im vergangenen Jahr zu größter Vorsicht beim Einsatz digitaler Medien in Grundschulen aufgerufen haben, müsse Gehör finden und zu politischen Konsequenzen führen.

Beim bayerischen Philologenverband rückte das Thema der Frühdigitalisierung nach einer Umfrage unter seinen Mitgliedern ebenfalls in den Fokus.

Mehr denn je für Heimatpflege und Erinnerung

„Bayern bleibt bundesweit führend bei der Förderung der Belange der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler“. So kommentiert Dr. Petra Loibl, MdL, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene, dass auf Initiative der Regierungsfractionen auch heuer wieder umfassende zusätzliche Mittel für diesen Bereich bereitgestellt werden. Das sei, so die Beauftragte, eine hervorragende Gemeinschaftsleistung, besonders aber auch der Verdienst von Josef Zellmeier, MdL, dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses im Landtag, mit dem gemeinsam es gelungen sei, die Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler mehr denn je zu berücksichtigen. „Gerade in einer Zeit, in der die Betroffenen Gegenwind aus Berlin spüren, ist das ein wichtiges Zeichen. Schließlich sind die Aussiedler und Vertriebenen die besten Brückenbauer ins östliche Europa“, so Dr. Loibl.

Gefördert werden nicht weniger als zwölf Projekte und Initiativen für die Vertriebenen und Aussiedler in Bayern sowie die Heimatvertriebenen mit einer Gesamtsumme von 1.237.000 Euro. Für ein neues „Haus der Heimat“ in Landshut werden allein 700.000 Euro zur Verfügung gestellt, und auch das Kulturwerk der Siebenbürger Sachsen erhält im Jahr des dreifachen Gedenkens an 800 Jahre Beginn der Siedlungstätigkeit Deutscher in Siebenbürgen, 80 Jahre Deportation und Vertreibung eines Teils der Bevölkerung und 75 Jahre des Bestehens von Landes- und Bundesverband 100.000 Euro. Eine Förderung in gleicher Höhe fließt an die Karpatendeutschen unter anderem für die nachhal-

tige Zukunftssicherung der von ihnen herausgegebenen Zeitung „Karpatenpost“. Ferner wird auch die institutionelle Förderung für das Kulturwerk Schlesien in Würzburg um 200.000 Euro erhöht.

Unterstützung für vielfältige Projekte

Mit fünfstelligen Summen unterstützt werden der BdV Bayern (50.000 Euro), das Egerland-Museum in Marktredwitz (40.000 Euro), das am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung der Universität Regensburg angesiedelte Forschungsprojekt „Kultur und Erinnerung. Heimatvertriebene und Aussiedler in Bayern 1945-2020“ (50.000

GZ PINOS WELT

Ein Gespenst geht um in Europa. Nein, es ist diesmal nicht der Kommunismus, den ja, siehe China oder Nordkorea, nicht mal mehr die Kommunisten ernst nehmen. Nein, das derzeitige Gespenst heißt Krieg.

In einem unserer Nachbarländer, der Ukraine, tobt der Krieg aktuell so brutal und unmenschlich wie sinnlos. Die Menschen leiden. Ihnen wird ihre Zukunft zwischen rauchenden Trümmern und verwüsteten Landschaften genommen. Die Infrastruktur wird zerstört, die zivile Wirtschaft ruiniert und die Natur in einem Maße nachhaltig geschädigt, dass sich eigentlich ganze Heerscharen von Aktivisten von den Baumhäusern in Grünheide, wo sie gegen den Bau von Elektroautos demonstrieren, schwingen und schnurstracks zum Roten Platz in Moskau begeben müssten, wenn sie es mit ihrer Sorge um die Umwelt redlich meinen würden. Viel Spaß beim Ankleben dort.



ten kann. Aber anders als bei den Irakkriegen oder der Bombardierung Libyens ist keine Erleichterung in der Bevölkerung zu spüren, dass Deutschland sich aus allem raushält.

Die Forderung nach einem Einfrieren des Kriegs unterstützen nur die Parteien am ganz rechten und am ganz linken Rand des politischen Spektrums. Die windigen Ausflüchte des Kanzlers zu Taurus-Lieferungen sind schon so gründlich von Experten, Presse und Politik auseinandergenommen worden, dass der SPD-Parteivorsitzende und sein Generalsekretär sich nur noch in Befehle zum Debattierenden flüchten. Als ob in einer Demokratie Kritik an „Das-gilt-Scholz“ Majestätsbeleidigung wäre.

Da kann der Bundesverteidigungsminister noch so sehr darauf dringen, dass Deutschland bald kriegstüchtig wird, da kann der Bundesgesundheitsminister fordern, die Krankenhäuser besser auf Konflikte vorzubereiten, da kann die Bundesbildungsministerin die Sensibilisierung von Schulen für Kriege anmahnen (der Thüringer Ministerpräsident und sein Kultusminister gehören der vielfach umbenannten SED an, vielleicht haben die ja noch einen alten DDR-Lehrplan zur Wehrkunde an der Hand) – solange die Bundesregierung nach Moskau nichts anderes als das Signal aussendet „Wir haben Angst vor euch und deshalb kuschen wir“, wird es weder für Deutschland noch für das demokratische Europa Sicherheit durch Abschreckung geben.

In diesen Ostertagen beklagen wir den Tod Jesu und feiern seine Auferstehung, die der Menschheit Erlösung brachte und ein Fanal für den Frieden sein sollte. Da ist es bitter, den Gedanken an Krieg nicht mehr wie in den letzten gut 30 Jahren ganz weit hinten im Bewusstsein abzulegen, sondern als Gefahr zu definieren, der wir präventiv begegnen müssen. Aus dieser Erkenntnis muss aber Handeln werden: In der Unterstützung der Ukraine, in der Solidarität mit Israel, in der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terror, vor allem aber in einer konsequenten Aufrüstung Deutschlands und Europas.

Auch wenn es alles andere als erbaulich ist, wir müssen uns an den Satz des römischen Militärschriftstellers Vegetius erinnern: „Wer (den) Frieden wünscht, bereitet (den) Krieg vor.“

Ihr Pino

Präventiv der Gefahr des Krieges begegnen

Im Nahen Osten herrscht Krieg in Gaza. Mag er nach dem Terrorüberfall auf Israel auch rechtlich wie moralisch gerechtfertigt sein, die Bilder der Opfer kommen jeden Abend zu uns via Fernsehen oder Social Media – die Binnenflüchtlinge in Gaza und die Geiseln der Hamas. Free them all!

Nicht zuletzt erinnert der Überfall des Islamischen Staats in Moskau daran, dass es noch einen permanenten Krieg auf der Welt gibt, der ohne Vorwarnung, gnadenlos und sinnlos Opfer fordert – der globale Terror im Namen einer Religion.

Das hinterlässt natürlich auch in unserer Gesellschaft Spuren. Die Bereitschaft der Ukraine mit Geld und Waffen zu helfen ist weiterhin überraschend hoch in einem Land, dem so wie keinem anderen der Frieden zur zweiten Natur wurde, nach den schrecklichen Kriegen im vergangenen Jahrhundert. Der Kanzler und sein Fraktionsvorsitzender versuchen ja derzeit, aus parteitaktischen Gründen die Friedensglocke zu läuten und verweigern Waffenlieferungen oder wollen den Krieg „einfrieren“, was ja gegenwärtig nur die Kapitulation der Ukraine bedeu-

Denn: Eine große Mehrheit der befragten Lehrkräfte sprach sich laut einer kürzlich veröffentlichten Studie des Verbandes gegen zu viel Digitalisierung im Unterricht aus – gerade in den unteren Jahrgangsstufen.

- kh -

Sudetendeutsche Landsmannschaft:

Märzgedenken in Donauwörth

Ca. 100 Besucher waren zum Märzgedenken in die Donauwörther Promenade gekommen. Der Sohn des verstorbenen Obmannes Erwin Hofmann, Martin Hofmann, begrüßte die Gäste. Zusammen mit Wolfgang Fackler (MdL) und dem Interimsvorsitzenden der Donauwörther Sudetendeutschen, Kurt Aue aus Augsburg (gleichzeitig Obmann des Kreisverbands Augsburg Land und Mitglied des Landesvorstandes Bayern) hatte Hofmann zu der Feier geladen.

Wolfgang Fackler erinnerte an die schrecklichen Ereignisse am 4. März 1919, als ein friedlicher Aufstand der Sudetendeutschen in mehreren, damals tschechoslowakischen, Städten gleichzeitig mit militärischer Gewalt von der tschechischen Armee blutig niedergeschlagen wurde. Es gab 54 Tote.

Blick nach vorn

Der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorre lobte die Aufbaubarbeit der Sudetendeutschen nach dem Krieg und sprach dafür den Dank aus. Das Mitglied der Sudetendeutschen im Landesvorstand Bayerns, Kurt Aue, der aus Augsburg angereist war, ging auch kurz auf die Ereignisse im März 1919 ein. In seinem Grußwort blickte er nach vorne

und gab zu verstehen, das man in Donauwörth die Ortsgruppe der Sudetendeutschen und den Kreisverband wieder neu beleben werde. Er habe Gespräche mit dem Donauwörther Vorstand der Egerländer Gmoi, Peter Krebs, geführt, so dass man eine Fusion mit den „Egerländern“ anstrebe. Aue bat alle Mitglieder der Sudetendeutschen und der Egerländer Gmoi weitere Verhandlungen aufzunehmen.

Sudetendeutscher Tag

Abschließend lud Aue alle Anwesenden zum Besuch des Sudetendeutschen Tages an Pfingsten in Augsburg ein. Mit den Klängen der Donauwörther Stadtkapelle unter der Stabsführung von Josef Basting endete die feierliche Kundgebung. □



V.l. vor dem Gedenkstein der Sudetendeutschen in der Donauwörther Promenade: Landesvorstandsmittglied Kurt Aue, MdL Wolfgang Fackler, Oberbürgermeister Jürgen Sorre und Martin Hofmann.

Bild: oh

Landkreis München:

Gemeinsames Bildungsverständnis

Bildung beschränkt sich nicht nur auf Kinder und Jugendliche. Sie ist ein lebenslanger Prozess, der sich von der Geburt bis ins hohe Rentenalter erstreckt. Im Landkreis München gestaltet eine Vielzahl von Akteuren die Bildungslandschaft. Rund 50 Vertreterinnen und Vertreter aus den Gemeinden und Städten, dem Landratsamt sowie Mitarbeitende aus den Volkshochschulen kamen Ende Februar auf Einladung des Bildungsbüros im Landratsamt zum ersten kommunalen Bildungsdialog zusammen, um sich auf den Weg zu einem gemeinsamen Bildungsverständnis zu machen.

Im Fokus der Diskussion standen dabei die kommunale Verantwortung von Bildung, die Verankerung von Bildungsthemen in kommunalen Gremien und die Arbeit an einem Bildungsleitbild. Seit dem vergangenen Jahr koordiniert das Bildungsbüro im Landratsamt im Rahmen des ESF+ Förderprogramms „Bildungskommunen“ die aktive Gestaltung der Bildungslandschaft im Landkreis München. Uwe Hacker, Leiter des Referats Kinder, Jugend und Familie, in dem das Bildungsbüro verortet ist, eröffnete die Veranstaltung mit der in eine Frage verpackten Erkenntnis, dass Bildung sich darin ausdrücke, immer wieder neue Fragen zu stellen, und damit ein lebenslanger Prozess sei. Eine erfolgreiche kommunale Bildungslandschaft erfordert ein gemeinsames Verständnis aller Bildungsakteure. Es sei eine überaus komplexe Aufgabe, die nur kooperativ mit allen Bildungsakteuren bewältigt werden kann, so Hacker weiter.

Grundlage: Gemeinsames Bildungsverständnis

Elternhaus und Schule sind maßgeblich für den Bildungserfolg von Kindern verantwortlich. Aber auch das Angebot vor Ort hat entscheidenden Einfluss auf die persönliche und berufliche Entwicklung von Bürgerinnen und Bürgern jeden Alters. Die Kommunen beeinflussen dabei die Rahmenbedingungen für Bildungsanbieter und Lernende in hohem Maße und tragen somit auch Verantwortung im Sinne der Bildungsgerechtigkeit.

„Uns war es wichtig, mit den verschiedenen kommunalen Akteuren über unser Verständnis von Bildung zu diskutieren und darüber, wie wir die komplexe Bildungslandschaft im Landkreis in Zukunft so gestalten können, dass bedarfsgerechte Angebote für alle entstehen. Bildung hört eben nicht nach der Schule auf. Um Bildungsgerechtigkeit über alle Lebensphasen zu fördern

und so auch Lebensumstände zu verbessern, müssen die verschiedensten Akteure an einem Strang ziehen“, so Jessica Schmid, die fachliche Leiterin des Bildungsbüros.

Einig war man sich, dass ein erfolgreiches Bildungsmanagement nur dann gelingen kann, wenn Schnittstellen in der Bildungslandschaft identifiziert und Doppelstrukturen vermieden werden. Insbesondere im Bereich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, einem Schwerpunktthema der Veranstaltung, wurde deutlich, dass die konkreten Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar sind, um ein kommunales Leitbild für die Bildung im Landkreis München zu entwickeln.

„Mit dem Bildungsdialog haben wir einen ersten Schritt getan, einen Diskurs über die künftige Gestaltung der Bildungslandschaft im Landkreis München anzuregen. Viele weitere müssen aber noch folgen. Neben den kommunalen Akteuren werden in den nächsten Schritten auch Vertreter der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft sowie staatliche Akteure einbezogen“, so Patrick Siskov, Bildungsmanager des Landkreises München, zum Abschluss der Veranstaltung.

Das ESF+ Förderprogramm „Bildungskommune“

Der kommunale Bildungsdialog ist ein Baustein innerhalb des Bundes Förderprogramms „Bildungskommune“ des Europäischen Sozialfonds Deutschland (ESF+). Weitere sind die Schaffung eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements, die

Entwicklung eines ganzheitlichen Leitbilds und einer Bildungsstrategie, die Etablierung einer analog-digital vernetzten Bildungslandschaft, der Aufbau eines kommunalen digitalen Bildungsportals sowie die zielgerichtete Vertiefung von Bildungsthemen über eine thematische Schwerpunktsetzung. Im Landkreis München sind dies die Themen Fachkräftesicherung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Beratern wird das kommunale Bil-

Landkreis Bamberg:

Bestandsaufnahme zur Nachhaltigkeit

Ein aktueller Bericht zeigt erstmals gebündelt das vorhandene Engagement der Landkreisverwaltung für Nachhaltigkeit in der Region

„Der Landkreis Bamberg leistet mit seinem vielfältigen Engagement in den unterschiedlichsten Handlungsfeldern der Nachhaltigkeit einen klaren Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030.“ Dieses Fazit wird in einem Bericht gezogen, der Ende vergangenen Jahres im Auftrag der „SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ für das Landratsamt Bamberg erstellt wurde.

Unter Beteiligung vieler Fachbereiche wurde eine Bestandsanalyse durchgeführt, um aufzuzeigen, in welchem Umfang die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bereits durch die tägliche Arbeit der Verwaltung berücksichtigt und bearbeitet werden. „Wirtschaftlich prosperierende Jahre und ein entsprechender politischer Wille haben dem Landkreis ermöglicht, in der Breite der Verwaltung umfangreiche freiwillige Leistungen und tragfähige Konzepte im Bereich Nachhaltigkeit zu entwickeln“, so das Autorenteam.

Umfassender Blick

In zehn Handlungsfeldern, von der „Nachhaltigen Verwaltung“ über „Lebenslanges Lernen und Kultur“ bis zu „Woh-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum Bayerischen Energie- und WasserkraftForum am 23.4.2024 in Gunzenhausen sowie eine Beilage KFB LEASFINANZ GMBH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

unter anderem, beim Ausbau eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements zu unterstützen und Kommunen in Fragen der Bildungssteuerung individuell zu begleiten. □

haltige Entwicklung der Region zu verstehen: „Das Landratsamt ist ein Dienstleister für die Anliegen der Bevölkerung und der Unternehmen. Für die erfolgreiche Weiterentwicklung des Landkreises Bamberg als einer florierenden und lebenswerten Region ist der Schulterschluss zwischen allen Menschen, Einrichtungen und Unternehmen eine Voraussetzung.“ Für ihn sei die nun vorliegende Bestandsaufnahme der Ausgangspunkt für die strategisch ausgerichtete, nachhaltige Weiterentwicklung des gesamten Landkreises. Dabei sollen weitere konkrete Ziele und Maßnahmen möglichst verbindlich aufgeführt und regelmäßig überprüft werden. Ein Förderantrag zur Gewinnung der dafür notwendigen Expertise wurde durch das Bildungsbüro des Landkreises bereits gestellt.

Interessierte können den Bericht zur Bestandsaufnahme unter www.bildungsregion-bamberg.de/angebote/nachhaltiger-landkreis-bamberg herunterladen. □

Vorschau auf GZ 8

In unserer Ausgabe Nr. 8/2024, die am 18. April 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser, Pflegeheime, Schulen, Kindergärten
- Kommunale Museen und Bibliotheken

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSÖRGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL
BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfsstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsb.de

Energiedienstleistung

energie
schwaben

Abonnieren Sie unseren
KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN
KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahnen-koesinger.de

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.



www.telekom.de/glasfaser

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG
UNSERE GRÜNE
GLASFASER

Grünes Licht
für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Informationssicherheit und
Datenschutz

Daten
schützen.

www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunal
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette
Produktpalette für
effektive Räumarbeiten

BUCHER
municipal

Driven by better

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Teichrettung

WENIGER ALGEN.
INTAKTE GEWÄSSER.
WIR MACHEN DAS!

MIKROBIOM
LAB
INNOVATION

WWW.MIKROBIOM-LAB.DE

Veranstaltungsort

Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Termin

Dienstag, 23. April 2024, 10:00 - 16:30 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-energieforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
gemeinsam mit
Bayerischer Gemeindetag

So erreichen Sie das Bayerische Energie- & WasserkraftForum

Unter www.bayerisches-energieforum.de →
Veranstaltung 2024 → Veranstaltungsort können Sie
direkt Ihre Route planen.
→ ÖPNV: Der Bahnhof Gunzenhausen liegt etwa 1,4
km entfernt. Eine Busverbindung ist vorhanden.
→ PKW: Zahlreiche kostenfreie Parkmöglichkeiten
stehen vor Ort zur Verfügung.

Tagungsbeitrag

- Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen: 15,- €
 - Wirtschaftsvertreter: 110,- €
 - Abonnenten der BGZ: 70,- €
- pro Person, zzgl. USt.
Die Rechnungsstellung erfolgt nach Anmeldung.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-energieforum.de
/besucheranmeldung



BAYERISCHES ENERGIE- & WASSERKRAFT FORUM

Dienstag, 23. April 2024
Einlass 9:00 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen
www.bayerisches-energieforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht. Weitere Vorträge folgen. Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-energieforum.de.

Das WPG in Bayern: Erste Schritte hin zur Kommunalen Wärmeplanung

Fabian Schatz |
Staatsministerium für Wirtschaft,
Landesentwicklung und Energie
Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Wärmeversorgung 2045

Gunnar Braun | VKU Landesgruppe Bayern,
Verband Kommunaler Unternehmen e.V.

Die kommunale Wärmeplanung der Stadt München – ein Praxisbeispiel

Birgit Schott & Clemens Hecker |
Landeshauptstadt München

N.N.

n.n. | ENIANO GmbH

Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung und Einführung eines Energie-Management-System

Reinhard Kofler | RIWA GmbH

N.N.

Juliane Hausrecht | con|energy consult gmbh

Wettlauf um die Milliarden – Wer sollte wann was tun?

Dr. Henrik Bremer | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Grundlagen und Förderungen im Bereich Wasserstoff

Thomas Eichenseher | Landesagentur für
Energie und Klima (LENK)

Eine Strommarktanalyse – Erlöse aus EE-Anlagen und die finanzielle Beteiligung der Kommune

Martin Strobl | Bayerische Landesanstalt
für Landwirtschaft (LfL)

Kommunale Wärmeplanung – Lösungen von energie schwaben

Dr. Sylke Schlenker-Wambach | energie
schwaben gmbh

Energiedorf Bundorf – Energiewende ganzheitlich gedacht: Strom – Wärme – E-Mobilität

Pascal Lang | EGIS eG

H2vorOrt – die Transformationsplanung der deutschen Gasverteilnetze und die Ausgestaltung in Bayerisch-Schwaben

René Schoof | schwaben netz gmbh

Kommune und Genossenschaft – so funktioniert

Max Riedl | Genossenschaftsverband Bayern e.V.

100 Jahre Walchenseekraftwerk

Dr. Klaus Engels | Uniper Kraftwerke GmbH

Stahlrohre für Wasserkraftwerke

Alois Kluibenschäd | ALPE PIPE SYSTEMS
GmbH & Co KG

Ladesäuleninfrastruktur (AT)

Karl Weber | Romold GmbH

Neuerungen aus dem Energie-Atlas Bayern

Clemens Borkenhagen & Martina Reinwald |
Ökoenergie-Institut Bayern im Bayerischen
Landesamt für Umwelt (ÖIB)

Energiewende und flexible Wasserkraft

Dipl.-Ing. Herfried Harreiter |
VERBUND Innkraftwerke GmbH

Der Wasserkraftbetreiber vom physikalisch-technischen Hintergrund zur Umsetzung wesentlicher Zukunftsthemen

Dipl.-Ing. Georg Loy |
VERBUND Innkraftwerke GmbH

N.N.

n.n. | naturstrom AG

Bitcoin als ESG-Technologie & Energie-Infrastruktur: ökonomische und ökologische Chancen für den Standort Deutschland

Kristian Kläger | terahash.energy GmbH

Wärmenetze im ländlichen Raum erfolgreich umsetzen

Karina Schröder | Enerpipe GmbH

Mit Strom durch den Winter – ein Erfahrungsbericht

Detlef Fischer | Verband der
Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft
e.V. - VBWE e.V.

Geothermie in Bayern – So gelingt's!

Andreas Lederle | Erdwärme Grünwald

N.N.

Dr. Thomas Reif | Sonntag & Partner
Partnerschaftsgesellschaft mbB

Wärme und Daten im Einklang – Wie Kommunen mit klimafreundlichen Wärmenetzen und High-Speed Internet zugleich versorgt werden können

Jürgen Schuster | Corwese GmbH
Felix Schwahn | GP JOULE THINK GmbH & Co. KG

Mit KWK die Anforderungen des Gebäudeenergie- und des Wärmeplanungsgesetzes erfüllen

Hagen Fuhl | SenerTec
Kraft-Wärme-Energiesysteme GmbH

Anmeldung

Bitte melden Sie sich direkt an:

www.bayerisches-energieforum.de/besucheranmeldung
oder per eMail an veranstaltungen@gemeindezeitung.de
oder scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Handy:



Achtung:

Das Vortragsprogramm
findet in vier Räumen
parallel statt und die
Ausstellung ist groß.

Bringen Sie sich
Verstärkung mit!

Abonnement BGZ

Sie haben noch kein Abo
der Bayerischen Gemeindezeitung?

Das können Sie ändern:
news@gemeindezeitung.de

Wissen was für bayerische
Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
- 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
- 40,95 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

PV-Anlagen für Kommunen

Hat Ihre Kommune **nicht ausreichend finanzielle und personelle Kapazitäten**, um eine eigene PV-Anlage zu realisieren, dann hilft Ihnen die KFB Ihr Ziel zu erreichen durch operative Leistungen und eine haushaltsneutrale Finanzierung.

Das Mietkaufkonzept der KFB ist die Lösung

Die Strompreiserhöhungen im Jahr 2023 haben gezeigt, dass die Selbstversorgung bei Strom von großem Vorteil ist und Ihrer Kommune Kosten spart.



KOMMUNALES FÜR BAYERN
SEIT 1992 UNABHÄNGIGER PARTNER DER KOMMUNEN

*GRÜNER STROM
in der
HAND DER KOMMUNE*

Vorteile beim Mietkauf

- Das **Eigentum** geht sofort von der **KFB auf die Kommune über**.
- Die Kommune **generiert die Einnahmen** aus der Stromgewinnung und zahlt daraus die Mietkaufrate.



KOMMUNALES FÜR BAYERN

Vorteile im MIETKAUF mit der KFB

- Die Projektorganisation und die Projektfinanzierung liegt bei der **KFB**. ✓

- Die Finanzierung findet **„haushaltsneutral“** statt. ✓

- Die Kommune hat keine **personellen Belastungen** bei der Projektentwicklung bis zur betriebsfertigen Übergabe. ✓

- In einem bestimmten finanziellen Rahmen unterfällt der kommunale Mietkauf **nicht der rechtsaufsichtlichen Genehmigung**; es genügt der Beschluss der Kommune. ✓

**Fordern
Sie
noch
heute
ein
freibleibendes
Angebot
an**



SEIT 1992 UNABHÄNGIGER PARTNER DER KOMMUNEN

KFB LEASFINANZ GMBH

Wilhelm-Zeitler-Straße 14
92717 Reuth bei Erbendorf
Telefon: 09682 1837-0



www.kfb-reuth.de

info@kfb-reuth.de